Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł. mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł. vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 28 — **Bromberg, Dienstag, den 6. Februar 1934** — **58. Jahrg.**

Die japanische Gefahr.

Englisch-holländische Befürchtungen

Die Friedensrede Hirotas, des japanischen Außenministers, hat wenig zur Beruhigung der Welt im Fernen Osten beigetragen. Rußland fühlt sich nach wie vor bedroht und hat das eben erst wieder durch Stalin in recht massiver Weise zum Ausdruck gebracht. Es ist in der diplomatischen Sprache immerhin eine etwas ungewöhnliche Redewendung, wenn der russische Diktator bei Erwähnung der Beziehungen zu Japan sagte, es gebe Leute, die ihre Schweineschnauze in den sowjetistischen Gemüsegarten stecken wollten. Die Aufgabe der Roten Armee sei es, wenn nötig, diesen Leuten eins auf die Schweineschnauze zu geben. Vor wenigen Tagen hat man nun auch in den Vereinigten Staaten das neue riesige Flottenbauprogramm im Repräsentantenhause angenommen, und auf seiten der Regierung hat man sich beeilt, dieses Programm als „absolut notwendig" für den Fall irgendwelcher Entwicklungen oder Verwicklungen im Pazifik hinzustellen. Dabei hat man wiederholt auf die „explosive Lage" im Fernen Osten hingewiesen. Auch hier also die Sorge vor Japan, die dazu führt, daß man mit kriegerischen Ereignissen um den Stillen Ozean schon beinahe wie mit etwas sicher Bevorstehendem rechnet. Daß auch Mussolini es für angebracht hielt, nicht in Vertretung besonderer italienischer Interessen, sondern als Anwalt der gesamten westlichen Kultur, in einem Zeitungsartikel auf die Gefahren, die im Fernen Osten heraufziehen, hinzuweisen, hat sogar zu einem diplomatischen Schritt des japanischen Botschafters in Rom geführt.

Wenn es noch eines Warnungszeichens für die Welt bedurft hätte, dann ist es jetzt durch die englische Admiralskonferenz von Singapore gegeben worden. Die Nachrichten darüber, daß sich die Kommandanten der britischen See- und Luftstreitkräfte der indischen und pazifischen Gewässer auf dem Kreuzer „Kent" vor Singapore trafen und darüber berieten, welche Maßnahmen zur wirksamen Verteidigung des britischen Imperiums im Fernen Osten notwendig seien, kamen vor einigen Tagen ganz überraschend. England hat seine wirtschaftlichen Sorgen um die japanische Dumping-Konkurrenz, aber man hatte niemals gehört, daß politische Reibungsflächen zwischen den beiden Staaten, die noch im Weltkriege zur Vernichtung der deutschen Überseeinteressen verbündet waren, bestanden hätten. Und nun auf einmal diese militärische Konferenz, deren Ergebnisse zwar offiziell geheim gehalten werden, über die man aber aus holländischer Quelle allerhand Interessantes erfährt. In den Straits Settlements in Singapore, an der Straße von Johore, sollen mit größter Beschleunigung starke Befestigungsanlagen errichtet werden. Ingenieur-Kommissionen sind bereits an der Arbeit, um die Pläne dafür zu entwerfen. Neue Flugzeug-Stützpunkte werden errichtet, am Changi-Strand an der Südspitze von Hinterindien sollen große Kaianlagen und das größte Trockendock der Welt erstehen. Kurz, es sieht aus, als rechne England damit, in absehbarer Zeit seinen indischen malaiischen Besitz gegen einen Angreifer, der nur Japan sein könnte, verteidigen zu müssen.

Es ist aber nicht England allein, daß diese Sorge in jenen Gebieten hat. Auch Holland macht sich über die Sicherheit seines Kolonialreichs im malaiischen Archipel ernste Gedanken. Eine Zeitlang hat man im Haag daran gedacht, für den Fall eines kriegerischen Konflikts in jenem Teil der Welt die Neutralisierung des niederländischen Kolonialbesitzes anzustreben. Heute mehren sich die Stimmen, die statt dessen dafür eintreten, die wertvollen Inseln in einen Zustand zu versetzen, der ihre wirksame Verteidigung gegen einen Angriff oder gegen ihre widerrechtliche Benutzung als Stützpunkt für eine kriegführende Partei ermöglicht. Genährt werden diese Bestrebungen durch die Haltung Tokios, das den Wünschen der holländischen Regierung nach einem Neutralitätsstatut für Niederländisch-Indien bisher hartnäckigen Widerstand geleistet hat. Obendrein tritt man in politischen und wirtschaftlichen Kreisen der Niederlande für die unverzügliche Einberufung einer Pazifik-Konferenz ein, zu der die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, die Niederlande und Japan eingeladen werden sollen. Man bietet Batavia als Tagungsort an und denkt sich als Ziel der Konferenz eine Bereinigung der die Spannung im Stillen Ozean hervorrufenden Streitfragen. Unter Umständen soll auch die Sowjetunion hinzugezogen werden.

Der imperialistische Expansionsdrang Japans ist durch die Ereignisse der letzten Jahre hinreichend erwiesen. Immerhin hat er sich vorläufig hauptsächlich gegen China gerichtet und namentlich durch das Vorgehen in der Mandschurei, in erster Linie Rußland tangiert. Je mehr er auch in südlicher gelegene chinesische Gebiete vorstößt, — und Anzeichen, daß das zu gelegener Zeit geschehen wird, liegen vor — rückt er der englischen Interessensphäre näher. Die von Japan vorgenommene Befestigung der Marianen- und Marschall-Inseln deutet allerdings auch auf Ausdehnungsbestrebungen innerhalb der Inselwelt des Stillen Ozeans, und durch sie fühlen die Amerikaner ihre Stellung auf den Philippinen gefährdet. Immerhin würde das alles noch nicht ausreichen, um zu erklären, warum England und Holland so ernste Befürchtungen für ihren hinterindisch-malaiischen Besitz haben.

Man muß sich dafür klar machen, daß Japan wohl selbst mit einem neuen Waffengang in Ostasien, wahrscheinlich mit Rußland, rechnet, der natürlich an seine Rüstungsindustrie hohe Anforderungen stellen würde. Nicht nur für die Landrüstungen, sondern auch für seine Flottenbauten, die es schon jetzt nach englischer Meinung im Geheimen weit über die im Londoner Abkommen festgelegten Beschränkungen hinaus ausdehnt. Japan gewinnt im eigenen Lande aber nicht ein einziges Kilo Eisenerz, ist für die Aufrechterhaltung der Machtbasis seiner imperialistischen Politik also ganz und gar auf Seezufuhren angewiesen. Zum Teil stehen ihm zwar Erzlagerstätten in den besetzten asiatischen Festlandsgebieten zur Verfügung, aber seine außerordentlich starke Flottenrüstung deutet wohl darauf hin, daß es auch die nach Westen führenden Seewege im Interesse der notwendigen Zufuhren zu beherrschen wünscht. Und das ist der Punkt, an dem die englisch-holländischen Befürchtungen einsetzten. Die beiden Staaten blockieren mit der Inselbrücke, die von Hinterindien nach Australien führt, den Weg Japans nach Westen, und man fragt sich, ob Tokio im Falle eines Existenzkampfes nicht mit allen Mitteln versuchen könnte, Hand auf die Stätten zu legen, deren Besitz ihm die freie Durchfahrt sichert. Die stark befestigten Flottenstützpunkte, die es auf den ihm zur Verfügung stehenden Inseln gegen die englisch-niederländischen Besitzungen vorgeschoben hat, haben jedenfalls mißtrauisch gemacht. B.

Rußlands Rüstungsmaßnahmen.

Moskau, 5. Februar. Auf dem Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei schilderte der Volkskommissar für Heer und Marine, Woroschilow, Rußlands Rüstungsmaßnahmen.

Wir haben, so betonte Woroschilow, moderne Tanks in durchaus genügender Anzahl, wir haben eine **quantitativ und qualitativ ausreichende Artillerie,** eine genügende Anzahl guter Handmaschinengewehre und Maschinengewehre für die Abwehr von Luftangriffen. Wir haben jetzt eine mächtige chemische Industrie und keine schlechten Verbindungsmittel. Wir haben mächtige schwere Bombenflugzeuge geschaffen und im gesamten Flugzeugwesen Verbesserungen erzielt.

Die Technisierung habe, so fuhr der Redner fort, der Roten Armee ein völlig verändertes Gesicht gegeben. Zur Verstärkung der Landesverteidigung seien befestigte Plätze eingerichtet worden, über die die Sowjetunion jetzt nicht nur an der Westgrenze vom Ladoga-See bis zum Schwarzen Meer, sondern auch in den bedrohtesten Gegenden im Fernen Osten und in Ostsibirien verfüge. An der Ostsee, in der Gegend von Murmansk, am Schwarzen Meer und insbesondere im Fernen Osten, seien Küstenbefestigungen geschaffen worden. Diese Befestigungen würden jedem, der Lust habe, den Sowjetboden anzugreifen, beträchtliche Schwierigkeiten bieten.

Die Gefahr eines Angriffes auf die russischen Küstengebiete

habe die Sowjetunion gezwungen, zur Schaffung von Seestreitkräften auch im Fernen Osten zu schreiten. Linienschiffe und Flugzeugmutterschiffe habe die Sowjetunion im Norden und im Fernen Osten nicht. Doch die leichten Seestreitkräfte und der Küstenschutz, den Rußland dort besitze, vor allem aber Marineflugzeuge und die Unterseeboote, könnten einem angreifenden Feind bereits schweren Schaden zufügen.

*

Unterredung mit dem japanischen Kriegsminister.

In großer Aufmachung veröffentlicht der **„Daily Expreß"** eine Unterredung seines Sonderberichterstatters mit dem neuen japanischen Kriegsminister Hayaschi. Der Minister habe u. a. erklärt, er glaube nicht, daß Japan gegen die Vereinigten Staaten kämpfen werde, oder daß es in der nahen Zukunft zu einem Kriege mit Rußland komme. Über das Schicksal Wladiwostoks im Falle eines Kriegsausbruchs wolle er lieber nicht sprechen. Rußland habe 100 000 Mann und 300 Flugzeuge an der mandschurischen Grenze. Auf dem ganzen mandschurischen Festland, das ebenso groß wie Frankreich und Deutschland zusammen sei, habe Japan demgegenüber nur 50 000 Mann. Die Stärke der mandschurischen Armee betrage jedoch 100 000 Mann.

Im weiteren Verlauf der Unterredung habe Hayaschi gesagt, daß Japan 40 000 Mann im Alter von 17—25 Jahren zur Arbeit in den Munitionsfabriken anstelle, um Munition für die Mandschurei herzustellen. Die ersten Leute würden in 14 Tagen in die Marinearsenale eintreten. Der Grund für diese Maßnahme sei, die verarmten landwirtschaftlichen Arbeiter zu unterstützen.

Kampfstimmung in Paris.

Paul-Boncour — Kriegsminister.

Paris, 5. Februar. Die Regierung Daladier, die am vergangenen Montag gebildet worden ist, hat noch vor der Regierungserklärung im Parlament in ebenso dramatischer wie unerwarteter Weise eine Teilkrise erlebt. Im Laufe des am Sonnabend stattgefundenen Minsterrats entbrannte wegen der Abberufung des Pariser Polizei-Präfekten Chiappe, gegen den die Sozialisten seit mehreren Monaten eine heftige Kampagne führen, und dem sie allzu große Nachsicht gegenüber Stavisky vorwerfen, ein heftiger Streit zwischen der Mehrheit der Minister, die den Linksparteien angehören und der Minderheit, den drei dem rechten Zentrum angehörenden Ministern und zwar dem Kriegsminister Fabry, dem Justizminister Pietri und dem Unterstaatssekretär Doussain.

Daladier wollte Chiappe zum Generalresidenten für Marokko und einen den Sozialisten genehmen Kandidaten zum Polizeipräfekten von Paris ernennen, um auf diese Weise die wohlwollende Sympathie der Sozialisten für die bevorstehende Auseinandersetzung im Parlament zu gewinnen. Die dem rechten Zentrum angehörenden Minister erblickten in diesem Entschluß des Ministerpräsidenten einen plötzlichen Umschwung in der grundsätzlichen Einstellung der Regierung und erklärten ihren Rücktritt, weil Chiappe gegen seinen Willen von der Pariser Präfektur entfernt werden sollte.

An Stelle der zurückgetretenen Minister wurden der radikalsozialistische Abgeordnete Marchandeau, der im letzten Kabinett Chautemps Budgetminister war, zum Finanz- und Budgetminister, der Abgeordnete und frühere Außenminister Paul-Boncour zum Kriegsminister und der radikalsozialistische Abgeordnete Jaubert zum Unterstaatssekretär im Finanz- und Budgetministerium ernannt.

Der Ministerrat, der am Sonntag nachmittag zusammentrat, beriet bereits unter Teilnahme der neu ernannten Minister und des neuen Unterstaatssekretärs.

Vor neuen Kundgebungen in Paris.

Paris, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Spannung in Paris ist fast bis zum Siedepunkt gestiegen. Nicht nur die rechtsstehenden Verbände fordern ihre Anhänger auf, am Dienstag gegen die Regierung zu manifestieren mit einer „Herausforderung an alle ehrlichen Elemente", sondern auch die Kommunisten scheinen sich zu rüsten. Die Sozialisten ihrerseits haben eine Art Alarmbereitschaft eingerichtet. Die „Action Française" hat die Parole ausgegeben, sich für einen neuen Schlag gegen das **Regime bereitzuhalten.**

Angesichts dieser von den verschiedenen politischen Richtungen angekündigten Kundgebungen hat die Regierung es für notwendig gehalten, Vorkehrungen zu treffen. Einige Blätter berichten, daß nicht nur die Pariser Polizei und Garnison zum Einschreiten bereitstehe, sondern daß auch verschiedene Garnisonen in der Nähe von Paris Befehl erhalten haben, sich marschbereit zu halten. „Le Jour" meldet, daß Tanks aus Compiegne nach Paris unterwegs seien und daß man insgesamt zwei Divisionen bei den um Paris liegenden Garnisonen angefordert habe.

Bei Kundgebungen rechtsstehender Verbände am gestrigen Sonntag wurden 75 Demonstranten verhaftet.

Minister Beck fährt nach Moskau.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Auf Umwegen ist nach Warschau die Nachricht von den Vorbereitungen gelangt, welche sowohl in Warschau als auch in Moskau zur bevorstehenden Reise des polnischen Außenministers Beck nach Sowjetrußland getroffen werden.

Während die polnische, auch die halboffizielle Presse noch vorläufig in Unkenntnis dieses politisch bedeutungsvollen Besuchs des Ministers Beck in Moskau, der noch **im Laufe dieses Monats** erfolgen soll, belassen wurde, verlautet von einigen Seiten, die offenbar mit sowjetrussischen Informationsquellen in Fühlung stehen, daß die Reise Becks nach Moskau den Zweck habe, **die Balance, welche durch den Abschluß des Zehnjahr-Abkommens mit Deutschland als zu stark nach einer Seite hin belastet erscheinen könnte, auf der anderen Seite durch einen weiteren Ausbau der Annäherung zwischen Polen und Sowjetrußland auszugleichen.**

Auf die leitenden Kreise des Sowjetstaates soll die polnischerseits gemachte Ansage der Reise des Ministers Beck nach Moskau **einen ungewöhnlich starken Eindruck** gemacht haben. Diese Reise würde nämlich einen hochwichtigen Akt darstellen, der einen ganzen Schwarm von nicht rosigen Erwägungen niederschlüge, die in Moskau nach der Bekanntgabe des Zehnjahr-Abkommens **platzgegriffen** haben.

Balkanpakt unterzeichnet.

Belgrad, 5. Februar. (PAT.) Im Laufe des Sonntags haben in Belgrad Konferenzen zwischen den Außenministern Jugoslawiens, Rumäniens, der Türkei und Griechenlands stattgefunden. Am Abend wurde folgendes offizielle Communiqué veröffentlicht:

Die vier Außenminister Griechenlands, Rumäniens, der Türkei und Jugoslawiens haben am 4. Februar im jugo-

slawischen Außenministerium endgültig den Text des Balkan-Bündnispaktes paraphiert. Die Minister haben beschlossen, die offizielle Unterzeichnung dieses Dokuments noch in dieser Woche in Athen vorzunehmen. Der Pakttext wird unverzüglich nach seiner Unterzeichnung veröffentlicht werden.

*

Über den den Inhalt der am Sonntag paraphierten Balkan-Paktes berichten die Blätter, daß Südslawien, Rumänien, Griechenland und die Türkei die gegenseitige Bürgschaft für ihren Besitzstand übernommen haben.

Wiener Völkerbundsaktion gescheitert?

Wien, 5. Februar. Bundeskanzler Dollfuß hat am Sonnabend vormittag den im Flugzeug hier eingetroffenen Berliner österreichischen Gesandten Tauschitz zu einer längeren Unterredung empfangen, in welcher der Gesandte über seine letzten Berliner Verhandlungen berichtete. Der angekündigte außerordentliche Ministerrat, auf dem der endgültige Beschluß über die internationale Aktion Österreichs gegen Deutschland gefaßt werden soll, dürfte erst am heutigen Montag stattfinden.

In den letzten Tagen sollen, wie verlautet, in den diplomatischen Fühlungnahmen der Österreichischen Regierung neue erhebliche Schwierigkeiten entstanden sein, die hier als die Ursache der hinausgeschobenen endgültigen Entscheidung angesehen werden. **In den diplomatischen Verhandlungen soll sich ergeben haben, daß trotz der wiederholten Vorstellungen von österreichischer Seite eine einheitliche Haltung der Großmächte England, Frankreich und Italien bisher nicht erzielt werden konnte. Von seiten der Großmächte sollen irgendwelche bindenden Verpflichtungen zur Unterstützung der Österreichischen Regierung im Falle einer internationalen Aktion nicht abgegeben worden sein.**

In den Abendstunden des Freitag empfing Bundeskanzler Dollfuß einzeln die Gesandten Englands, Frankreichs und Italiens. Über diese Unterredungen wird keine amtliche Mitteilung veröffentlicht, jedoch verlautet, daß die durch die Ablehnung der deutschen Antwort im Ministerrat von Donnerstag geschaffene neue Lage erörtert worden sei.

*

Zur Frage einer Anrufung des Völkerbundes durch Österreich schreibt der „Daily Telegraph": Die Britische Regierung werde einer Berufung in Genf kein Hindernis in den Weg legen, es beständen aber in London und Rom beträchtliche Bedenken hinsichtlich der Frage, ob ein solches Verfahren und der dafür gewählte Augenblick zweckmäßig seien.

Rückblick eines Engländers

auf das Hitler-Jahr 1933.

In einem Rückblick auf das abgelaufene Jahr sagt der Berliner Berichterstatter des „Daily Expreß": In 12 Monaten hat der Nationalsozialismus die Zahl der Arbeitslosen um beinahe zwei Millionen vermindert, die Landwirtschaft auf eine sichere Grundlage gestellt, dem Kommunismus das Handwerk gelegt und den politischen Klerikalismus zertrümmert und Ordnung in den Wirrwarr gebracht. Er hat eine zentrale Regierung an Stelle kleiner Staatsregierungen gesetzt und nationale Einigkeit zustande gebracht durch eine neue Form ziviler Kameradschaft.

Hitler hat die Straße von herumlungernden jungen Leuten gesäubert und ihren Charakter gebessert durch harte Monate in den Arbeitslagern, — ein großer Dienst für das durch Niederlagen und Verzweiflung demoralisierte Deutschland.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik hat Adolf Hitler Deutschland in eine Macht verwandelt. Niemand wagt heute, Deutschland herabzusetzen. Durch Einführung einer neuen Methode direkter Diplomatie von Mann zu Mann hat er dem Völkerbundunsinn ein Ende gesetzt.

Die dynamisch-treibende Kraft der nationalsozialistischen Propaganda hat bereits die Schlacht an der Saar gewonnen und ruft Verwirrung in Dänemark, Holland, der Tschechoslowakei, der Schweiz und Rumänien hervor.

Nach außen Achtung vor Deutschland, die sich auf Furcht und nicht auf Mitleid gründet, im Innern Einigkeit. Dies waren Hitlers leitende Ideale, seit er am 30. Januar 1933 an die Macht kam. Trotz seiner eigenen Feststellungen hält der Verfasser es für nötig, die Bewegung zu beschuldigen, sie sei „kaltherzig" und „grausam". Zweifellos bestehe aber weniger Korruption als unter den „Sozis".

Schüsse auf Kardinal Faulhaber.

München, 5. Februar. In der Nacht zum 28. Januar wurden auf das erzbischöfliche Palais in München vier Schüsse abgegeben. Verletzt wurde dabei niemand. Wie die bayerische politische Polizei jetzt bekanntgibt, sind für Mitteilungen, die zur Ergreifung des Täters führen 1000 RM. Belohnung ausgesetzt worden, die unter Ausschluß des Rechtsweges verteilt werden.

Das polenfreundliche Deutschland.

Der bisher betont deutschfeindliche Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny" hatte seinen Berliner Berichterstatter Dunin-Kęplicz beauftragt, eine Berichts-Reise durch das Dritte Reich zu unternehmen, und das dortige Leben so darzustellen, wie es ist. Der Berichterstatter hat seinen Auftrag ausgeführt. Er ist dabei, wie er schreibt, mit Vertretern aller Schichten zusammen gekommen, hatte die Möglichkeit, sich mit „offiziellen Faktoren" wie auch mit privaten Persönlichkeiten zu unterhalten und veröffentlicht jetzt im Krakauer „Kurjer" das gesammelte Material.

Auf Grund seiner Eindrücke kommt der polnische Berichterstatter zu dem Schluß, **daß Deutschland wirklich den Frieden wolle, und daß das deutsche Volk in Hitler den besten Garanten für den Frieden sehe. Das deutsche Volk glaube an Hitler wie an das Evangelium. Seine Erklärungen hätten für den Durchschnitts-Deutschen den Wert von Dogmen, die ohne weiteres zur Kenntnis genommen würden. Da der Kanzler erklärt hätte, man müsse mit Polen in Frieden leben, so stellt sich der Durchschnitts-Deutsche seelisch diesem Dogma gegenüber positiv ein.** Der Durchschnittsdeutsche hält die normale Gestaltung der Beziehungen mit Polen für ein ungeheures Verdienst und einen epochalen Erfolg Hitlers. Die Straße sei von dieser Frage durchdrungen. Sie habe lebhaft auf die Meldung reagiert, die die Blätter mit riesigen Überschriften brachten: „Friedenssicherung für zehn Jahre", „Verständigung zwischen Polen und Deutschland", „Festigung des Friedens in Europa", „Der Weg zum Frieden" usw.

Der Berichterstatter kommt zu dem Schluß, daß **die Stimmung gegenüber Polen durchaus freundlich** sei. **Vor der Polnischen Gesandtschaft in Berlin z. B. sei es zu spontanen Freundschafts-Demonstrationen gekommen.** Die Bücher, die gegen Polen eingestellt waren, seien aus den Schaufenstern der Buchhandlungen verschwunden, sie seien unaktuell geworden.

In seiner Bilanz kommt der etwas skeptischer gesonnene polnische Verfasser zu dem Schluß, **daß die Tatsache der Befriedung der deutsch-polnischen Beziehungen festgestellt werden müsse, und daß man sie als einen großen Erfolg der Regierung Hitlers** in Deutschland werte. **Ob sie zehn Jahre oder eine kürzere oder längere Zeit dauern werde, das sei eine Frage, die heute niemand beantworten könne.**

Weitere Protestentschließungen

gegen das neue Kirchengesetz.

Die Verfasser des Gesetzentwurfes, der zunächst der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen ihre Selbständigkeit und auch ihre innerkirchlichen Fragen dem Staate ausliefern wollen, haben es sicher nicht geahnt, daß sie dadurch eine solche einheitliche und geschlossene Front in allen evangelischen Kreisen Polens schaffen würden. Es mehren sich nicht nur die polnischen und deutschen Pressestimmen gegen den Gesetzentwurf, sondern auch internationale Kreise, besonders in der Schweiz, in Holland und in Schweden haben erklärt, daß diese Regelung dem Geist des Evangeliums und den evangelischen Bekenntnisschriften widerspreche. Besonders erfreulich ist die Einmütigkeit, in der die zunächst betroffenen evangelischen Gemeinden der Evangelisch-Augsburgischen Kirche sich gegen den Gesetzentwurf wenden. Die Pastoren und die Kirchenkollegien der evangelisch-lutherischen Gemeinden in Wolhynien haben Entschließungen gefaßt. Dasselbe haben die Kirchenkollegien der großen Lodzer Gemeinden getan, die von nachfolgenden Gemeindeversammlungen bestätigt wurden. Auch die zahlreichen evangelischen Frauenvereine in Lodz haben gegen den Gesetzentwurf protestiert. Ähnliche Meldungen liegen aus anderen Kirchengemeinden vor, z. B. aus Alexandrów.

Zu einer besonders eindrucksvollen und würdigen Kundgebung gegen den Gesetzentwurf kam es unter Leitung von Senator Utta bei der 10. Jahrestagung des Deutschen Volksverbandes in Lodz am 2. Februar d. J. Die aus allen Teilen Kongreßpolens, von früheren Synodalen, Abordnungen, von Kirchenkollegien und von Kirchengemeinden und Kantoralgemeinden zahlreich besuchte Tagung hielt eine besondere, geschlossene evangelische Versammlung ab, in der nach dem wirkungsvollen, einleitenden Vortrag des Senators Utta Pastoren, Kirchenvorsteher und Gemeindeglieder einmütig und entschieden erklärten, **daß der Gesetzentwurf für die evangelische Kirche untragbar sei, weil er sowohl den kirchlichen Bekenntnisschriften wie der polnischen Staatsverfassung widerspreche.** Eine gut gemeinte Drohung mit dem Austritt aus der Landeskirche und der Gründung einer neuen Freikirche wurde zurückgewiesen: Die Gemeinden seien sich einig in der Ablehnung des Gesetzentwurfes; austreten aus der Kirche sollten vielmehr die, die die einmütige Auffassung der Gemeinde nicht teilten. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die am 2. Februar 1934 in Lodz versammelten ehemaligen Synodalen und Vertreter der evangelischen Gemeinden aus dem ganzen Warschauer Konsistorialbezirk, die im Rahmen der heutigen Tagung des Deutschen Volksverbandes in Lodz zu einer geschlossenen, evangelischen Versammlung zusammengetreten sind, lehnen das von der Warschauer Kirchenleitung projektierte, aus der Veröffentlichung bekannt gewordene neue Kirchengesetz als völlig unannehmbar ab, weil dasselbe dem Geist unserer evangelisch-lutherischen Kirche und der polnischen Staatsverfassung widerspricht. Die Versammelten bestehen weiterhin auf dem Gesetzentwurf, der von der gesetzmäßig einberufenen, konstituierenden Synode im Jahre 1923 angenommen wurde."

Angesichts dieser Sachlage gibt es eigentlich für die Pastorensynode, die am 6. und 7. Februar tagen soll, nur eine Möglichkeit, den Gesetzentwurf einstimmig abzulehnen; denn sonst würden sich die Pastoren in Gegensatz zu dem deutlich bekundeten Willen der Gemeinden stellen, die nach evangelischer Auffassung in diesen Dingen das entscheidende Wort zu sprechen haben. pz.

Nichtangriffspakt Japan—Amerika?

Ein Vorschlag des neuen japanischen Botschafters in Washington.

Washington, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus London gemeldet wird, hat dort der neue japanische Botschafter für Washington, der sich Sonnabend früh von England nach den Vereinigten Staaten einschiffen wird, in einer Unterredung mit den amerikanischen Pressevertretern für ein „Gentleman Agreement" zwischen Japan und den Vereinigten Staaten Stellung genommen. Botschafter Hiroshi Saito erklärte u. a., in der Geschichte der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan müsse ein neues Blatt begonnen werden.

Beide Völker müßten sich die Hände reichen, um den Frieden im Gebiet des Stillen Ozeans zu sichern. Er sei der Ansicht, daß es, wenn er erst seine Arbeit in Washington begonnen habe, zu einer Art Nichtangriffs-Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten kommen könne. Dabei könne auch die Einbeziehung von Sowjetrußland in Betracht gezogen werden.

Es ist mir bekannt, so führte er dazu aus, daß das amerikanische Volk eine Abneigung gegen Abmachungen hat, aus denen sich außenpolitische Verwicklungen ergeben könnten. Aus diesem Grunde würde sich unter Umständen nicht erreichen lassen, eine Nichtangriffs-Vereinbarung in schriftlicher Form niederzulegen, aber es wäre sehr wünschenswert, wenn man wenigstens zu einer Verständigung gelangen könnte, die vom Geiste eines Nichtangriffspaktes getragen ist.

Weiter erklärte der Botschafter noch,

von einer Kriegsgefahr zwischen Japan und Rußland könne keine Rede sein.

Den Vereinigten Staaten gegenüber hege Japan den Wunsch, in der Einwanderungsfrage auf gleichem Fuße behandelt zu werden wie die europäischen Nationen. Die vollständige Sperre für die japanische Einwanderung sollte beseitigt werden. Er hoffe, daß Mandschukuo von der Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt werde. Amerikas Handel werde durch Japan keineswegs bedroht. Japan habe auch nicht die Absicht, den Markt in der Mandschurei für sich allein mit Beschlag zu belegen. Man werde es dort, wie bisher, bei der Politik der „offenen Tür" belassen.

Deutsches Reich.

Verleihung von Titeln im Reiche.

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Verordnung des Reichspräsidenten über „Titel-Verleihung an Beamte und Angehörige freier Berufe," die sich ein besonderes Verdienst um Volk und Staat erworben haben. Die Verleihung geschieht, wie in § 4 ausgeführt wird, durch Aushändigung einer Urkunde, die vom Reichspräsidenten oder von der von ihm ermächtigten Stellen vollzogen wird. In jedem Falle erfolgt die Verleihung im Namen des Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichsinnenministers. Sie erstreckt sich nicht nur auf noch im Dienst stehende Beamte, sondern auch auf solche, die sich bei Inkrafttreten der Verordnung bereits im Ruhestand befinden. Die Verleihung der Titel, von der im übrigen sparsam Gebrauch gemacht werden soll, an Beamte erfolgt in der Regel erst nachdem der Beamte ein bestimmtes Gesamtdienstalter erreicht hat. Bei besonderem Anlaß kann jedoch die Reihenfolge der Titel-Verleihung zugunsten des Beamten durchbrochen werden.

Wie aus der Anlage zu dieser Verordnung hervorgeht, kann an Professoren staatlicher Hochschulen und an Leiter wissenschaftlicher Staatsinstitute der Titel „Geheimer Rat" verliehen werden. Auch für die höheren Beamten ist die Wiedereinführung des „Geheimrats"-Titels vorgesehen.

Den Beamten der Besoldungsgruppe A. 2 und der Gruppe A. 3 sowie den Lehrpersonen und den Kriminalkommissaren der preußischen Besoldungsgruppe A. 4a je nach ihrer Dienststellung kann der Titel „Schulrat", „Oberpolizeirat" usw. erteilt werden. Im Alter sind die Titel „Amtsrat", „Amtsinspektor" oder „Werkinspektor", ferner der Titel „Oberamtssekretär" oder ein aus der Amtsbezeichnung unter Hinzufügung „Ober" gebildeter Titel vorgesehen. Bureau- und Kanzleibeamte können den Titel „Amtssekretär" bezw. „Oberamtssekretär" verliehen erhalten.

Personen der freien Wissenschaften und Kunst können bei besonderem Anlaß den Titel „Professor" erhalten; Angehörige der freien Ärzteschaft den Titel „Sanitätsrat" und „Geheimer Sanitätsrat", Angehörige der Rechtsanwaltschaft den Titel „Rechtsrat" bzw. „Geheimer Rechtsrat" und Architekten und Ingenieure den Titel „Baurat" oder „Geheimer Baurat".

Sieg der deutschen Reiter.

Bei dem Internationalen Reitturnier in Berlin haben die deutschen Reiter den „Großen Preis" errungen und zwar durch einen überlegenen Sieg über die französische und irische Mannschaft. Im Gesamtergebnis siegte die deutsche Equipe mit 24 Fehlerpunkten vor der französischen Mannschaft mit 36 Fehlerpunkten und der irischen Vertretung mit insgesamt 64 Fehlerpunkten.

Der Siegeswillen, der den deutschen Reitern schon so oft zum Erfolg verholfen hat, ist damit wieder einmal belohnt worden. Die deutschen Reiter haben den wertvollsten Preis in dem ganzen Reitturnier errungen; denn hier bot sich jeder Nation Gelegenheit, zu zeigen, daß sie nicht nur über einige Spitzenreiter verfügt, sondern über eine Mannschaft, deren Können weit über dem Durchschnitt liegt, die über eine einheitliche Ausbildung verfügt. Seit Jahren werden derartige Prüfungen auf allen großen internationalen Turnieren veranstaltet, und in letzter Zeit war man gewöhnt, überall die deutschen Farben am Siegesmast aufsteigen zu sehen.

Lawinenkatastrophe in den Apeninnen.

18 Tote?

Paris, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Rom wird gemeldet, daß in den Apeninnen in der Gegend von Ankona eine gewaltige Lawine niedergegangen ist. Mehrere Ortschaften sollen unter den niederstürzenden Schnee- und Erdmassen schwer gelitten haben. Truppen wurden zur ersten Hilfeleistung entsandt. Der kleine Weiler Monte Grobiano soll fast völlig verschüttet sein. Bisher zählte man 18 Tote und 55 Verletzte. In einer anderen Meldung wird von zwei Toten und 10 Verletzten gesprochen.

*

Grippeepidemie in Japan.

Wie aus Japan berichtet wird, grassiert dort eine starke Grippeepidemie. In der ersten Januarhälfte wurden täglich 100 Todesfälle an Grippe gezählt. Zahlreiche politische Persönlichkeiten, so der ehemalige Heeresminister Araki, der Innenminister und der Finanzminister sind an Grippe erkrankt. Zahlreiche Schulen mußten geschlossen werden. Durch die Grippeepidemie wird auch das Arbeitstempo in den Staatsämtern stark behindert.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 5. Februar 1934.

Krakau — 1,92, Zawichost + 1,23, Warschau + 1,11, Plock + 1,25, Thorn + 0,69, Fordon + 0,85, Culm + 0,99, Graudenz + 1,01, Kurzebrak + 1,08, Pieckel + 0,42, Dirschau — 0,31, Einlage + 2,24, Schiewenhorst + 2,50.

Allzeit bereit.

Es ist leicht: „Allzeit bereit“ zu sagen,
es ist schwer: „Allzeit bereit“ zu sein.
Es ist leicht, zu schwatzen und zu schwätzen,
es ist schwer, zu reden.
Es ist leicht, auf Kommando, hin stramm zu stehen,
es ist schwer, Körper und Willen in rechter Zucht zu halten.
Es ist leicht, Geld auszugeben,
es ist schwer, Opfer zu bringen.
Es ist leicht, andere zu kritisieren,
es ist schwer, sich die Wahrheit sagen zu lassen.
Es ist leicht, in großen Augenblicken sich begeistert mitreißen zu lassen,
es ist schwer, sich im kleinen Alltag für das einzusetzen, dem man zujubelt.
Es ist leicht, lieblos über andere herzuziehen,
es ist schwer, sie liebevoll heranzuziehen.
Es ist leicht, die lauten Stimmen der Welt zu hören,
es ist schwer, auf die Stimmen der Stille zu horchen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 5. Februar.

Trübe und etwas Regen.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet weiterhin trübes Wetter mit etwas Regen, ansteigende Temperaturen und auffrischende westliche Winde an.

Was wird aus der Trinkerheilanstalt in Gastfelde?

Die polnische Presse meldet, daß die früher deutsche und evangelische Trinkerheilanstalt in Gastfelde bei Rogasen nicht mehr trunksüchtigen Mänern offen steht, sondern in eine Entziehungsanstalt für trunksüchtige Frauen umgewandelt wird und den Charakter eines Sanatoriums tragen solle. Von evangelisch-kirchlicher Seite ist das Trinkerrettungsheim im Jahre 1902 gegründet worden und hat 20 Jahre lang in Segen gearbeitet, indem es seine Hilfe auch Katholiken zukommen ließ, bis es auf dem Wege der Liquidation in den Besitz des Landeshauptmanns überging, der das Heim in eine polnische und katholische Anstalt umwandelte.

Wie mitgeteilt wird, geht die Absicht der Umwandlung auf die finanziellen Schwierigkeiten der Anstalt zurück. Der Tagessatz betrage 5—8 Złoty täglich und könne von Privatpersonen kaum aufgebracht werden, werde aber auch von den Krankenkassen nicht bezahlt. Infolgedessen stehe die Anstalt, die nach früheren Berichten vorzugsweise für polnische Staatsbeamte bestimmt ist, vor großen Schwierigkeiten. Allerdings ist nicht recht einzusehen, inwiefern diese Schwierigkeiten gelöst werden, wenn statt Männer Frauen aufgenommen werden sollen, zumal die Entziehungskur bei Frauen ein volles Jahr Behandlung verlange, während die Männer durchschnittlich nur 6 Monate in der Anstalt bleiben müßten.

Außer Gastfelde gibt es in ganz Polen nur noch zwei derartige Heime, nämlich in Tarnowitz in Oberschlesien und in Swiack in der Nähe von Bialystok. Das Tarnowitzer Heim wird aber durch die Krankenkasse so gut wie gar nicht belegt, da es sich um eine Privatanstalt handelt. So bleibt nur noch die Heilstätte in dem weit entfernten Bialystok, so daß die Reisekosten dorthin allein schon die Unterbringung in der Anstalt unmöglich machen, zumal auch der Platz dort nicht für Patienten aus ganz Polen ausreichen dürfte.

Die evangelische Bevölkerung in Posen und Pommerellen hat nach der Liquidation von Gastfelde gar keine Anstalt zur Verfügung, die den Zwecken der Trinkerheilung in diesem Sinne dient, sondern muß sich mit anderen Anstalten behelfen.

Karnevals-Kostüme der Vergangenheit.

Die Lust am Verkleiden kommt aus tiefen Quellen des Volkstums. Karnevalszeit, die Zeit der Vermummungen, packt uns heute wie ehedem. Nichts weiter als der Wunsch, „sich selbst und anderen fremd zu werden“, blieb übrig im bewußten Zivilisationsmenschen, der von seiner Fortschrittshöhe herab all das zu belächeln pflegte, was in den Tiefen urtümlichen Volkstums an Dämonie, Zauber und religiöser Symbolik die tiefe Bezogenheit des menschlichen Geschöpfes in dunkel geahnte kosmische Zusammenhänge widerspiegelt. Der Umwandlungsprozeß menschlicher Wertungen führt heute auch zum Rückschauen und Neudeuten der Vergangenheit, um damit das eigene Wesen in seinem Erneuerungsstreben tiefer zu erfassen.

Die deutschen Karnevalsbräuche und Kostümierungen unterscheiden sich wesentlich von denen der romanischen Länder, wo das Anknüpfen an die Festzeit der Saturnalien eine bestimmte Überlieferung geschaffen hatte. — Der wilde Mann, stroh- oder hanfumwickelt, mit beschmiertem Gesicht, ist eine der frühesten Figuren des nordischen Karnevals. In ihm und seinen Begleitgesellen erkennen wir unschwer Wotan selber und allerlei Flur- und Hausgötter, die man im stillen immer noch schätzt und fürchtet. In ländlichen Gegenden dringen sie in schreckhafter Gestalt in die Spinnstuben ein, Gericht zu halten über die faulen Mägde, sie setzen die Knechte im Haus in Furcht und Gehorsam und strafen oder belohnen die Kinder. Diese Schreckensmasken leben auch heute noch verkümmert auf dem Lande weiter. Als das einfache Beschmieren des Gesichts durch Larven abgelöst wird, sind es Wiedergaben von Jagd- und Haustieren, von Ochs und Esel, Hirsch und Bär. Solche Vermummungen in Tiergestalt scheinen einem seltsamen seelischen Bedürfnis entsprochen zu haben. Schon der heilige Augustin trat gegen die Tier-Vermummungen auf, und lange hat die Kirche nach ihm gegen sie geeifert.

Aus den Büchern der Nürnberger Metzger-Zunft erfahren wir über ihren Fastnachtsbrauch, das „Schembartlaufen“ (Schembart vom mittelhochdeutschen „scheme“ d. i. Maske, Larve). Diese der Metzger- und Messerer-Zunft von Nürnberg 1349 von Karl IV. nach dem damaligen großen Aufruhr der Nürnberger Zünfte für „ewige Zeiten“ gestattete Fastnachtslustbarkeit, die in einem glänzenden Maskenumzug mit Narrenpritschen und Blasbälgen bestand, hob 1539 der Rat wieder auf. Die Umzüge oder Schönbartspiele wurden jedesmal in den dazu bestimmten Büchern (Schönbartbüchern) beschrieben und abgebildet; das letzte hat Hans Sachs in Versen geschildert. Für die alljährlichen Umzüge war es Privileg, die Tracht der Zeit zum Fastnachtskostüm zu variieren. In der zweiten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts wird die Buntheit des Zeitkostüms und die Schellenmode zu einem wichtigen Element der Schembartläufer. Für die Karnevalszeit bleiben die Schellen, auch als sie ihre Rolle in der Tagesmode ausgespielt haben, erhalten Schellenkappe, weitärmelige Zaddeljacke voller Glöckchen und enganliegende Beinlinge die typische Narrentracht. Noch heute ist der bunte spätgotische Narr eine Figur unserer Maskensäle. Seine Farben grün, rot, gelb stammen noch aus jener Zeit.

Die beschränkte Zahl der gotischen Masken erfährt eine bedeutende Vermehrung im Zeitalter der Renaissance. Statt der katholischen sieben Tugenden und sieben Todsünden, die man vorher darstellte, erscheinen nun die Götter des Olymp: Venus und Diana, Mars und Apoll. In den Ländern, die vorwiegend an den Entdeckungen beteiligt waren, treten bald auch die Indianer und Mohren, Inder und Chinesen als Karnevalsfiguren auf.

Ein anderes altes Verkleidungsmotiv erlangt im sechzehnten Jahrhundert eine besondere Bedeutung: der Kleidertausch der Geschlechter. Dieser Brauch wird in der Bibel mit strengen Worten verurteilt, daher vertrat auch die christliche Kirche einen ablehnenden Standpunkt. Trotzdem behält der Brauch durch das ganze siebzehnte, bis ins neunzehnte Jahrhundert, besonders bei den prächtigen Karnevalsfesten der Höfe, seine Beliebtheit. Sogar der Bischof von Breslau, Graf Schaffgotsch, huldigt ihm, wie wir staunend lesen, auf einem Fest des Prinzen von Preußen.

Der Reichtum der Fürsten gestattete besonders prächtige Vermummungen. Von dem Pomp solcher Feste gibt uns das Karnevals-Ringelrennen 1609 am Dresdener Hof eine Ahnung mit seinen Verkleidungen der Turnierenden: den Afrikanern, Indianern und Türken, den Darstellungen von Sonne, Mond, der vier Elemente und zwölf Monate, der Wiedergabe von Vertretern aller Gewerbe und aller Stände. Die Höfe bilden auch den Ausgangspunkt der Verkleidungen mythologischer und allegorischer Art. Derber sind die Maskenideen für die sogenannten „Wirtschaften“, beliebte Veranstaltungen der Höfe vom Ende des 17. Jahrhunderts ab. Die Gastgeber empfingen als Wirt und Wirtin kostümiert ihre Gäste, die in den Kostümen von Bauern, Soldaten, Schäfern und Schäferinnen kamen. Diese in Deutschland entstandenen Fastnachtsfeste fanden besondere Pflege am Hof von Stuttgart, das im achtzehnten Jahrhundert als Karneval-Zentrum große Anziehung ausübte.

Jede Zeit hat an Verkleidungen das beigesteuert, was der Ausdruck ihres besonderen Interesses war, sei es 1523 ein Kostüm aus Ablaßbriefen oder 1848 ein solches aus Briefmarken! Der ägyptische Feldzug Napoleons hat nicht weniger ägyptische Masken veranlaßt als die Öffnung des Grabes von Tut-anch-Amon. Gewisse Motive der Verkleidung scheinen jahrhundertelang unveränderter Bestand. Andererseits tauchen Motive von aktueller Bedeutung auf, die schon nach einem Karneval zu Grabe getragen werden.

§ **Winterhilfe im Februar: „Für das tägliche Brot.“** Nicht müde werden, das ist die dauernde Mahnung, die die Winterhilfe an ihre vielen großen und kleinen Mitarbeiter täglich ergehen läßt. Daß rechte Winterhilfe nur dann Zweck hat, wenn sie ständig und dauernd ist, geht auch aus dem Wahlspruch hervor, den die Winterhilfe in Deutschland für Februar aufgestellt hat und der lautet „Für das tägliche Brot“. Täglich sollen die Schützlinge der Winterhilfe zu essen haben, jeden Tag eine warme Stube haben und jeden Tag müssen sie sich und ihre Kinder ohne Sorge zur Ruhe legen können. Das ist die große Pflicht, die die Winterhilfe auf sich nimmt und die sie erfüllen muß. Nicht einmalig und in Ausnahmefällen, sondern immer, täglich und dauernd muß geholfen werden, wie auch wir selber das tägliche Brot für uns beanspruchen.

§ **Dem Erfrierungstode entgangen.** Als ein aus Bromberg nach Goldfeld unterwegs befindlicher Autobus gegen Mitternacht vor Goldfelde eintraf, sah der Chauffeur auf der Chaussee einen dunklen Gegenstand liegen. Er hielt den Autobus an und man entdeckte einen Mann, der besinnungslos zusammengebrochen war. Der Fremde wurde sofort in das Dorf geschafft, wo man feststellte, daß es sich um einen 50jährigen Arbeiter handelt, der auf der Suche nach Beschäftigung von Posen nach Gdingen zu Fuß unterwegs war. Infolge großer Entkräftigung brach er zusammen und war in Gefahr, zu erfrieren.

§ **Vor dem hiesigen Burggericht** kamen folgende Strafsachen zur Verhandlung. Der 26jährige Henryk Rutkowski aus Schulitz stahl am 24. Dezember v. J. dem Landwirt Stefan Górski 15 Hühner, 3 Gänse und 6 Puten, die er weiter verkaufte. Der Angeklagte, der sich vor Gericht nicht zur Schuld bekennt, die ihm jedoch durch die Zeugenaussagen nachgewiesen werden konnte, wurde zu vier Monaten Arrest verurteilt. — Wegen Beleidigung eines Polizisten hatte sich der 29jährige Sylvester Nowacki zu verantworten. Am 5. November v. J. hatte der Angeklagte den Polizisten Stanisław Kowalkowski während der Ausübung seines Dienstes auf dem hiesigen Wochenmarkt dadurch beleidigt, daß er zunächst entgegen den Aufforderungen des Polizisten, die dieser an einen Landwirt wegen Verlassen des Marktplatzes richtete, den betreffenden Landwirt zum Verbleiben aufforderte und dann im Laufe des Wortwechsels vor dem Polizeibeamten ausspie. Der Angeklagte bekennt sich nur betr. des ersten Teiles der Anklage zur Schuld, dagegen bestreitet er vor dem Polizisten ausgespien zu haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Arrest mit zweijährigem Strafaufschub. — Der 30jährige, hier in den Baracken wohnhafte Arbeiter Jan Pasinski hatte am 9. Oktober v. J. aus dem Hausflur eines Franz Lange ein Fahrrad zu stehlen versucht. Der Angeklagte wurde zu zwei Monaten Arrest verurteilt.

§ **Ein dreister Wohnungseinbruch** wurde in der Nacht zum vergangenen Freitag in das Geschäft von Kaczmarek, Mittelstraße (Sienkiewicza) 57, verübt. Der Besitzer des Geschäfts war auf einige Tage verreist, hatte jedoch während seiner Abwesenheit einen Bekannten mit der Bewachung seiner Wohnung betraut. Dieser besuchte in der kritischen Nacht ein Vergnügen, was sich unbekannte Diebe zunutze machten. Sie öffneten gewaltsam die Jalousie von der Tür und drangen in das Geschäft ein. Die Diebe stahlen dann fünf Anzüge, die für verschiedene Kunden abzuliefern waren, fast sämtliche Wäsche, sowie einen kleineren Geldbetrag und zwei Mäntel. Der Gesamtschaden beläuft sich auf etwa 800 Złoty. — Einen weiteren Wohnungseinbruch verübten unbekannte Diebe bei dem hier Ritterstraße (Rycerska) 1 wohnhaften Arbeiter Maximilian Smeja. Die Diebe stahlen Wäsche und Garderobe im Werte von einigen hundert Złoty.

o **Budzin,** 4. Februar. Diebe haben nach Durchschlagen der Mauer eines Fachwerkes dem Besitzer Bloch in Bracknitz 26 der besten Hühner gestohlen.

ex **Exin (Kcynia),** 4. Februar. Der letzte Viehmarkt brachte nicht den erwünschten Handel. Vieh wurde genügend aufgetrieben, aber wenig abgesetzt. Der Preis für Kühe war von 100—340 Złoty.

Der Nachbar des Gastwirts **Berger in Salzdorf** bemerkte Nachts auf dem Hofe des B. Licht. Er begab sich nichts ahnend auf das Nachbargehöft, wo er von unbekannten Tätern angeschossen wurde. Die Einbrecher, denn nur solche können es gewesen sein, konnten entkommen.

w **Fordon,** 4. Februar. Am vergangenen Sonnabend veranstaltete der **Bauernverein Fordon im Lokal Krüger sein 41. Stiftungsfest unter Mitwirkung der Bromberger Spielschar.** Der Vorsitzende begrüßte in einer Ansprache die erschienenen Gäste. Das Bauernspiel „Die verstorbene Gerechtigkeit“ sowie das Märchenspiel „Die natürliche Nachtigall“ fanden ebenso Beifall wie das Spiel „Ja der Esel“. Der darauf folgende Tanz hielt jung und alt in froher Stimmung bis zum frühen Morgen beisammen.

z **Inowrocław,** 4. Februar. Hier ereignete sich während einer militärischen Übung auf den Feldern bei Inowrocław ein trauriger Unglücksfall, dem ein Soldat namens Ewald Janke zum Opfer fiel. Janke stürzte mit dem ungesicherten Karabiner derart unglücklich zur Erde, daß ein Schuß losging und die Platzpatrone demselben durch das Auge ins Gehirn drang. Auf dem Wege zum Krankenhaus verstarb Janke.

Vor dem hiesigen Burggericht stand dieser Tage Anton Wojciechowski von hier, der sich wegen Taschendiebstahls zu verantworten hatte. Während des Marktes stahl er dem Landwirt Wikarski die Brieftasche mit 40 Złoty sowie verschiedene Quittungen und Dokumente. Das Gericht verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis.

o **Margonin,** 4. Februar. Am Sonntag feierte der Männer-Turnverein sein drittes Stiftungsfest im Guseschen Saale, zu dem sich viele Freunde und Gönner eingefunden hatten. Turnübungen, ein flott gespieltes Theaterstück u. a. lösten reichen Beifall aus.

ꝏ **Posen,** 4. Februar. Ein guter Fang ist der Polizei mit der Verhaftung zweier Einbrecher geglückt, die nicht weniger als sieben große Einbrüche aus der letzten Zeit auf dem Kerbholz haben. Es handelt sich um Anton Gielnik und Josef Wieczorek aus der fr. Rosenstraße Nr. 11. Die Niederlage für die Einbrecherbeuten befand sich in Unterberg bei den Besitzern einer Gastwirtschaft, den Gebrüdern Franz und Valentin Ksiazka. Einbrecher und Hehler wurden in Haft genommen. Ein Teil der Beute wurde beschlagnahmt.

In der Nacht zum Freitag wurde gelegentlich eines Vereinsvergnügens im Handwerkerhause der 22jährige Theodor Krzybylski dabei erwischt, als er sich an der Kleiderablage an mehreren Überziehern bereichern wollte.

In der ul. Jarochowskiego wurde einer Frau Michalina Krukowska von einem jugendlichen Handtaschenräuber eine Handtasche mit 40 Złoty entrissen. Der verwegene Bursche flüchtete unerkannt.

Eine Beute von Kleidungs- und Wäschestücken im Werte von 3000 Złoty machten unbekannte Einbrecher im Hause fr. Große Berlinerstraße 72 in der Andreas Sobkowiakschen Wohnung in der vergangenen Nacht.

o **Wongrowitz,** 4. Februar. Am Donnerstag fand hier ein Vieh- und Pferdemarkt statt. Der Auftrieb war mittelmäßig. Die Preislage war unverändert.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 28

Statt Karten.

Ihre Vermählung geben bekannt:

Kurt Jeske und Frau Elfriede

geb. Schulze.

Bydgoszcz, den 1. Februar 1934.

Gleichzeitig **danken wir herzlich** für die uns erwiesenen Aufmerksamkeiten. 1619

Freitag abend 5¼ Uhr starb nach langem schweren Leiden meine liebe Frau, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Christine Krämer

geb. **Kircher** 1603

im 75. Lebensjahre. — Dieses zeigt tiefbetrübt an **Friedrich Krämer.**

Skąpe, den 3. Februar 1934.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 7. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus auf dem evgl. Friedhof in Skąpe (Hermannsdorf) statt.



Ingenieur-Schule Weimar Deutschland 10097

Flugzeugbau / Fliegerschule / Papiertechnik

Eig. Lehrwerkstätten

Maschinenbau/Elektrotechnik / Automobilbau

Prospekt anfordern

Vereinigte Technische Lehranstalten **Mittweida** (Deutschland)

1. Ingenieurschule (Höhere technische Lehranstalt)
2. Maschinenbauschule (Technische Lehranstalt)

Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobiltechnik, Flugtechnik, Betriebswissenschaften

Programm kostenlos

Kyffhäuser-Technikum

Bad Frankenhausen, Kyffh.

Für Ingenieure und Werkmeister. - Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilbau, Landmaschinenbau, Luftfahrzeugbau. 6090

Eigener Flugplatz. Programme frei.



Zeitgemäße Mädchenbildung

in den ein- und dreijährigen Frauenschul-Lehrgängen der

Hoffbauer-Stiftung

Potsdam-Hermannswerder 16

Grundschule, Oberlyzeum (Abitur)

Werkjahr für Abiturientinnen

Die Lage zwischen Wald und Wasser bietet reichliche Gelegenheit zu körperlicher Ertüchtigung 1528

Steuer-Ermäßigung

nur durch korrekte Buchführung mit Bilanz.

E. Curell, Bücher-Revisor, 925

Bydgoszcz, Zduny 11, Wohnung 3.

Kirchenzettel. Donnerst., d. 8. Febr. 1934

Baptisten - Gemeinde Abends 8 Uhr Bibel unde.

Beruhardiner (Diana) entlauf. Geg. Belohn. abzugeb. **W. Hopfner, Kamionka,** p. Turzno, Tel. 20, pow. Toruń. 1595

Stoffe für Damen- und Herrenbekleidung reell, gut und preiswert

Nur bei **KUTSCHKE**

Inhaber: **Fritz Steinborn** 1303

Tel. 1101 Bydgoszcz Gdańska 3.

Die Preise der **Gasapparate** sind bedeutend herabgesetzt worden! Nützt die Gelegenheit und versorgt Euch im

Geschäfts-Lokal der Gazownia Bydgoska

ul. Marszałka Focha 5. Tel. 784

mit

Sparkochern, Familienküchen neuester Konstruktion, kleinen Backöfen, kleinen Heizöfen für Wohnungen, Badeöfen, Gasbrennern, Plätteisen, Menagen zu günstigen Bedingung. bei Barzahlung und **auf Raten.** 8856



Geflügelhof Sławkowo Post Ostaszewo-Toruńskie nimmt jederzeit Hühnereier zur Lohnbrut. Einlegegebühr je Ei 15 gr, Schlüpfgebühr je Küken 5 gr. Verkauf von Bruteiern: weiß. amerik. Leghorn 25 gr, Eintagsküken à 80 gr, Rote Rhodeländer je Ei 30 gr, Eintagsküken 90 gr, engl. Sussex je Ei 80 gr, Eintagsküken 1.60 zł, Bruteier gelb. Orpingtonenten je 60 gr. Versand nur geg. Nachn. od. Voreinsend. d. Betr. 1237

Gutes Brennholz

Samsieczno

12. Februar 1934

9 Uhr 1605

Gasthaus Bieske.

Heirat

Junger Mann, 35 J. alt, 8500 zł **Bargeld,** 250 zł monatl. Einkom., **wünscht Heirat** mit junger, hübsch., mittelgroß Landwirtschafts-Hausbesitzerin. Offert. mit Bild unt. **K. 1612** an die Geschäftsst. der Deutsch. Rundsch. erb.

Zwei deutsche Mädchen, 22 und 27 Jahre, in ganz poln. Umgeb. lebend, suchen Briefwechsel mit deutschen Herren zwecks späterer **Heirat.** Groß, schlank und schwarz, mittel, schlank u. blond. Lotterielos **vorhanden,** darum Vermögensaussichten. Offert. mit Lichtbild unt. **C. 1582** an d. Gschst. d. Ztg. erb.

Alleinstehende Witwe, 45 J., m. Grundstück im Werte v. 30000, wünscht **Lebenskameraden** in gesicherter Position zwecks **späterer Heirat** Offerten unter **D. 717** a.d.Geschst.d. Zeitg erb.

2 Freundinnen, 21 u. 23 J. alt, ev., wünsch. m. Herren in Briefwechsel zu treten zwecks spät. **Heirat.** Gut. Aussteuer vorhanden. — Offerten unter **N. 1616** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Junger Mann, 30 J. a., mit Vermögen, wünscht Dame im Alt. v. 25—30 J., etw. Vermög. oder Grundstück **zwecks Heirat** kennen zu lernen. Gefl. Offerten unter **K. 1410** a.d.Geschst. d. Zeitg.erb.

Witwe, Mitte 30er m. Landwirtsch. von 220 Morg., 2 Kind., **sucht tüchtig. Landwirt** mit Barvermögen von 8—12000 Złoty **zwecks Heirat.** Offert. unt. **C. 1490** a. d. „Deutsche Rundschau" erbeten.

Geldmarkt

150000 Złoty als erste Hypothek auf 2000 Morg. groß. Gut in best. Verfassung gesucht. Gefl. Offert. unt. **O. 1617** a d. Geschst. d. Zeitg erb.

10000 u. 8000 zł als erststell. Hypothek. auf 120 Mrg. u 60 Mrg. große erstkl. Wirtschaft. gesucht. Angebote unt. **P. 1446** a. d. Geschst. d. Z.

6-8000 zł auf ein Stadtgrundst. in Bydg. u. I. Hypoth. ges. Off. u. **G. 722** an d. Geschst. d. Z.

Welche Person, auch alleinst. Frau mit etwas Vermögen würde sich im Geschäft beteiligen? Offert. unt. **Z. 1578** a. d. Geschst d. Z.

Offene Stellen

Wir suchen einen zuverlässigen und erfahrenen

Akkumulatoren-Monteur

für sofort oder später. 1604

Landw. Zentralgenossenschaft Poznań

Abteilung: Elektro,

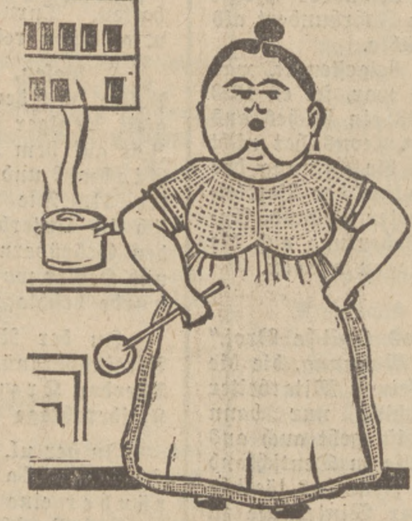
ul. Wjazdowa 3.

Gesucht zum 1. 4. 1934 einen jüngeren, verheirateten, umsichtigen **Stellmacher** möglichst mit Gehilfen. **Majętność** 1608 **Kotomierz - Trzebień,** poczta Kotomierz.

Wirtin perf. im Kochen, Backen, Schlachten und Einmachen zum 1. 3. oder später **gesucht.** 1575 Frau Gutsbes. **Feldt, Kowroß** b. Ostaszewo, pow. Toruń.

Evangelisch., anständiges **Mädel** 14—16 jährig, **als Kindermädchen** und Hilfe im Haushalt für Landmolk. gesucht. Es komm. nur saubere, fleiß. Mädels in Frage. Auch Waise angen. Bewerb. m. Bild u. **B. 1568** a.d. Geschst. d. Zeitg.erb.

Suche anständ., sauber., ehrl., fleiß., ält. **Mädchen,** d. alle Hausarb. u. melk. verst. **Toruńska 86,** part. 821



Minna hat gekündigt!
Gewitterstimmung im Hause!
Vater grollt, seine Lieblingsspeise ist angebrannt.
Mutter denkt verzweifelt:
Wo kriegen wir wieder so eine Perle her?
Ratlosigkeit!
Doch Vater rettet die Situation.
Eine kleine Anzeige kommt in die
Deutsche Rundschau, Bydgoszcz.
Und die neue Perle tritt an
Heiter strahlt wieder der häusliche Himmel!

Suche v. 15. 2. od. 1. 3. **Dienstmädchen** für alle landwirtschaftliche Arbeiten, ehrlich u. saub. **L. Schreiber, Jabłonowo,** Pom. 1610

Für Lebensmittel-Spezial-Gesch. selbstd. **Filialleiterin** auf eig. Rechn. p. 1. 2. ges. Sich. Exist. Erford. 400 Zł. **Kujawska 41.** 714

Stellengesuche

Einfacher, erfahrener **Landwirt** sucht eine **Vertrauensstellung als Oberinspektor od. Administrator** auch auf ein. heruntergewirtschafteten Gute. Offerten unter **D. 780** a.d. Geschst. d Zeitg.erb.

200 zł Provision zahle demjenigen, der **ev. landwirtschaftlichen Beamten,** 30 J. alt, mit guten Zeugnissen und langjähr. **Praxis,** zur **Stellung verhilft.** Off. unter **B. 1489** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Zahntechniker (Militärz. beend.), evgl., deutsch u. poln. sprech., **sucht** ab 15. 3. od. 1. 4. 34 **Stellung.** Gut. Zeugn. vorhd. Off. unt. **E. 781** a.d.Geschst. d. Zeitg.erb.

3—5000 zł Kaution hinterlege ich demjenig., der mir eine **führende Stellung** in der Kolonialwarenbranche od. eine Stelle **als Lagerist** anvertraut. Bin z. Zt. noch in Stellung als **Leiter eines Kolonial-** u. Restaurationsgesch. Alter 27 J. Stellungsübernahme kann m. d. 1. 4. 34 erfolg. Off. unt. **N. 1539** a. d. G. d. Z. erb.

Schmied Maschinist Stellmacher sucht ab 1. April 1934 **Stellung** als verheirateter. Gefl. Ang. unt. **N. 754** a.d. Geschst d Ztg.

Bäckergeselle auch Kenntnisse i. Feinbäckerei, selbst. Arbeit., **sucht** von sof. oder später **Stellung.** Angebote unter **B. 1462** an die Geschäftsst. d. Zeitg.erb.

Unverh. Chauffeur und **Kutscher** sucht z. 1.4. Stellg. Off. u. **H. 8?4** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Suche Rentenempfäng. als **Feld- u. Waldhüter**

Verpachte Gärtnerei mit **Treibhaus** und gutem Wohnhaus. 1557 Gutsbes. **C. Schmelel, Wiśtitno, Kr. Bromberg** p. Wierzchucin król. Telefon Nr. 1.

Evgl., ledig. **Müller,** 26 J. a., d. deutsch. u. poln. Spr. mächt., zuverläss. Kraft, vertr. m. Rogg.-, Weiz.-, Gersten-, Hafermüll., Müllereimasch. u. Umg. mit der Kundsch., führt kl. Reparatur. u. Büroarb. aus, in ungek. Stellg., **sucht** bald oder später passd. **Stellung.** Gefl. Offert. unt. **L. 1613** a.d. Geschst. d. Zeitg.erb.

Oberschweizer mit eigener Hilfskraft sucht Stellung zu einem größeren Viehbestand. Gute Zeugnisse u. Empfehlungen vorhanden. **Stefan Kosalski, m. Kopytkowo,** p. Smętowo. 1614

Schweizer verheir., 35 J. alt, sucht Stellung z. 1. 4. 34, erfahren in Kälbern und Kalben. **Jan Gwizdek, Lembarg,** p. Konojady, Pom. 1611

Staatlich geprüfte **Schwester** 45 J., seit 1911 tätig in Position, ausgebild. in Narkose, chirurg., gynäkologisch. u. medizinisch. Hilfeleistung u. Pflege, firm i. Haushaltsplan, Büro, Küche u. Wäsche, möchte anderen Wirkungskreis und zwar selbständ. Leitung eines Hauses bis 100 Betten gleich welch. Art, wenn möglich Freist. Danzig. Gehalt nach Vereinb. Gefl. Off. unt. **D 1584** an die Geschst. d. Ztg

Verkäuferin evgl., 27 J. alt f. Kolonial- u. Manufakturw., auch im Haushalt bew., **sucht Stellung.** Frdl. Angeb. unt. **M. 1615** an d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Wirtin, 28 J., wünscht **Stellung** bei gut. Behandlung, evtl. Taschengeld erw. Off. u. **U. 1255** a. d. Geschst. d. Z.

Besitzertochter m. Koch-, Näh- und Plättkenntnissen **sucht Stellung** in bess. Haushalt. Off. u. **K. 684** a. d. G. d. Ztg.

Köchin die perfekt kochen, plätten u. sämtliche Arbeit versteht, sucht Stellung v. 15. 2. 34 zu zwei oder einer Person. Offert. u. **L. 813** an d. Gst. d. Ztg.

Gläubiges Mädchen sucht Stellung als **besser. Alleinmädchen oder Stubenmädchen.** Angebote mit Gehaltsang. bitte z. richten unt. **F. 1589** a. d. Geschst. d. Z.

Evangl. **Schneiderjungfer** und evangl. **Stubenmädchen** suchen ab 1. März 34 Stellung. Gute Zeugn. vorh. Off. u. **A. 15?0** a. d. Gst. d. Ztg. erb.

Jungwirtin sucht **Stellung.** Offert. an **Hilde Reddmann, Radzyn wybud.,** pow. Grudziądz. 1596

Wirtschafterin perf. in fein., einfacher Küche, Back., Einwecken, Einschlachten, **sucht Stellung** zum 15. 2. oder 1. 3. Gefl. Offerten unter **U. 1565** a d. Geschst. d. Zeitg.erb.

Ehrl., zuverl. **Wirtin** (Stütze, die gut selbstd. kocht u. wirtschaft. kann, **sucht** zum 15. 2. od. spät. **Stellung.** Gute Zeugn. u. Empfehl. vorhanden. Gefl. Offert. unt. **B. 1581** a.d Geschst. d. Zeitg.erb

Aelt. Waise, heimatl., evang., sucht Stellg. als **Wirtschafterin** event. auch i. frauenlos. Haush., ab 15. 2. o. spät. Off u. **Z. 769** a. d. G. d. Bl.

Stubenmädchen kinderl., nähen, plätten, servieren, gute Zeugnisse, sucht Stellung v. 15. 2. 34 als Stuben- oder Alleinmädchen. Offert. unt. **M. 814** an d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche vom 15. 2. 1934 Stellung als **Stubenmädchen,** schon in Stellung gewesen. Meld. m. Gehaltsang. unt. **L. 1412** a. d. „Deutsche Rundschau" erbeten.

Landwirtstochter evgl., 27 Jahre alt, ehrl. u. anständ., 4 Jahre in frauenlos. Haush. tätig, **sucht** ab 1. 3. 34 in besser. Hause **Stellung.** Gutes Zeugn. vorhanden. Off. mit Gehaltsang. unter **G. 803** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erb.

Suche zum 15. 2. **Stellg. als erstes Mädchen od. einfache Stütze** in Stadthaushalt. Gut bewandert im Kochen, Schneidern u. Plätten. Offerten unter **M. 1537** a d. Geschst. d. Zeitg.erb.

Alleinstd. Mädchen kath., **sucht** von sof. oder 15. 2 **Stellung als Hausmädchen.** Kochkenntn. vorhand. Off. u. **J. 807** a.d. Geschst. d. Zeitg.erb.

An- u. Verkäufe

Offerieren 750 **Güter, Landwirtschaften, Häuser und Villen** zahlungsfäh. Käufern. Neue Auftr. erwünscht, **„AGRARJA" Bydgoszcz, Parkowa 1** am Hotel Pod Orłem).

Villa 5 Zimmer, Garten, in Bielawki, verkaufe od. verpachte. 810 **Pl. Piastowski, 13,** W. 5.

Gute Zinshäuser in Bydgoszcz oder Toruń gegen Barzahlung in Berlin zu kauf. ges. Off. unt. **P. 822** a. d. Gst. d. Ztg.

Tausche **126 Mrg. Landwirtschaft** prima Inv. kompl. geg. kleinere bis 60 Mrg. geg. **Zuz.** auf Gastwirtschaft od. auch zu verk. Anz. 25000 zł. Off. **u. D. 817** an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Hausgrundstück nebst Garten von Ausländ. billig zu verkauf. 300 Zł. mon. Miete. Näh **Wełniany Rynek 2,** W. 9. Zu erfr. 4—7 Uhr. 765

Komfort. Wohnhaus jährl. Mietseinnahme ca. 100?0 zł, Preis u. Anzahlg. n. Vereinbarung, Zentr. der Stadt geleg., verkauft günstig 1600 **Dobrobyt, Grudziądz.** Plac 23 stycznia 21.

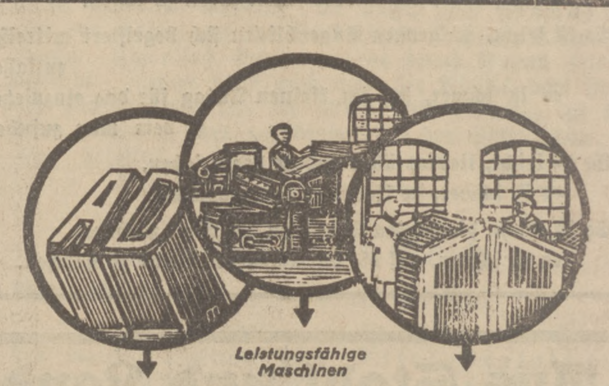
Leipziger Frühjahrsmesse 1934

Beginn 4. März

33⅓ % Fahrpreisermässigung auf den deutschen Reichsbahnstrecken!

Alle Auskünfte erteilt der Ehrenamtliche Vertreter für Grosspolen und Pommerellen 1551

OTTO MIX, Poznań, ul. Kantaka 6 a. Tel. 2396.



Moderne Schriften — Leistungsfähige Maschinen — Geschultes Personal

das sind unsere Trümpfe,

die wir Ihnen in die Hand geben zur geschmackvollen und preiswerten Ausgestaltung Ihrer Drucksachen. Lieblos hergestellte Werbedrucke sind wertlos und wandern in den Papierkorb. Verlangen Sie von uns unverb. Vorschläge

Großdruckerei A. Dittmann

T. z o. p.

Bydgoszcz, Marsz. Focha 6, Telefon 61

Hochtragende, schwere **Herdbuchsterke** von sehr milchreicher Abstammung, verkauft 1576 **Wielki Lubień,** Grudziądz. Tel. 408.

Zu kaufen gesucht 5 6 **hochtragende** 1602 **Färsen** oder junge **frischgekalbte Kühe** Offerten unter **G. 1602** a.d. Geschst. d. Zeitg.erb.

Drahthaarterrier (Rüde), beste Abstammung, 8 Monate alt, billig zu verkaufen, evtl. m. Stammbaum. 1583 **Telefon 122.**

Rassetauben diverser Auswahl, wie **Kröpfer, Kawière, Dragoner, Bagdetten, Mövchen, Elster, Strasser, Pfautauben usw.** verkauft paarweise. 1590 **Lissaer Verein für Geflügelzucht und Vogelschutz,** gegründ. 1896 in Leszno, Geschäftsstelle Łaziebna 13, Postboxe 76. Tel. 85.

Das gute Pianino kaufen Sie billig bei **O. Majewski,** Pianofabrik, **Bydgoszcz,** Kraszewskiego neben Grunwaldzka 141. 819 Telefon 2060.

Pianino schwarz, wie neu verkft. billig. **Pomorska 14, 1.** 789

Schlaf-, Eß-, Herrenzimmer, Salon, Gas-Bratofen, Salon-Ofen, Kinderwagen, Badewannen, Nähmaschinen „Singer". verkauft gelegentlich freihändig **Auktionshaus** 1618 Gdańska 42 — Tel. 1554.

Klavier, Kinderbett (weiß), **Vorratsschrank, Staubsauger,** 9—12, zu verk. 796 **Podgórna 6.**

Gut u. billig. **Versch. Möbel, Nähmaschine, Sofas, Spiegel, Teppich, Bilder, Uhren u. v. a.** 812 **Pomorska 32 (Laden).**

Gold und Silber sowie Silbergeld kauft **B. Grawunder,** Dworcowa 57. Tel. 1698.

Gebrauchten Kühler für Chevrolet (Modell 26 sucht **Sępólno Pom.,** Postfach 18. 1609

Drehrolle billig abzugeben. 809 **Jasna 39.**

Automatische **Bildschnitzmaschine** 6 Bohrer, nur kurze Zeit im Betrieb gewesen, äußerst billig verkäufl. Gefl. Anfrag. u **H. 1606** a.d. Geschst. d. Zeitg.erb.

Rollwagen 80 Ztr. Tragfähigk., Patentachsen, steht z. Verkauf. 798 **Zamoyskiego 5.**

2zöllig. neuer Arbeitswagen und Geschäftswagen bill. zu verkauf. **Hetmańska 25.** 694

Gebrauchter, leichter **„Jagdwagen"** zu kaufen gesucht. Off. u. **E 1588** a.d. Gschst. d. Z.

Gebrauchten aber sehr gut erhalt. 10—12 P.S. **Rohölmotor** zu kaufen sucht 1574 **Rest, Gębice,** p. Mogilno

Wellenkopf 10×12 verkauft **H. Ruther, Łążyn,** poczt. Rzęczkowo, p. Toruń.

Verkaufe Sicherheitsschlösser und **Bratöfen** 779 **Pod Blankami 26.**

Adlerschreibmasch. wie neu, verkauft 811 **„Kurjer"**, ul. Parkowa.

Formkasten für Zementdachsteine mit ca. 1000 dazu gehörigen Platten spottbill. abzugeben. Gefl. Anfragen unter **J. 1607** a.d. Geschst. d Zeitg.erb.

Abgelagertes **Nutzholz** f. Gutsstellmacherei zu kaufen gesucht. Off. unt. **E. 1493** a. d. Geschst. d. Z.

Wohnungen

4—5-Zimm.-Wohn. mit Zentralheizg., Bad usw. zu vermieten 820 **Sobieskiego 6.**

Eine 3-Zimm.-Wohng. von sofort zu vermiet. **Anfrage ul. Gdańska 99 im Geschäft.** 1587

Ein kleiner Laden m. 2 Nebenräum., ohne Renov. preisw. z. verm. **Długa 72. Tel. 1335.** 1562

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer zu verm. 865 **Chrobrego 23,** Whg. 7

Pensionen

Schüler od. Schülerinnen finden gute und billige Pension. Off. u. **L. 1099** an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Pachtungen

Wassermühlen-Grundstück ist von sofort zu verpachten. Zur Uebernahme 7000 zł erforderl. Offert. unt. **W. 157** an d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

J., verheirat., evangel. **Schmiedemeister** erfahren i. Wagen au, Hufbeschl. u. Maschinenrepar., **sucht** zum 1. 4. 34 **Pachtschmiede,** übern. **a. Gemeinde- od. Gutsschmiede.** Zuschriften unter **J. 1408** an die Geschäftsst. d. Zeitg.erb.

Heiterer Deutscher Abend

Reinertrag für die Deutsche Winterhilfe

am Mittwoch, dem 7. Februar, abends 8 Uhr

bei **Wichert,** Grodzka 14-16.

Vorführung von Tänzen durch die Gymnastik- und Tanzschule Edith Jahn, Zoppot.

Humoristische Vorträge: Willi Damaschke.

Numerierte Eintrittskarten zu 2.— zł, 1.50 zł, 99 gr und 49 gr (außer Steuer) in Johnes Buchhandlung, Danzigerstraße, bei Deuser, Danzigerstraße 27 und an der Abendkasse.

1430 **Der Arbeitsausschuß.**

Zoppot

Freie Stadt Danzig

Internat. Kasino (Staatl. konzessioniert)

Roulette-Baccara

Das ganze Jahr geöffnet

Auskunft: Verkehrsbüro vom Kasino in Zoppot. 990

Pommerellen.

5. Februar.

Graudenz (Grudziądz)

Dem „Landbund Weichselgau“ zum Gruß.

In Graudenz tagt heute der „Landbund Weichselgau“, die Organisation der deutschen Landwirte Pommerellens, die Schwesterorganisation der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft in Posen. Wenn der „Landbund“ heute seine Generalversammlung abhält, dann geschieht es im Sinne des guten Wirtes, der Rechenschaft ablegt über die Arbeit von zwölf Monaten, um Rückschau zu halten über Gewonnenes und Verlorenes und aus den Erfahrungen die notwendigen Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Die deutsche Landwirtschaft Pommerellens steht am Abschluß eines schweren Arbeitsjahres. Sie ist organisch mit den Sorgen und Nöten der gesamten Landwirtschaft Polens verbunden. Sie hat mit der übrigen Landwirtschaft unseres Landes den gleichen dornenvollen Weg gehen müssen, der vom Preissturz für Agrarprodukte zur übermäßigen Belastung durch Steuern und Sozialtribute bis zu einem Grade der Verschuldung führte, aus dem es kaum noch eine Rettung zu geben schien. An höchster und maßgebender Stelle ist dann die Erkenntnis gereift, daß nicht die Landwirtschaft Polens der einzige Teil ist, der sich am Rande der Katastrophe befindet, sondern daß mit der Landwirtschaft, die 70 Prozent der Bevölkerung Polens ernährt, die Gesamtwirtschaft des Landes vor dem Ruin bewahrt werden muß. Der Kampf der landwirtschaftlichen Organisationen gegen eine unwirtschaftliche Entwicklung war und ist hart, weil das gefährdete Schiff in der Brandung zahllose Beschädigungen erlitten hat und nicht mehr ein Flicken, sondern nur noch ein vollständiges Überholen helfen kann. Mit Rat und Tat haben die landwirtschaftlichen Organisationen Polens der Regierung beim Treffen ihrer Maßnahmen zum Schutze und Rettung der Landwirtschaft beigestanden. Zu diesen landwirtschaftlichen Organisationen darf sich auch der „Landbund Weichselgau“ zählen, dessen verantwortliche Leiter mit klaren Augen die Sachlage erkannt und für die Rettung des Bauernstandes mit männlichem Mut und mit dem Wissen von Fachberatern eingetreten sind und eintreten.

Eine schwere Aufgabe in einer schweren Zeit. Denn neben den materiellen Sorgen um die Sicherstellung der Existenz hat eine deutsche landwirtschaftliche Organisation in Posen und Pommerellen immer noch die traurige Tatsache hinzunehmen, daß das unselige Agrarreformgesetz nicht aufgehört hat, eine Waffe gegen den deutschen Landbesitz zu sein. Wir haben es erst in den letzten Wochen wieder erfahren, daß Hunderte und Tausende von Hektar gut bewirtschafteten Bodens vorbildlich geleiteter deutscher Landwirtschaften aufgeteilt wurden In uns greift nicht die Entmutigung Platz. Zwei große Völker haben sich die Hand gereicht, um ihre Belange auf friedlichem Wege zu lösen, und wir dürfen die Hoffnung hegen, daß aus diesem freundlichen Händedruck in Zukunft auch für uns ein größeres Verständnis der Polnischen Regierung für das fleißige, arbeitsame und loyale Volk der deutschen Minderheit eintreten wird.

Den deutschen Landwirten Pommerellens, die heute im Rahmen ihrer organisatorischen Tagung in Graudenz zusammentreten, die über Sorge und Hoffnung, über Freund und Leid des Landwirts beraten werden, gilt unser aufrichtiger Wunsch, in allen Besprechungen und Erörterungen das Wohl des eigenen Standes wie des gesamten Deutschtums vor Augen zu haben. Aus dieser klaren Linie wird dann eine gedeihliche Arbeit für unsere Geschlossenheit hervorgehen, die auch unserer Heimat zum Segen gereichen wird.

Unter der Anklage eines Raubüberfalles

hatte sich vor dem Bezirksgericht der 28jährige Bronisław Szymański aus Gottschalk (Gorzałki), Kr. Graudenz, zu verantworten.

In der Nacht zum 19. Oktober v. J. wurde in Schwenten, Kr. Graudenz, ein Raubattentat verübt und dort, nachdem die 74jährige Frau Rozalja Żółkowska sowie zwei neben deren Zimmer schlafende andere weibliche Personen terrorisiert worden waren, aus einer Kassette 116 Złoty Bargeld, eine Brieftasche und andere Sachen gestohlen. Die Täter waren zwei Personen, deren Spuren nach dem Anwesen des Landwirts Szymański führten. Da außerdem die Beschreibung des einen der beiden Banditen auf den Bronisław Sz. paßte, wurde dieser verhaftet und angeklagt. Der andere Verdächtige ist bisher noch nicht entdeckt worden. In der Verhandlung vermochten die Zeugen, insbesondere die überfallenen Frauen, den Angeklagten nicht mit Sicherheit als einen der Täter zu bezeichnen. Außerdem konnte die Verteidigung durch Zeugenaussagen den Beweis dafür antreten, daß Sz. in der betreffenden Nacht mit einem Schwager und Vetter im gleichen Zimmer geschlafen und dieses nicht verlassen habe. Daher lautete das Urteil auf Freisprechung des Angeklagten, der auf freien Fuß gesetzt wurde. *

× **Betr. Entrichtung der sozialen Gebühren.** Die hiesige Sozialversicherungsanstalt fordert durch Bekanntmachung die Arbeitgeber ihres Bezirks (Graudenz Stadt und Kreis, sowie Kreis Culm) auf, spätestens bis zum 10. Februar d. J. die Versicherungsbeiträge für ihre beschäftigten: Kranken-, sowie Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter — anstatt des bisherigen Klebens der Invalidenmarken —, ferner die Beiträge für den Fall der Arbeitslosigkeit der geistigen Arbeiter sowie für Unfälle und Berufskrankheiten und schließlich für den Arbeitsfonds einzuzahlen. Für die Folge hat die Bezahlung vorstehend genannter Beiträge stets ebenso spätestens bis zum 10. jedes Monats für den vorhergegangenen Monat zu erfolgen. Für Beiträge, die nicht in diesen Terminen entrichtet werden, wird die Sozialversicherungsanstalt vom 11 jedes Monats ab auf Grund des Gesetzes über die soziale Versicherung vom 23. März 1933 Verzögerungsgebühren in Höhe von 1 Prozent monatlich erheben, wobei der angefangene Monat für voll gerechnet wird. **Unabhängig von der Berechnung** der Verzugszinsen überweist die Anstalt im Falle der nicht fristgemäßen Entrichtung der Beiträge ohne besondere Mahnung auf Grund des Artikels 230, Absatz 1, des oben erwähnten Gesetzes, die unerledigten Beitragsangelegenheiten den Finanzämtern (Urzędy Skarbowe) zur zwangsweisen Einziehung. Es wird noch darauf hingewiesen, daß nach § 37 des zitierten Gesetzes die Verpflichtung zur Entrichtung der Versicherungsbeiträge und der Gebühren für den Arbeitsfonds unabhängig ist von der Festsetzung deren Höhe (ihrer Bemessung) bezw. der Übersendung einer Aufforderung oder eines Zahlungsbefehls durch die Sozialversicherungsanstalt. *

× **Eine Schwarzwälder Bauernkirmes** hatte sich der Sportclub Graudenz zum Motto seines diesmaligen, am Sonnabend in seinem Clubhaus abgehaltenen Maskenfestes gewählt. Gelegenheit zu harmlos schöner Zerstreuung war reichlichst geboten. Alles, was nur irgend konnte, drehte sich sei es im großen Saale bei flotter Musik, sei es oben „Auf der Alm“, wo die feinstrenommierte „Original Hilmarsdorfer Holzhackerbuben-Kapelle“ schmelzende Weisen ihren gutgestimmten Instrumenten entlockte, in mehr oder minder wohlabgewogenem Rhythmus. Und die drei kernigen, pfiffigen Bauerntypen auf der großmaßigen Zeichnung an der südlichen Schmalwand des stark frequentierten „Bürgerbräu“, die von dem Talent und Fleiß des Klubkameraden Gansert beredtes Zeugnis ablegte — sie blickten wohlwollend auf ihre sich auf unverfälscht frische, fröhliche Schwarzwälder Manier vergnügenden lebenden Kirmesbrüder und -schwestern. Eine echte Kirmes verlangt auch Tänzerisches nach ungeschminkter Volksart, und so sah man denn mit Wohlbehagen die Aufführung dreier von Frl. E. Neubert einstudierter Volkstänze aus der Eberswalder Gegend, aus Niederdeutschland und Westfalen: Bauernhochzeit, „Piepenkopp“ und „Es geht nichts über die Gemütlichkeit“. Und weil Tanz und Gesang ja nahe verwandt sind, so wurde auch der Kehle manch fideles Liedchen aus dem Gebiet heiterer, eben einem solchen Kirchweihfest angepaßter Belustigung entlockt. Zur Stimmungserhöhung, soweit solche noch möglich, trug der echt uniformierte Polizište (der über eine gute Dosis wirkungsvollen Humors verfügende Klubkamerad Hinz) bei. Muskelbetätigung gab's auch zu schau'n, Pat und Patachon fehlten gleichfalls nicht; mehr konnten die Kirmesfeiernden also wirklich nicht verlangen.

Daß neben Sang, Klang und Mummenschanz gut Speis' und Trank nicht zu kurz kam, sei nicht vergessen zu berichten. Dafür sorgten außer den schon genannten Lokalen noch die Stehbierhalle „Zum groben Gottlieb“ und das den gerade nicht appetitanregenden Namen „Mausefalle“ führende Restaurantchen. Dabei bis zum Wecken auszuhalten, war gewiß nicht schwer. *

× **Unverhoffter „Familienzuwachs“.** Eine sonderbare Überraschung erlebte die Ehefrau eines Eisenbahners, Culmerstr. (Chełmińska) 59. Jemand klopfte eines Abends an ihre Wohnungstür, und als sie öffnete, stand dort eine weibliche Person in mittleren Jahren mit einem Säugling auf dem Arm. Flugs legte die Fremde das in Windeln gehüllte Knäblein auf die Türschwelle und verschwand aus dem Hause, ehe sich Frau P. noch von ihrer Bestürzung erholt hatte. Das ausgesetzte Kind verblieb zunächst in der Obhut der mit ihm bereicherten Familie. *

× **Ein erheblicher Einbruchsdiebstahl** wurde in der Nacht zum Freitag in dem soeben neu eingerichteten Uhren- und Juweliergeschäft von G. Wodzak, Getreidemarkt (Plac 23 Stycznia) 2, ausgeführt. Die Täter verschafften sich mittels Nachschlüssels durch die Seitentür Eingang in den Laden und stahlen Uhren, Schmuck- und andere Sachen im Gesamtwerte von etwa 2700 Złoty. Freitag vormittag machte der Geschäftsinhaber die unangenehme Entdeckung von dem während der Nacht Geschehenen und benachrichtigte die Polizei. *

A. **Der Sonnabend-Wochenmarkt** ließ an Beschickung sehr zu wünschen übrig. Infolgedessen war der Verkehr auch nicht so rege wie sonst. Für Butter zahlte man 1,20 bis 1,40, Eier gab es schon wieder bedeutend mehr und kosteten sie 1,40—1,60, Weißkäse 0,10—0,60; Äpfel 0,45 bis 0,50; Zitronen 3 Stück 0,25, Kartoffeln Zentner 2,40—2,80, Pfund 0,03, Spinat 0,70—0,80, Rosenkohl 0,30—0,35, 1 Topf Schnittlauch 0,40—0,50, Weißkohl 0.05—0,07, Rotkohl 0,10, Wruken, rote Rüben, Mohrrüben 0,10, Zwiebeln 0,15—0,20. An Geflügel gab es Hühner zu 1,50—3,50 das Stück, Tauben Paar 1,00. Die Auswahl an Fischen war nur ganz gering. Es gab Schleie, Hechte und Barsche zu 1,20 das Pfund, grüne Heringe, Strömlinge 3 Pfund 1,00, Breitlinge 4 Pfund 0,50, Sprotten 1 Kistchen 1,00. — Die Blumenstände waren unbesetzt geblieben. *

Thorn (Toruń)

Freiwilliger Arbeitsdienst.

Unter dem Vorsitz des Wojewoden Kirtiklis fand dieser Tage im pommerellischen Wojewodschaftsamt eine Konferenz statt, die die Angelegenheit der Organisierung freiwilliger, aus den Arbeitslosen der jüngeren Jahrgänge bestehender Arbeitsdienstabteilungen zum Beratungsgegenstand hatte. Diese Abteilungen sollen bei der Regulierung der Weichsel, der anderen Flüsse sowie des Meeresufers beschäftigt werden. Die Aufnahme der Arbeit soll schon am 1. April erfolgen. Vorerst wird zur Organisierung einer 1000 Mann starken Abteilung geschritten. * *

---

v. **Der Wasserstand der Weichsel** ging in den letzten 24 Stunden von 0,87 auf 0,78 Meter über Normal zurück. **

v. **Die Stadtverwaltung** in Thorn gibt bekannt, daß die Stadtverordnetenversammlung auf Grund der Artikel 29 und 51 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 16. 2. 1928 (Dz. U. R. P. 23, Poz. 202) die einzelnen Ausbaupläne nachstehender Terrains beschloß: 1. Der wie folgt begrenzten Terrains: von Süden durch die ul. Podgórna, von Westen durch die Szosa Chełmińska und die Westgrenze des Kirchhofes N. P. M., von Osten durch die ul. Wiązowa und ihrer Verlängerung, und von Norden durch die Grenzlinie der Kosakenberge, mit einem Flächeninhalt von ca. 50 **Hektar**; 2. der an der ul. **Waly belegenen Terrains von**

ca. 5 Hektar Flächeninhalt. Interessenten können die Pläne in der Zeit vom 8. Februar bis 2. März, und zwar werktags von 10—13 Uhr, im Rathaus, Zimmer 52, besichtigen. Etwaige Widersprüche sind der Stadtverwaltung in der Zeit vom 3. bis 16. März d. J. anzuzeigen. * *

* **Die Thorner Schützenbrüderschaft** wählte in der am Mittwoch abgehaltenen Jahresversammlung folgenden Vorstand: Wiencek Vorsitzender, Antczak stellv. Vorsitzender, Bukowski Schatzmeister, J. Mallek Schriftführer, A. Szulc Schützenmeister, Sulecki Kommandant. Zum Schluß gelangte noch die Angelegenheit der Verpachtung des Schützenhauses zur Beratung. Die Schützenbrüderschaft steht augenblicklich mit der Stadtkommandantur, die darin ein Kasino für das Unteroffizierkorps einzurichten beabsichtigt, in Unterhandlungen. * *

v. **Kindesaussetzung.** Am Freitag fand ein durch ihre eigene Mutter in der Lindenstraße (ul. Kościuszki) ausgesetztes achtjähriges Mädchen Aufnahme im städtischen Asyl. Zur Ermittlung der unbarmherzigen Mutter leitete die Polizei eine Untersuchung ein. * *

t **Das Nasenbein gebrochen** wurde neulich während einer Pause dem Gymnasiasten Gerard Wiśniewski aus Podgorz, ul. Okólna 1, durch einen Mitschüler, der ihm mit einem Stück Holz einen Schlag versetzt hatte. Das vierzehnjährige Opfer jugendlichen Kampfesmutes mußte durch die Rettungsbereitschaft in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden. * *

v **Podgorz** bei Thorn, 3. Februar. Ein verwegener Einbruch wurde in der Nacht zum Dienstag in das Lokal des „Dom Polski“ verübt. Unbekannte Täter drangen nach Einschlagen einer Fensterscheibe in die Innenräume und entwendeten einen Radioapparat, einen Mantel, einige Flaschen Spirituosen und andere Gegenstände im Gesamtwert von ca. 1600 Złoty. Um der nächtlichen Einbrecher habhaft zu werden, leitete die Polizei eine energische Untersuchung ein. * *

---

ef **Briesen** (Wąbrzeźno), 4. Februar. Ungebetene Gäste statteten dem Keller des P. Wolnik in der Przemysłowa einen Besuch ab und ließen dabei mehrere Zentner Kohle mitgehen. — Dem Landwirt Łazarski in Radowisk wurden von unbekannten Tätern zwei Mastschweine im Gewicht von über zwei Zentnern gestohlen. Die Diebe schlachteten sie ab und nachdem sie ihre Beute mit einem dem Besitzer Pawliski aus Wałyczek entwendeten Pferde fortgeschafft hatten, banden sie letzteres an den Zaun eines Landwirts in Schönbrod, wo es am nächsten Morgen gefunden wurde. — Dem Besitzer Mątewski in Wałyczek wurden mehrere Zentner Getreide gestohlen.

ef **Briesen** (Wąbrzeźno), 4. Februar. Vom hiesigen Burggericht für den Diebstahl eines Fasses Mostrich zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde Z. Chudzicki. A. Lewandowski erhielt dafür einen Monat Gefängnis zudiktiert. Mit derselben Strafe bedacht wurde L. Maciejewski für Unterschlagung ihm anvertrauter Gelder. Wegen Verkaufs fremden Eigentums erhielten L. Jankowski und L. Jeziorowski zwei Monate, A. Swo-

bodzinski vier Monate Gefängnis, während die unerlaubte Aneignung einer Kiste Butter St. Trzepalkowski und B. Daraszewski je acht Monate Staatsversorgung einbrachte. B. Węsierski und K. Wierzbicki wurden wegen Hausfriedensbruchs zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Für Diebstahl erhielten sodann noch L. Lewandowski und S. Zygmunt je sechs Monate Gefängnis.

tz **Konitz** (Chojnice), 4. Februar. Alois Sikorski aus der Szenfelderstraße wurde während der Marktzeit ein Paket mit Lebensmitteln von unbekannten Dieben gestohlen.

Am Donnerstag abend veranstaltete der Seglerklub im Hotel „Polonia" einen Maskenball, der als gutgelungen zu bezeichnen ist. Wenn auch der Besuch nicht sehr groß war, so herrschte doch bis zu den frühen Morgenstunden ein reger Maskenbetrieb und eine frohe Karnevalsstimmung.

Die Ortsgruppe Konitz des Verbandes deutscher Katholiken hatte ihre Mitglieder am Freitag zur Generalversammlung einberufen. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden wurde vom Kassierer der Kassenbericht erstattet, der ein erfreuliches Ergebnis zeigte. Nach Erteilung der Entlastung wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Darauf hielt Lehrer Swietlik einen interessanten Vortrag „Glaube und Volkstum", der großen Beifall fand. Zum Schluß wurde ein kleiner Einakter „Johann als Rentier" aufgeführt, der ebenfalls sehr beifällig aufgenommen wurde. — Die Ortsgruppe Schlagenthin des VDK veranstaltete am letzten Dienstag ein Wintervergnügen. Der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden und einer Ansprache von Pfarrer Sochaczewski wurde eine kleine Komödie aufgeführt, die stürmischen Beifall erntete. Die Darsteller lieferten ein flottes Spiel. Nach einem Prolog und einem hübschen Reigentanz wurde mit dem Verbandslied der offizielle Teil beendet, dem wie üblich der Tanz folgte.

Der letzte Wochenmarkt war mittelmäßig besucht. Butter kostete 1,20—1,30, Eier brachten 2—2,25. Für Ferkel zahlte man 15—20,00.

p. **Neustadt** (Wejherowo), 4. Februar. Auf dem letzten Wochenmarkt, der nur mittelmäßig beliefert und besucht war, kosteten Eier 1,50—1,70, Butter 1,10—1,40, Ferkel 7,00—10,00 das Stück.

Die nächste Stadtverordnetensitzung ist für den 7. d. M. einberufen worden.

f **Strasburg** (Brodnica), 2. Februar. Den Tod durch Ertrinken erlitt ein Rekrut des hiesigen Regiments namens Josef Stramowski. **Str.**, der sich an der Kaserne auf das Eis der Drewenz begeben hatte, brach plötzlich ein und verschwand unter dem Eise. Herbeigeeilte Kameraden konnten den Versunkenen nicht mehr retten.

÷ **Tuchel** (Tuchola), 2. Februar. In Cekcyn, Kreis Tuchel, wurden mehrere Diebstähle verübt: der Witwe Chabowski wurden fünf Hemden gestohlen. — Dem A. Kujawa wurden, nunmehr zum zweiten Male, von seinem Hause die Zinnröhren entwendet. — Von den Baumbeständen der Landwirte Rydzkowski und Nowacki am Cekcyner See wurden nachts mehrere Bäume gefällt und fortgeschafft. — Dem staatlichen Förster Orlikowski in Cekcyn-Knieja wurde nachmittags ein Fernglas, welches er auf dem Flurtisch liegen gelassen hatte, entwendet. Allem Anschein nach wird ein Bettler, der an diesem Nachmittag im Forsthaus einkehrte, in einem unbewachten Augenblick sich das Fernglas angeeignet haben.

x. **Zempelburg** (Sępólno), 4. Februar. Die hiesige Ortsgruppe des „Landbund Weichselgau" veranstaltete am 1. d. M. im Saale des Zentralhotels ihr diesjähriges traditionelles Wintervergnügen. Wie alljährlich, so hatte sich auch diesmal wieder eine stattliche Mitgliederzahl, sowie zahlreiche Freunde und Gäste des Vereins hierzu eingefunden. Im Mittelpunkt des Festes stand eine größere Theateraufführung, und zwar der bekannte vieraktige Schwank „Die Logenbrüder" von Carl Laufs und Curt Kraatz. Dieser mit der nötigen Situationskomik und einer flotten Handlung äußerst bühnenwirksam verfaßte Schwank paßt in die jetzige Faschingszeit ausgezeichnet hinein. Der große Heiterkeitserfolg dieses Stückes half allen Besuchern wieder einmal auf einige Stunden über die gegenwärtigen trüben Zeiten hinweg. Das Zusammenspiel der einzelnen Kräfte war hervorragend. Die Anwesenden belohnten daher auch am Schlusse der Aufführung die Darsteller mit Beifallsstürmen. Im Anschluß an die Vorstellung trat der Tanz in seine Rechte, der alt und jung bis in die frühen Morgenstunden in gemütlicher Stimmung beisammenhielt.

G. m. b. H.

Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Gesetzes.

Am 1. Januar d. J. ist, wie wir bereits früher Gelegenheit nahmen, darauf hinzuweisen, ein Gesetz in Kraft getreten, das für die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht eine Reihe von Neuerungen bringt. Diese Neuerungen verdienen insofern besondere Beachtung, als bei einer Unterlassung bestimmter gesetzlicher Vorschriften in vielen Fällen hohe Geldstrafen vorgesehen sind, die die Summe von 3000 Zloty erreichen können.

Als Grundlage des neuen Gesetzes diente das alte deutsche Gesetz über die G. m. b. H. Das polnische Gesetz sagt, daß eine G. m. b. H. zu wirtschaftlichen Zwecken gegründet werden kann, sofern andere Gesetze eine Einschränkung nach dieser Richtung nicht vorsehen. Die G. m. b. H. ist eine Handelsgesellschaft und eine juristische Person. Die Teilhaber sind persönlich für die Verpflichtungen der Gesellschaften nicht haftbar.

Bei den Rechten und Pflichten der Teilhaber sieht das Gesetz als wichtige Bestimmung vor, daß der Vorstand verpflichtet ist, ein Teilhaberbuch zu führen, in welches Vor- und Zuname (Firma) jedes Teilhabers einzutragen ist, ferner seine Adresse und die Zahl und Höhe seiner Anteile. Einzutragen sind ferner alle Veränderungen in der Personalaufstellung der Teilhaber und der Anteile. Jeder Teilhaber hat das Recht, in dieses Teilhaberbuch einzusehen. Nach jeder Vornahme der Eintragung einer Abänderung hat der Vorstand dem Registergericht eine vom Vorstande unterschriebene neue Liste der Teilhaber mit Angabe der Zahl und Höhe ihrer Anteile einzureichen. Der Vorstand besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern. Zum Vorstandsmitglied können Teilhaber oder Nichtteilhaber berufen werden. Wenn der Gesellschaftsvertrag nichts anderes vorsieht, werden die Mitglieder des Vorstandes von den Teilhabern berufen.

Wichtige Bestimmungen sieht das neue Gesetz in bezug auf den Aufsichtsrat und die Herstellung und Veröffentlichung der Bilanz vor. Was die Kontrolle anbelangt, sagt das Gesetz, daß jeder Teilhaber das Recht hat, eine Kontrolle auszuüben. Zu diesem Zwecke hat jeder Teilhaber das Recht, Bücher und Dokumente der Gesellschaft durchzusehen, eine Bilanz zum eigenen Gebrauch herzustellen und vom Vorstande Aufklärung zu verlangen. Der Gesellschaftsvertrag kann einen Aufsichtsrat oder eine Revisionskommission oder beide Organe bestimmen. In Gesellschaften, deren Anlagekapital die Summe von 250 000 Zloty übersteigt und mehr als 50 Teilhaber vorhanden sind, muß ein Aufsichtsrat oder eine Revisionskommission bestimmt werden. Im Falle, daß ein Aufsichtsrat oder eine Revisionskommission besteht, kann der Gesellschaftsvertrag eine individuelle Kontrolle der Teilhaber ausschließen. Der Aufsichtsrat besteht mindestens aus drei durch Beschluß der Teilhaber gewählten Personen. Der Gesellschaftsvertrag kann eine andere Form der Berufung der Aufsichtsratsmitglieder vorsehen. Der Aufsichtsrat wird für ein Jahr berufen, wenn der Gesellschaftsvertrag nichts anderes vorsieht. Die Mitglieder des Aufsichtsrates können jederzeit abberufen werden.

In bezug auf die Bilanz sieht das Gesetz folgende zum Teil neuartige Bestimmungen vor. Wenn z. B. die vom Vorstande aufgestellte Bilanz Verluste aufweist, die die Reservefonds und das Reservekapital, sowie die Hälfte des Anlagekapitals überschreiten, so ist der Vorstand verpflichtet, unverzüglich eine Generalversammlung zur Beschlußfassung über die weitere Existenz der Gesellschaft einzuberufen. Im Zusammenhang damit bestimmt das Gesetz, daß die Mitglieder des Vorstandes für die Führung der Bücher und der Rechnungen der Gesellschaft haftbar sind. Wenn der Gesellschaftsvertrag nichts anderes vorsieht, dann ist das Rechnungsjahr der Gesellschaft das Kalenderjahr. Der Vorstand ist verpflichtet, im Laufe von zwei Monaten nach Ablauf des Rechnungsjahres eine Bilanz herzustellen und sie den Teilhabern und den Aufsichtsratsorganen zugänglich zu machen. Er muß ferner eine Gewinn- und Verlustrechnung für das abgelaufene Jahr und einen genauen schriftlichen Geschäftsbericht herstellen. Wenn die Gesellschaft ihre Tätigkeit in der zweiten Jahreshälfte begonnen hat, kann die Bilanz und der Geschäftsbericht mit dem nächsten Jahre verbunden werden. Innerhalb von zwei Wochen nach der Genehmigung durch die Generalversammlung hat der Vorstand dem Registergericht und dem Industrie- und Handelsministerium die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, den Geschäftsbericht und eine Abschrift des Beschlusses der Generalversammlung einzureichen. Gesellschaften, deren Anlagekapital 250 000 Zloty übersteigt, haben innerhalb von 14 Tagen nach der Genehmigung durch die Generalversammlung die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung im „Monitor Polski" und in den durch den Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Zeitungen zu veröffentlichen.

Diese von dem alten Gesetz abweichenden Bestimmungen für **die G. m. b. H. sind besonders zu beachten, da sie im Falle einer Unterlassung schwere Strafen zur Folge haben können.**

*

Die Tätigkeit einer **ausländischen G. m. b. H. ist nach Art. 4 des Gesetzes nur bei einer Genehmigung des Handelsministers statthaft.** Hierzu wird eine besondere Ausführungsverordnung erlassen werden. Wie aus Warschau im Zusammenhang damit berichtet wird, befaßt sich der polnische Ministerrat mit dem Entwurf einer Verordnung, welche die Bedingungen regeln soll, unter welchen ausländische Gesellschaften m. b. H. ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Republik Polen ausüben können.

Nach dem Entwurf ist die Aufnahme der Tätigkeit einer ausländischen Gesellschaft abhängig von der Erlangung einer Genehmigung des polnischen Industrie- und Handelsministers. **Von dieser Genehmigung sind die Bankunternehmen und die Versicherungsunternehmen ausgeschlossen. Die ausländische G. m. b. H.** wird, bevor sie ihre Tätigkeit in Polen aufnehmen darf, verpflichtet werden, ihre Firma in fremder Sprache, jedoch mit Übersetzung in die polnische Sprache, und ferner das Land anzugeben, in welchem die Gesellschaft ihren Hauptsitz hat. In der Firmenbezeichnung muß ferner die Rechtsform der Gesellschaft, in diesem Falle die polnische Bezeichnung für G. m. b. H., angegeben werden.

Die Vertretung der Gesellschaft kann nach dem Gesetzentwurf von einem oder zwei Bevollmächtigten ausgeübt werden, die am Sitz der Gesellschaft in Polen wohnen müssen. Diesen muß unbeschränkte Vollmacht zur Vertretung des Unternehmens auf allen Gebieten ihrer Tätigkeit erteilt werden. Die Tätigkeit der Gesellschaften wird der Kompetenz der polnischen Gerichte unterstellt.

Die Verbreitung falscher Nachrichten.

Eine bedeutsame Entscheidung des Höchsten Gerichts.

(Von unserem Warschauer Gerichtsberichterstatter.)

Eine für die Auslegung des Art. 170 des Strafgesetzes vom Jahre 1932 höchst bedeutsame Entscheidung, die richtunggebend sein muß im Verkehr zwischen Zeitung und Leser, aber auch im Verkehr zwischen Person und Person, traf das Höchste Gericht in Warschau.

Der besagte Art. 170 lautet: „Wer öffentlich falsche Nachrichten verbreitet, die öffentliche Beunruhigung hervorrufen können, unterliegt der Strafe des Arrests bis zu 2 Jahren und einer Geldstrafe."

In einer Presseangelegenheit, in der die unteren Gerichtsinstanzen wegen einer veröffentlichten Kritik der bestehenden Zustände auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, verbunden mit Äußerungen, die trübe Ausblicke in die zukünftige Entwicklung enthielten, den verantwortlichen Schriftleiter der Zeitung nach dem oben zitierten Artikel des Strafgesetzes schuldig der öffentlichen Beunruhigung und somit strafbar erklärten, entschied das Höchste Gericht, daß ein strafbares Verschulden nicht vorliege, und begründete dies u. a. wie folgt:

Nach einer Erörterung des Begriffes „Nachrichten" im Sinne des Art. 170 des Strafgesetzes, zu denen auch „Gerüchte" gezählt werden müssen, stellt das Höchste Gericht fest, daß unter diesen Begriff jederart Mitteilungen (Informationen) fallen, ohne Unterschied, aus welcher Quelle sie stammen, welchen Inhalt sie haben und in welcher äußeren Form sie erscheinen, sobald sie öffentliche Beunruhigung hervorzurufen vermögen und nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv falsch sind.

Aus dieser Feststellung ergebe sich weiter — so erklärt das Höchste Gericht —, daß unter diesen Begriff auch falsche Mitteilungen fallen, deren Inhalt die Wiedergabe von Ansichten, Urteilen, Stellungnahmen anderer Personen zu die Öffentlichkeit bewegenden Fragen sein kann, somit also Mitteilungen über Erscheinungen innerer Natur; denn es sei klar, daß die Mitteilung einer Ansicht oder einer Äußerung einer maßgebenden, über Einfluß verfügenden Persönlichkeit in einer bestimmten Frage oft viel größere Beunruhigung hervorrufen könne, als die Mitteilung über ein ganz äußeres Ereignis.

Die Mitteilungen, die in diesen Bereich fallen, müssen sich auch nicht ausschließlich auf die Vergangenheit oder auf die Gegenwart beziehen, sie können auch recht gut zukünftige Verhältnisse zum Inhalt haben. Es sei falsch, den Begriff der Nachrichten oder der Mitteilungen nur auf gegenwärtige oder vergangene Verhältnisse zu beschränken. Dafür liege kein Anhaltspunkt vor, weder im Texte der genannten Bestimmung noch in der Logik selbst, noch in den soziologischen Gesichtspunkten, die für die Bestimmung maßgebend sind. Der Zweck der Bestimmung sei doch die strafweise Bekämpfung jeder Verbreitung einer Beunruhigung durch öffentliche Ausstreuung falscher Mitteilungen. Wenn eine solche Verbreitung schon in Zeiten normaler Verhältnisse von Schaden sein könnte, so könne sie in den Ausnahmeverhältnissen des gegenwärtig durchlebten Zeitraumes ganz unberechenbare Folgen haben. Die Krisis in der Weltwirtschaft, die Arbeitslosigkeit, der verschärfte Kampf um die tägliche Existenz, die Anhäufung von Menschenmassen, die von Not geplagt sind, im begrenzten Raume, die Propaganda von Umsturzideen, die gespannten Nerven —, dies alles bereite den Boden vor für die Hervorrufung von Beunruhigung, besonders wenn sich die beunruhigende Mitteilung auf die mehr oder minder nahe Zukunft bezieht. Eine Mitteilung z. B., daß morgen die allgemeine Mobilisierung angeordnet werde oder daß ein allgemeiner Streik bevorstehe, müßte zweifellos eine viel größere Beunruhigung hervorrufen, als die Mitteilung über ein Begebnis aus vergangenen Tagen, oder über ein sensationelles Gerücht vom heutigen Tage.

Auf der anderen Seite aber dürfe man dem Begriff „Mitteilungen" keine zu weitgehende Ausdehnung geben, keine Ausdehnung, die über den Zweck der Bestimmung hinausgehe. Hierher gehören solche Mitteilungen, die nichts anderes darstellen, als die eigene Meinung oder die Behauptung einer Person, die sie verbreitet. Eine derartige Ausdehnung des Begriffes „Mitteilungen" würde sich nicht mit einem Mindestmaß von Gedankenfreiheit vereinigen lassen, die zwar durch Gesetz beschränkt, aber nicht ganz aufgehoben werden könne. Sämtliche Verfassungen, unter diesen auch die unsrige (Art. 104), gewährleisten diese Freiheit in kleinerem oder größerem Ausmaß, mit diesen oder jenen Beschränkungen, nicht nur aus dem Grunde der bürgerlichen Freiheiten, sondern auch im öffentlichen Interesse. Die Strafbarkeit der Verbreitung eigener persönlicher Ansichten und Behauptungen könnte zur Folge haben, daß jede **Kritik**, auch die allerloyalste, unter der sich keinerlei alarmierende Nachrichten verbergen, der Gefahr ausgesetzt werden könnte, zur Verantwortung nach Art. 170 des Strafgesetzes gezogen zu werden. Denn jede Äußerung einer Befürchtung, jedes Hinweisen auf unerwünschte Folgeerscheinungen, jede ungünstige Beurteilung, besonders wenn sie neue Lasten oder neue Beschränkungen zum Gegenstand habe, müsse immer eine gewisse Beunruhigung in den interessierten Kreisen hervorrufen. Es würde dann nur genügen, jener Beurteilung oder jener Befürchtung eine ihr nicht innewohnende Deutung zu geben, um sie als Vergehen nach Art. 170 des Strafgesetzes hinzustellen.

Aber auch aus einem anderen Grunde ließen sich solche Meinungsäußerungen, Ansichten und Beurteilungen nicht unter den ausgedehnten Begriff von „Mitteilungen" im Sinne des Art. 170 stellen. Jede Ansicht und jedes Urteil haben, soweit sich nicht absurd sind, ihre Grundlage, auf der sie beruhen. Ein objektives Kriterium zur Bewertung, ob eine bestimmte Ansicht sozialer, wirtschaftlicher oder polischer Natur richtig oder falsch sei, gebe es nicht und könne es nicht geben. Der Richter müßte denn seine eigene Meinung zum Ausgangspunkt nehmen und alles für falsch erklären, was mit seiner Meinung nicht übereinstimmt. Aber auch das könnte nicht genügen; denn er müßte noch feststellen und begründen, daß die falsche Ansicht auch subjektiv falsch sei, mit anderen Worten, daß der die Ansicht Äußernde anders denke und in Wahrheit eine ganz andere Ansicht habe. Das ginge aber fast vollkommen über das Vermögen des Richters.

Im übrigen lasse der Ausdruck des Gesetzes „Mitteilungen" („Nachrichten") eine solche erweiternde Einbeziehung von Urteilen und Ansichten in diesen Begriff nicht zu; denn „Mitteilung" bedeute, daß wir etwas wissen, daß wir etwas erfahren haben von außen her, es können somit darunter nicht unsere eigenen Ansichten, unsere eigenen Gedankenfassungen, unser eigenes Urteil über eine Sache verstanden sein. Mitteilungen und Ansichten seien sowohl nach der Logik wie auch nach dem Gesetz etwas ganz Verschiedenes.

Auf diesem Standpunkte stand seither die Judikatur des Höchsten Gerichtes, das schon in der Entscheidung 671/31 erklärt hat: „... es bilden keinen Tatbestand des Vergehens Kritiken, die in allgemeinem Tone gehalten sind, Ansichten über politische Zustände, die auf Wahrnehmungen (spostrzezeniach) und deren kritische Beurteilung gestützt sind." Denselben Standpunkt der Nichtstrafbarkeit von Kritiken, Urteilen und Ansichten vertritt die Entscheidung des Höchsten Gerichtes 359/31. Dieser Standpunkt änderte sich auch nicht nach der Einführung des Strafgesetzes vom Jahre 1932, denn die Entscheidung 4 K. 230/33 besagt: „... allgemeine Betrachtungen, kritisierende Äußerungen und Folgerungen, die auf der Grundlage tatsächlicher Begebenheiten oder im Zusammenhange mit allgemeinen Erscheinungen und mit der Lage im politischen, wirtschaftlichen, sozialen Leben usw. angestellt werden, sind keine Mitteilungen im Sinne des Art. 170 des Strafgesetzes."

Diese Grundauffassung, daß Ansichten, Begutachtungen, Beurteilungen und Kritiken keine Mitteilungen im Sinne des Art. 170 des Strafgesetzes seien, beziehe sich selbstverständlich nicht auf Fälle, in denen der Täter **unter dem Deckmantel dieser Form objektive Mitteilungen (Informationen), die öffentliche Beunruhigung hervorrufen können, durchzuschmuggeln versucht**, oder in denen Beurteilungen und Kritiken in einer Form vorgebracht werden, die nach außenhin den Eindruck objektiver Mitteilungen (Informationen) hervorrufen. Das neuzeitliche Strafgesetz, das mit dem archaistischen Formalismus bricht, der die Maskierung von Vergehen mit legalen Scheinbekleidungen einst ermöglichte, und das den Schwerpunkt der Betrachtung auf die Absicht des Täters verlegt, lasse keine solche Durchschmuggelung von gesetzverbotenen Handlungen zu, Wenn also der Täter in der Form seiner persönlichen Ansicht den Grund zur Schlußfolgerung gegeben hat, daß diese Ansicht von einer objektiven Mitteilung (Information) ihren Ausgangspunkt habe, so werde eine solche Handlungsweise, sofern sie beabsichtigt ist (dolus directus oder dolus eventualis), unter die Bestimmung des Art. 170 fallen. Beispiel: Wenn eine Provinzzeitung auf Grund einer Mitteilung ihres Mitarbeiters, der in Warschau mit Offizieren des Generalstabes gesprochen hat, die Behauptung aufstellt, daß ihrer Ansicht nach spätestens im nächsten Monat Krieg ausbrechen werde, so wird jeder zugeben, daß diese Ansicht sich auf Informationen seitens der Stabsoffiziere stützt, trotzdem sie als eigene Ansicht dargestellt wird. Ebenso werde eine Ansicht über den unvermeidlichen Niederbruch eines Finanzinstituts, die von einer Person in Umlauf gesetzt worden ist, die vorher an ihrer Spitze stand, unter die genannte Bestimmung fallen. **Alles hänge selbstverständlich von der Form der Darstellung, vom Tone, von etwaigen Wortunterdrückungen und dergleichen ab.** Es werde sich das besonders auf solche Fälle beziehen, in denen die Kompetenz und die soziale Stellung des Urhebers den begründeten Schluß zulassen, daß das, was er zum Ausdruck bringt, eine objektive Mitteilung von angeblichen Tatsachen ist, die er, da er den Schein von Enthüllungen vermeiden will, in die Form persönlicher Ansicht kleidet und auf diese Weise durchschmuggelt.

Die Schlußziehung des Gerichtes, daß der Täter die Absicht (auch die Eventualabsicht) gehabt habe, unter der Form seiner persönlichen Ansicht eine solche objektive Mitteilung, oder den Eindruck einer objektiven Mitteilung durchzuschmuggeln, müsse sich auf eine genaue Abwägung der Tatumstände stützen und müsse gehörig begründet sein. (Entscheidung des Höchsten Gerichts vom 4. November 1933 I. K. 457/33.)

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein: anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

E. K. 200. Ein Auslandspaß, der zu einer einmaligen Überschreitung der Grenze berechtigt, kostet 400 Zloty. Dazu kommen noch Stempel- und Manipulationsgebühren und der Preis des Sichtvermerks des konsularischen Vertreters desjenigen Landes, das man besuchen will.

Gemüse 100. Die Einfuhr von Gemüsesamen ist gestattet. Die Zollsätze sind für die einzelnen Gemüsesorten verschieden; Samenzoll von Mohrrüben, Rüben, Kohlrabi, Wruken, Zichorien (Endivien) beträgt 125 Zloty für 100 Kg. Andere Gemüse, die nicht besonders erwähnt sind, und Blumensamen unterliegen in Packungen über 2,5 Kg. einem Zoll von 310 Zloty für 100 Kg.; in Packungen von mehr als 25 Gramm bis 2,5 Kg. einem Zoll von 2500 Zloty für 100 Kg., und in Packungen von 25 Gramm und weniger mit der unmittelbaren Verpackung einem Zoll von 6250 Zloty pro 100 Kg.

„31. Jan. 1933." Wegen des rückständigen Lohnes kann man sich allerdings an das Grundstück halten, aber die Voraussetzung dafür ist erstens, daß man einen Lohn zu fordern hat und sodann, daß man den Lohnbetrag vor der Versteigerung als Forderung anmeldet. Im vorliegenden Falle war aber überhaupt kein Lohn vereinbart, da der Betreffende ja nicht gegen Lohn eingestellt war, sondern als Anwärter auf den künftigen Besitz ohne Entlohnung arbeitete. Aber selbst wenn ein Lohnanspruch begründet gewesen wäre, so hätte er angemeldet werden müssen, um berücksichtigt werden zu können.

Emil F. in Ostr. 1. Wegen der beiden polnischen Lotterielose müssen Sie sich schon an die Kollekte wenden, von der Sie die Lose erworben haben, denn wir führen keine Kontrolle über die Gewinne. 2. Gegen Unfälle in der Landwirtschaft sind auch die Verwandten des Arbeitgebers zu versichern im Rahmen des Sozialversicherungsgesetzes, wenn sie von ihm beschäftigt werden, aber in keinem entlohnten Verhältnis stehen. 3. Wenn Sie die Steuer vorschriftsmäßig an den Gutsvorstand zu zahlen hatten, dann mußte die Quittung des Gutsvorstandes dem Beauftragten des Finanzamts, der dieselbe Steuer trotz der ihm vorgelegten Quittung von Ihnen zum zweiten Male einzog, genügen. Sie können also über das Finanzamt Beschwerde erheben. Wenn die vorstehende Voraussetzung, nämlich, daß der Gutsvorstand zum Empfang der Steuer berechtigt war, zutrifft, so ist der Gutsvorstand an der Verwirrung unbeteiligt und bleibt ganz aus dem Spiele.

R. W. 16. Die Beantwortung ist in Nr. 24 vom 31. Januar erfolgt.

Sc., Lidzbark. Eine Berufung ist aussichtslos; der Mieter braucht nur die Vorkriegsmiete zu bezahlen, eine freie Vereinbarung ist nur bei Wohnungen zulässig, die größer sind als vier Zimmer.

Wilhelm M. in Josefsberg. Wir müssen Sie leider an das Österreichische Konsulat in Posen verweisen, das Sie sicherlich in dieser Frage authentisch unterrichten wird.

W. K. H. 1. Aus den uns zugänglichen gesetzlichen Bestimmungen ist nicht ersichtlich, daß die Legalisierung (Eichung) der fraglichen Wage resp. der Gewichte, nicht hier erfolgen kann, obgleich hier ein Eichamt besteht, sondern in Posen stattfinden muß. Es kann sein, daß interne, für die Behörden bestimmte Vorschriften in dieser Beziehung bestehen, diese sind indessen für uns nicht zugänglich.

Blinde werden sehend.

Staroperationen durch Übertragung der Hornhaut. — Erfolge deutscher Forscher. — Blinde helfen Blinden. — Sehende elektrische Augen.

In der letzten Zeit konnte man in ausländischen Blättern Meldungen verfolgen, die von sensationellen Heilerfolgen eines russischen Arztes bei der Operation von Erblindeten berichteten. Durch Einsetzen eines Stücks Hornhaut aus einem fremden Auge sei es in Moskau einem Augenarzt gelungen, einem Star-Erblindeten die Sehkraft wieder zu geben.

Dieser vielbesprochene Erfolg ist deutscher Forscherarbeit und deutschen Entdeckungen zu verdanken. Die in Moskau vorgenommene Operation ist nämlich nach dem Vorbild der Heilungsversuche Professors von Hippel vorgenommen worden. Der bekannte deutsche Augenfacharzt Geheimrat Professor Th. von Hippel und sein Schüler, der Universitätsprofessor Dr. Hans Herzog beschäftigen sich schon seit langem mit dem Problem, Starblinden durch Herausschneiden der kranken Hornhaut und Einsetzen einer neuen das Augenlicht wiederzugeben. Die beiden deutschen Ärzte waren die ersten, die mit diesen, zunächst an Tieren vorgenommenen Heilungsversuchen Erfolge erzielten, die einen gewaltigen Fortschritt auf dem Gebiet der Augenchirurgie bedeuten. Im Interesse der Forschungsarbeit wurde aber davon kein großes Aufsehen in der breiten Öffentlichkeit gemacht. Erst auf dem Umweg über die Erfolge eines nach demselben Prinzip arbeitenden russischen Arztes gelangte die Kunde davon an die Öffentlichkeit.

Operative Eingriffe zur Beseitigung des sogenannten Grauen Stars, eine Erkrankung des Augenlinsensystems, sind an sich nichts Neues und werden seit langem mit Erfolg ausgeführt. Die durch diese Erkrankung getrübte Linse wird entfernt, so daß das Licht ungehindert einfallen kann. Eine Starbrille ersetzt dann die entfernte — manchmal auch nur verschobene — Linse und ermöglicht dem Patienten den Gebrauch seiner Augen. Bei jungen Menschen genügt es manchmal sogar, wenn man die Linse zerstückelt oder zerschneidet, so daß das Einfallen der Lichtstrahlen nicht mehr gehindert wird. Die zerspaltene Linse wird dann allmählich vom Gewebe aufgenommen und verschwindet.

Wesentlich schwieriger gestaltet sich die Heilung, wenn nicht die Linse, sondern die äußere Hornhaut getrübt ist, denn eine Verletzung der Hornhaut zieht in fast allen Fällen die völlige Erblindung nach sich. Hier Hilfe zu bringen, wurde bisher als gänzlich unmöglich angesehen. Aber der rastlose Forschergeist gab sich damit nicht zufrieden, die Wissenschaft ist nicht geneigt, etwas als unabänderlich hinzunehmen. Daher beschäftigten sich die beiden deutschen Fachärzte intensiv mit dem Problem, auch in diesem Fall eine Heilung herbeizuführen oder zum mindesten dem Patienten zu ermöglichen, mit den Augen zu arbeiten. Ein Herausnehmen der erkrankten Stelle in der Hornhaut war unmöglich, weil dann im Augapfel ein Loch entstehen würde.

Da machte Geheimrat Professor von Hippel den kühnen Versuch, die Hornhaut eines Gesunden herauszuschneiden und auf ein anderes Auge zu übertragen. Diese Operation wurde an Kaninchen vorgenommen. Die Sehkraft wurde dadurch zwar zurückerstattet, doch nach kurzer Zeit trat die Trübung von neuem ein und war diesmal unheilbar. In jahrelanger Arbeit ist es den deutschen Forschern endlich gelungen, die Operationsmethode so zu vervollkommnen, daß auch die spätere Trübung vermieden wurde und die Hornhaut vollkommen geheilt werden konnte.

Man kann sich die Operationsmethode leicht klar machen, wenn man die Hornhaut mit einer blanken Fensterscheibe vergleicht, die an einer Stelle trübe geworden ist. Es kommt nun darauf an, die trübe Stelle zu entfernen und durch ein gesundes Stück zu ersetzen, das natürlich haar-genau passen muß. Diese schwierige Operation stellt an das Können des Arztes sehr hohe Anforderungen. Professor von Hippel nahm solche Übertragungen an Hunden und Pferden vor, und der Erfolg war verblüffend. Eine der größten Schwierigkeiten liegt wohl darin, einen Spender zu finden, der die gesunde Hornhaut liefert. Die für die Übertragung nötige Hornhaut kann von erblindeten Augen genommen werden, deren Hornhaut ungetrübt ist. Es spielt dabei keine Rolle, welches Auge die Hornhaut liefert. Unheilbare Blinde, deren Hornhaut aber ungetrübt ist, können durch die Opferung ihrer Augen einem Leidensgenossen, der infolge Trübung der Hornhaut erblindet ist, einen unschätzbaren Dienst erweisen und ihm das kostbare Augenlicht wiedergeben. Es ist auch möglich, mit Hilfe der vom hornhautgesunden aber blinden linken Auge genommenen Hornhaut dem rechten, an Hornhauttrübung erblindeten die Sehkraft zurückzugeben und umgekehrt. Eine ganze Reihe von Operationen an Menschen und Tieren verlief erfolgreich.

Im Ausland werden diese in aller Stille von deutschen Forschern erarbeiteten Erfolge in größerem Umfange praktisch ausgewertet. Leider wissen die wenigsten, daß es sich dabei um die Errungenschaften deutschen Forschergeistes handelt. In diesem Zusammenhang erinnern wir uns auch an die Forschungsarbeit des deutschen Ingenieurs Gartlhuber, der den Erblindeten — unter der Voraussetzung, daß der Sehnerv noch gesund ist — durch elektrische Kunstaugen die Sehkraft ersetzen will. Auch diese Experimente erregten im Ausland weit größeres Aufsehen als in unserem Vaterlande. Gartlhuber geht von der Tatsache aus, daß Lichtstrahlen nichts anderes sind als elektrische Schwingungen von sehr hoher Frequenz, daß das Sehen also ein elektrischer Vorgang ist. Die von ihm konstruierten künstlichen Augen, die übrigens nur eine sehr entfernte Ähnlichkeit mit wirklichen Augen besitzen, sondern wie runde, nach außen gewölbte schwarze Brillen aussehen, sollen die Lichtschwingungen zunächst als Schallwellen aufnehmen und sie dann zu einem Medium weiterleiten, das wiederum die Umwandlung in Lichtstrahlen vornimmt. Mit den künstlichen Augen soll man also zunächst nicht sehen, sondern hören. Gartlhuber denkt bei seiner Erfindung in der Hauptsache an die durch Verletzung der Hornhaut erfolgten Erblindungen.

Noch vor hundert Jahren hielt man die Heilung von Blindheit für überspannte Phantasiewünsche. Wir haben schon viele „Wunder“ Wirklichkeit werden sehen und hüten uns daher, die ernste Forschungsarbeit der Wissenschaft zu verlachen. Nur wird man dabei nicht übersehen dürfen, daß eine Erblindung infolge physiologischer Störungen der Hornhaut nur einen Teil aller das Augenlicht vernichtenden Krankheiten darstellt und daß im besonderen die Erkrankungen des Sehnervs und der Netzhaut von den oben geschilderten hoffnungsvollen Heilversuchen leider nicht berührt werden.

Bedeutsame Erfindung des Staatspräsidenten.

Der polnische Staatspräsident Professor Moscicki hat dieser Tage vor einer größeren Anzahl von Ärzten, Physikern und Vertretern anderer Wissenschaften einen von ihm konstruierten Apparat vorgeführt, der in jedem Raum künstliche Höhenluft herstellen kann. Es handelt sich um eine Verbesserung der Quarzlampe, deren ultraviolette Strahlen gleichmäßig verteilt werden. In Verbindung mit der Quarzlampe steht ein Luftfilter, der die Luft derart reinigt, daß sie völlig gas- und bakterienfrei ist, wobei ihr Feuchtigkeitsgehalt genau reguliert werden kann. Nach dem ausführlichen Referat des Staatspräsidenten folgte eine Aussprache und im Anschluß daran eine Besichtigung des neuen Apparates, der in Polen bereits patentiert worden ist.

Die Odyssee der Assyrier.

Übersiedlung des arabischen Wüstenvolkes nach Südamerika.

Das tragische Schicksal der christlichen Assyrier, die von den ihnen feindlich gesinnten Kurdenstämmen des Irakgebietes, mindestens unter Duldung der Irakbehörden und der militärischen Streitkräfte des Landes, im Sommer vorigen Jahres heftig bedrängt wurden, wobei einige hundert, nach anderen Meldungen mehr als tausend niedergemetzelt worden sind, soll sich nun zum Besseren wenden. Der Zustand der Heimatlosigkeit, der dieses während des Weltkrieges in der Türkei entwurzelte und nachher im Irak als unwillkommene Gefolgschaft der englischen Mandatsmacht nur geduldete Volk nicht zur Ruhe kommen ließ, soll beendet werden. Die Brasilianische Regierung wird ihnen im jetzt sehr dünn bevölkerten Staate Parana Wohnsitze anweisen. Die Vorbereitungen für die Übersiedlung des arabischen Wüstenvolkes nach Südamerika werden bereits getroffen.

Die Assyrier, die letzten Nachkommen jenes vorchristlichen Herrenvolkes, das einst die Macht im Zweistromlande ausübte und dort eine eigenartige, noch heute bewunderte Kultur entwickelte, sind nestorianische Christen. Sie haben ursprünglich im türkischen Sandschak Hakkiari in Kleinasien gewohnt, haben sich 1916 während des Weltkrieges gegen die türkische Oberherrschaft empört und damals jenen Zug nach den ursprünglichen Siedlungsgebieten ihrer frühgeschichtlichen Vorfahren, nach Mesopotamien, angetreten, auf dem mindestens zwei Drittel des Volksstammes in beständigen Kämpfen ihr Leben verloren. In Mesopotamien sind die waffenfähigen Assyrier in englische Dienste getreten, von ihnen militärisch ausgebildet und ausgerüstet worden und haben als Hilfskorps unter englischem Befehl gegen den Sultan gefochten.

Nach Kriegsende war ihnen angesichts des unter Kemal Pascha neu erwachten türkischen Nationalbewußtseins die Rückkehr in die alten kleinasiatischen Siedlungsgebiete verwehrt. Die Türkei betrachtete sie als Rebellen und schloß sie aus. England, das ihnen wegen der geleisteten Kriegshilfe moralisch verpflichtet war, wies ihnen Wohnsitze in dem neu errichteten und zunächst unter englische Mandatsherrschaft gestellten Königreich Irak an, wo sie weiter als militärische Hilfsstreitkräfte des englischen Gouverneurs Dienst taten. Solange die englische Hand schützend über sie gehalten wurde, war ihre Lage leidlich erträglich, obwohl sie auch damals schon vergeblich um die Zuweisung geschlossener Siedlungsgebiete baten. Die Erfüllung dieser Bitte wäre nur möglich gewesen, wenn die nördlichen Teile des Irak, die nach ihren klimatischen Verhältnissen für die Assyrier allein in Betracht kamen, von den dort nomadisierenden Kurdenstämmen evakuiert worden wären. Dem widersetzte sich die Irak-Regierung, und auch England zeigte keine Neigung, durch eine solche gewaltsame Umsiedlung zwar vielleicht die Assyrierfrage zu lösen, dafür aber eine Kurdenfrage neu zu schaffen, die bei dem kriegerischen Charakter der Kurdenstämme sicherlich zu neuen Unruhen Anlaß gegeben hätte. England hatte aber alles Interesse, Friedensstörungen im Irak zu verhüten; denn in dem neu geschaffenen Königreich liegen Etappenstationen für seine Luftverbindungslinien nach Indien, deren Sicherung ein Lebensinteresse des englischen Weltreichs ist.

Die Assyrier haben deswegen nicht aufgehört, ihre Ziele zu verfolgen, ja sie haben sogar eine Art Autonomie angestrebt. Sie sind deshalb im Irak nie gern gesehen worden, und an Reibereien zwischen ihnen und den Kurden hat es nie gefehlt. Als der Irak unter Aufhebung des englischen Mandats zum souveränen Staat erklärt wurde, versuchte er, die Assyrier-Frage dadurch zu lösen, daß er dem Führer der Assyrier, dem jetzt 23-jährigen Patriarchen Mar Shimun, eine Erklärung zur Unterzeichnung vorlegte, durch die er sich verpflichten sollte, den Widerstand gegen den vom Völkerbund gebilligten Plan zur zerstreuten Ansiedlung der Assyrier aufzugeben. Mar Shimun weigerte sich und wurde verhaftet. Das war das Signal für eine offene Rebellion der Assyrier. Am 21. Juli überschritt eine größere Gruppe von ihnen die Grenze zwischen Irak und Syrien und ließ sich auf dem französischer Mandatsoberhoheit unterstehenden Tigrisufer nieder. Da die Engländer den Assyriern seiner Zeit ihre Waffen gelassen hatten, hatte es durchaus den Anschein, als ob hier der Versuch einer gewaltsamen Ansiedlung auf fremdem Gebiet gemacht werden sollte. Die französischen Mandatsbehörden, deren Haltung dem Irak gegenüber immer etwas kühl gewesen ist, haben sich nicht sonderlich beeilt, Schritte gegen die übergetretenen Assyrier zu unternehmen. Sie haben sie zwar schließlich entwaffnet, aber als der assyrische Trupp von etwa 14 000 Mann sich auf Grund der inzwischen mit der Irak-Regierung geführten Verhandlungen zur Rückkehr entschloß, haben die Franzosen ihnen fünfhundert Gewehre wieder ausgeliefert. Die Stimmung war durch die Vorgänge auf beiden Seiten reichlich erregt, und es war kein Wunder, daß beim Übertritt aufs Irakgebiet die Leidenschaften explodierten. Es gab Kämpfe zwischen Assyriern und Kurden, unter denen auch staatliche Irak-Streitkräfte gewesen sein sollen. Eine große Zahl von Assyriern, auch von solchen, die an dem Auszug und an den Kämpfen gar nicht beteiligt waren, wurden niedergemacht.

Die Sache hat dann den Völkerbund beschäftigt. Die Irak-Regierung beschwerte sich bei ihm über die französischen Mandatsbehörden von Syrien, und Mar Shimun reichte für die Assyrier Beschwerden in Genf ein. Herausgekommen ist dabei nicht viel, obwohl England sich für die Interessen der Assyrier verwandte. Einen Zwang auf die Irak-Regierung wollte man aber nach beliebter Genfer Manier nicht ausüben. Man hat aber Fühlung mit Brasilien genommen, um eine Aussiedlung des assyrischen Volksrestes aus den Gebieten, in denen er doch nie in Frieden würde leben können, in eine neue überseeische Heimat zu ermöglichen. Jetzt ist die Antwort der Brasilianischen Regierung eingegangen. Sie lautet zustimmend, und Mar Shimun verhandelt zur Zeit in Genf über die näheren Einzelheiten der Überführung seines Volkes. Die Kosten sollen von privater englischer Seite aufgebracht werden.

Im Irak leben zur Zeit noch ungefähr 37 000 Assyrier. Ob sie alle nach Brasilien auswandern werden, ist im Augenblick noch ungewiß. Mindestens aber 20 bis 25 000 werden die Fahrt über das Meer antreten. Wird das befriedete Dasein in der neuen Welt den Überresten des alten Kulturvolkes neues Wachsen und neues Blühen ermöglichen, oder werden sie in dem Völkergemisch, das da drüben nach neuer nationaler Formung sucht, aufgehen und verschwinden?

—u.

Tiere als Wetterpropheten.

Von Helmuth Brinkmann.

In unserer Zeit, da die Technik Triumphe feiert, haben wir fast vergessen, daß es eine große Anzahl von Tieren gibt, die gleich einem empfindlichen Barometer jeden Witterungsumschwung vorausspüren und den Menschen durch ihr Verhalten zu erkennen geben. Der zunehmende Feuchtigkeitsgrad der Luft bei bevorstehendem Regen wirkt auf die Haut- und Atmungsorgane gewisser Tiere ein, die starke Elektrizität der Atmosphäre bei heraufziehendem Gewitter macht die Tiere erregt und unruhig, gegen den veränderten Luftdruck bei einem nahenden Sturm sind sie ebenfalls empfindlich, und bei einer ganzen Anzahl spielt überdies der außerordentlich fein entwickelte Geruchssinn eine große Rolle. Es gibt ja auch heute noch Menschen, die auf die wetterprophetischen Eigenschaften von Großmutters rheumatischer Zehe schwören, warum sollen nicht auch bestimmte Tiere ein Barometer ersetzen können?

In der Stadt hat man wohl nur selten Gelegenheit, genaue und ausgedehnte Tierbeobachtungen zu machen. Doch von den Landleuten, die mit der Natur viel enger verwachsen sind, können wir uns lehrreiche Aufschlüsse geben lassen. Sie befragen nicht das Barometer oder den Wetterbericht in der Zeitung, sondern richten sich nach zuverlässigen Wetterpropheten in Wald und Feld und Wasser.

Da ist zunächst der berühmte und viel verspottete Laubfrosch. Bei gutem Wetter hält er sich außerhalb des Wassers auf, bei bevorstehendem Regen taucht er unter, und wenn ein Sturm herannaht, verbirgt er sich ganz. In der Gefangenschaft, wo ihm die Nahrungssorgen abgenomen werden, wird er faul und träge, und unter Umständen kann es dann vorkommen, daß er auch seine Pflichten als Wetterprophet zum Ärger der Familie nur unvollkommen oder gar nicht erfüllt. Die braunen Grasfrösche, die im Freien leben, kommen kurz vor dem Regen in großer Anzahl an Land und lassen ein lang anhaltendes Gequak ertönen. Auch Kröten, Molche und Salamander kriechen aus ihren Schlupfwinkeln hervor, wenn Regen bevorsteht. Ähnlich verhält sich der Regenwurm, der bei zu erwartendem Regen an der Erdoberfläche erscheint.

Ein guter Wetterprophet ist auch die Spinne. Wenn man ihr Tun beobachtet, kann man mit großer Zuverlässigkeit und oft lange vorher das künftige Wetter bestimmen. Auf dem Lande richten sich viele erfahrene Hausfrauen noch heute bei der Festsetzung des großen Wasch- und Bleichtages nach dem Verhalten der Spinnen, damit nicht etwa ein plötzlicher Regen oder ein Gewitter in die zum Trocknen aufgehängte Wäsche prasselt. Auf gutes Wetter kann man schließen, wenn die Tierchen emsig spinnen und eifrig bei der Arbeit sind; je länger die Fäden, desto länger wird auch das gute Wetter anhalten. Wenn sich die Spinne dagegen sehr beeilt und nur kurze Fäden und ein kleines Netz spinnt, dann ist in Kürze mit Regen zu rechnen. Verläßt sie das Gewebe ganz, um sich zu verkriechen, so steht heftiger Regen oder ein Unwetter bevor. Wenn die Spinne mitten im Netz sitzt, so wird das Wetter gleichfalls schön bleiben, entfernt sie sich aber vom Mittelpunkt, um sich in ihr Nest, das trichterartige Gebilde über dem eigentlichen Netz, zurückzuziehen, so ist mit einem Witterungsumschlag zu rechnen. Auch wenn sie keine Lust hat, ihr beschädigtes Netz wieder auszubessern, kann man mit schlechtem Wetter rechnen. Die glücklichste Zeit für die Beobachtung der Spinne ist der frühe Morgen. Im Winter kann man diesen Wetterpropheten nur selten sehen, da er sich meist verborgen hält.

Unter den Vögeln gibt es natürlich auch ausgezeichnete Wettervorhersager. Wenn die Lerche am frühen Morgen hoch in die Luft steigt, so wird das schöne Wetter längere Zeit anhalten. Allgemein bekannt ist auch die Tatsache, daß Schwalben bei bevorstehendem Regen dicht über den Erdboden hinfliegen, wo sich auch die geflügelten Insekten aufhalten, wenn Regen droht. Vollführen die Schwalben dabei großen Lärm, so steht der Regen unmittelbar bevor. Bei aufziehendem Sturm verschwinden sie rechtzeitig und bringen sich in Sicherheit.

Mit Regen ist auch zu rechnen, wenn die Fische im Wasser „springen“ und häufig aufschlagen. Der beste Wetterprophet unter den Fischen ist wohl der Schlammpeitzker, der daher auch den Namen „Wetterfisch“ erhalten hat. Er steigt bei drohendem Regen oder Unwetter aus der Tiefe des Wassers an die Oberfläche empor, und man kann aus seinem Verhalten mit Sicherheit Schlüsse auf das Wetter des folgenden Tages ziehen.

Wenn strenge Kälte und Schnee droht, so finden sich die in unseren Breiten überwinternden Vögel in Scharen in der Nähe menschlicher Behausungen ein. Ziehen sie wieder ab, ist Tauwetter zu erwarten. Der Förster und Jäger, der das Wild in seinem Revier genau kennt, kann auch aus dessen Verhalten das künftige Wetter prophezeien. Namentlich aus der Zeit ihres Austritts kann er sichere Hinweise gewinnen.

Die Beobachtung der Tiere unter diesem Gesichtspunkt wird jedem Naturfreund große Freude bereiten und seine Erfahrungen bereichern.

Wirtschaftliche Rundschau.

Planvolle Landwirtschaft.

Regelung der Erzeugung und des Absatzes von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Polen?

Aus Warschau kommt die Meldung, daß man sich in zuständigen Stellen mit der Absicht trage, nach deutschem Muster Erzeugung und Absatz von landwirtschaftlichen Produkten in der Form zu regeln, daß das Preisniveau wieder gehoben werden soll, um die Preise auf einer den Umständen entsprechenden Höhe zu halten. Die näheren Einzelheiten sollen von dem Abgeordneten des Regierungsblocks, Rudzinski, ausgearbeitet worden sein, der diese Einzelheiten in Form einer Gesetzesvorlage den zuständigen Stellen zugeführt habe. Rudzinski soll die Initiative hierzu aus Landwirtschaftskreisen Posens und Pommerellens und des Wilnagebietes erhalten haben. Alle Versuche der Regierung, durch eine Prämiierung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Getreidepreis-Interventionen, durch Lombardierung und andere Maßnahmen eine Preisbesserung zu erzielen, sind leider fehlgeschlagen.

Es wird ferner behauptet, daß die Regierung dem Vorschlage einer landwirtschaftlichen Kartellierung günstig gegenübersteht. Die Regierung plane sogar, um die Gefahr von Außenseitern in der Landwirtschaft, die einen solchen Plan durchkreuzen könnten, zu beseitigen, Zwangsorganisationen sowohl für die Landwirtschaft selbst, wie für die die Verarbeitung oder Handel mit landwirtschaftlichen Produkten treibenden Stände anzuordnen.

Im „Ilustrowany Kurjer Codzienny" tritt Rudzinski der Meldung entgegen, daß sein Vorschlag bereits an den Regierungsstellen erörtert worden sei. Mit den näheren Einzelheiten dieses immerhin bedeutenden Vorschlages werden wir uns noch eingehend befassen.

Die Postsparkasse im Jahre 1933.

Vor kurzem fand in Warschau die Jahresversammlung der staatlichen Postsparkasse Polens statt. Nach dem Tätigkeitsbericht, den der Präsident Dr. Gruber persönlich erstattete, hat das Vorjahr im Zeichen einer weiteren günstigen Entwicklung des Institutes gestanden, was in einem Zuwachs der Sparer um 210 000, und der Einlagen um 93,3 Mill. Złoty zum Ausdruck komme. Die Zahl der Kunden der Postsparkasse betrug am Jahresultimo 1 227 000, und das Einlagekapital 713,5 Mill. Złoty. Das Vertrauen der Öffentlichkeit zur Postsparkasse habe der Umstand herbeigeführt, daß sie gegenwärtig das größte Finanzinstitut in Polen sei. Die eigentlichen Spareinlagen haben im Vorjahr trotz der Krise um 64,4 Mill. Złoty auf insgesamt 506,5 Mill. Złoty per 31. Dezember 1933 zugenommen.

Stark gestiegen ist auch der Scheckverkehr. Während er sich in den drei letzten Jahren auf einer Durchschnittshöhe von 22 Milliarden Złoty gehalten hatte, überstieg er im Jahre 1933 25,5 Milliarden Złoty. Auf den Barverkehr entfielen von dieser Summe 6,8 Milliarden Złoty. Nach dem Muster früherer Jahre befaßt sich die polnische Postsparkasse auch mit Lebensversicherungen. Sie besitzt gegenwärtig 75 000 Policen, welche auf 126 Mill. Złoty lauten. Die Zahl der Policen stieg im Berichtsjahr um 19 000 im Werte von 20 Mill. Złoty. Im laufenden Jahre wird diese Tätigkeit noch erweitert werden.

Die Kredittätigkeit der Postsparkasse erstreckte sich auf folgende Gebiete: Für den Kleinhausbau wurden insgesamt 10 Mill. Złoty und für den Ankauf von Obligationen und Pfandbriefen der Staatsbanken und der Institute für langfristigen Kredit 25 Mill. Złoty zur Verfügung gestellt. Staatspapiere wurden im Betrage von 22,8 Mill. Złoty, und kurzfristige Schatzscheine für 50 Mill. Złoty angekauft. Auf die Nationalanleihe zeichnere die polnische Postsparkasse 10 Mill. Złoty. Der Wertpapierbestand beläuft sich auf 408,3 Mill. Złoty. Er setzt sich in der Hauptsache zusammen aus Obligationen und Pfandbriefen der staatlichen Landeswirtschaftsbank und der Staatlichen Agrarbank. Direkte Lombardkredite gegen Verpfändung von Wertpapieren wurden für 21,8 Mill. Złoty gewährt.

Günstig entwickelt hat sich auch die Auslandstätigkeit der Postsparkasse. Im Jahre 1933 wurden 66 210 Auslandsaufträge erledigt. Die Zweigstelle der Bank in Tel-Aviv hatte im ersten Jahre ihrer Tätigkeit einen Umsatz von mehr als 1 Mill. Złoty.

Der Gewinn der Postsparkasse im Jahre 1933 beläuft sich einschließlich der Überschüsse aus dem Versicherungsgeschäft auf 6 895 000 Złoty.

Rußlands Handelsverkehr mit den wichtigsten Ländern.

Der Gesamtbetrag des russischen Außenhandels stellte sich in den ersten elf Monaten 1933, wie bereits gemeldet, auf 778 Mill. Rubel gegenüber 1159 Mill. Rubel im entsprechenden Zeitabschnitt des Jahres 1932. Dabei betrug die russische Ausfuhr 460,7 Mill. Rubel gegenüber 511,2 Mill. Rubel und die Einfuhr 317,3 Mill. Rubel gegenüber 647,8 Mill. Rubel. Die Handelsbilanz war mit 143,4 Mill. Rubel aktiv gegenüber einer Passivität von 136,6 Mill. Rubel im gleichen Zeitabschnitt des Jahres 1932.

Auf die wichtigsten Länder verteilte sich die russische Aus- und Einfuhr in der Berichtszeit wie folgt:

	Ausfuhr elf Monate 1933	1932	Einfuhr elf Monate 1933	1932	Gesamtumsatz elf Monate 1933	1932
Deutschland	82,4	91,2	144,8	303,6	227,2	394,8
England	83,0	120,8	28,9	83,1	111,9	203,9
Italien	21,0	23,5	14,5	25,8	35,5	49,3
Mongolei	35,2	38,9	13,5	15,0	48,7	53,9
China	15,3	20,7	15,1	14,9	30,4	35,6
USA	13,5	14,2	15,8	28,0	29,3	42,2
Frankreich	21,2	25,3	5,0	3,5	26,2	28,8
Belgien	25,0	14,9	1,2	0,6	26,2	15,5
Holland	25,0	18,7	4,7	3,3	29,7	22,0
Persien	9,9	23,3	7,2	48,7	17,1	72,0
Polen	4,6	3,9	12,4	4,6	17,0	8,5

Deutschland stand danach in den ersten elf Monaten 1933 in der russischen Einfuhr nach wie vor an erster Stelle, während es in der Ausfuhr den ersten Platz wiederum an England abgetreten hat. Die russische Einfuhr aus Deutschland ist um 158,8 Mill. Rubel d. h. auf weniger als die Hälfte, gesunken. Einen sehr starken Rückgang weist auch der Sowjetimport aus England, Italien, den Vereinigten Staaten und Persien auf, während die russische Einfuhr aus Polen, Belgien, Holland und China gestiegen ist. In der russischen Ausfuhr weist der Export nach Deutschland nur einen Rückgang um 8,8 Mill. Rubel auf, dagegen ist der Sowjetexport nach England um 37,8 Mill. und nach Persien um 13,4 Mill. Rubel gesunken. Auffallend ist die starke Zunahme des Sowjetexports nach Belgien und Holland. — Zu bemerken ist, daß die Sowjetausfuhr nach Deutschland in Wirklichkeit größer ist als sich dies aus der Statistik ergibt, da die im Jahre 1933 recht bedeutende russische Silberausfuhr, die hauptsächlich nach Deutschland ging, in den Ausfuhrziffern nach den einzelnen Ländern nicht enthalten ist. Die russische Silberausfuhr erreichte in den ersten elf Monaten 1933 insgesamt 24,8 Mill. Rubel.

*

In Sowjetrußland sind seit einiger Zeit die Vorbereitungen für die Frühjahrsbestellung im Gange. Während die Bildung der Saatfonds bei den Kollektivwirtschaften im allgemeinen befriedigend verläuft, sieht es um die Instandsetzung der zahlreichen reparaturbedürftigen Traktoren recht ungünstig aus. Mit den Reparaturarbeiten ist zwar bereits vor etwa 3 Monaten begonnen worden, indessen sind bis zum 15. Januar d. Js. in den dem Landwirtschaftskommissariat unterstellten Maschinen- und Traktorenstationen erst 29,1 Prozent der reparaturbedürftigen Traktoren instand gesetzt worden und in den Sowjetlandgütern erst 24,5 Prozent. In den 1—1½ Monaten, die bis zum Beginn der Frühjahrsbestellung noch verfügbar sind, müssen also noch zwei Drittel des reparaturbedürftigen Traktorenparks instand gesetzt werden. Besonders besorniserregend ist der Umstand, daß es um die Instandsetzung der Traktoren auch in den südlichen Teilen der Sowjetunion ungünstig bestellt ist, wo die Reparaturarbeiten binnen einem Monat zum Abschluß gebracht werden müssen. Der langsame Verlauf der Reparaturarbeiten hängt z. T. mit dem Mangel an Ersatzteilen zusammen.

Der englisch-russische Handelsvertrag.

Um noch vor dem endgültigen Abschluß des englisch-russischen Handelsvertrages einigen Druck auf die Regierung auszuüben, damit die russische Privatschuldenfrage im Zusammenhang mit englischen Investierungen berücksichtigt wird, wird besonders aus konservativen Kreisen die Frage der Lena Goldfields zum Gegenstand einer Parlamentsdebatte gemacht werden. Es scheint nämlich sicher, daß die Regierung zwar die Regelung zur Bedingung für einen vermanenten Handelsvertrag zu machen gedenkt, aber bei dem vorläufigen Abkommen, über das wir bereits berichteten, die Privatschuldenfrage unberücksichtigt lassen wird.

Die „Morning Post" glaubt, daß das Abkommen mit Rußland aus folgenden Hauptpunkten bestehen wird:

1. Eine russische Anleihe in England um das nötige Kapital für russische Aufträge in Groß-Britannien bereitzustellen;
2. durch Import- und Exportquoten die Quantitäten und den Wert des Handels zwischen England und Rußland auszubalanzieren;
3. die Sowjetregierung durch ein Protokoll zu binden, die Frage der noch nicht geregelten Privatschulden durch direkte Unterhandlungen mit den englischen Kreditoren zu erledigen;
4. Groß-Britannien soll das Recht haben, Einfuhrsperre gegen solche russische Güter vorzunehmen, die durch den Artikel 21 des Ottawa-Abkommens betroffen werden. Jedem Embargo gegen russische Waren soll jedoch eine dreimonatliche Kündigungsfrist vorausgehen;
5. ein Teil des anglo-russischen Warenverkehrs soll vertragsgemäß auf englischen Schiffen vorgenommen werden;
6. Rußland soll sich verpflichten, eine bestimmte Quantität britischer Heringe zu kaufen.

Der englisch-russische Handelsvertrag soll nunmehr „fertig zur Unterschrift" sein. Die Unterzeichnung des Vertrages wird indessen durch Meinungsverschiedenheiten über Fragen von geringerer Bedeutung aufgehalten. Die aus englischen Regierungskreisen stammenden Meldungen, wonach es sich bei dem Handelsvertrag nur um ein provisorisches Abkommen handeln werde, werden in den Kreisen der Londoner City als ein Versuch bewertet, die stark enttäuschten Besitzer russischer Anleihen zu beruhigen.

Unterzeichnung des französisch-russischen Wirtschaftsabkommens.

Paris, 3. Februar. (PAT.) Das Wirtschaftsabkommen zwischen Frankreich und Sowjetrußland ist am Donnerstag hier unterzeichnet worden. Aus diesem Anlaß veranstaltete die Vereinigung der internationalen Freundschaft unter der Leitung des ehemaligen Unetrstaatssekretärs im Außenministerium, de Tessan, zu Ehren des sowjetrussischen Botschafters in Paris, Dowgalewski, einen Empfang, an dem prominente Persönlichkeiten aus der politischen Welt und Vertreter der Regierung teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit wurden mehrere Ansprachen gehalten. Dowgalewski erklärte u. a., es sei zu wünschen, daß der Nichtangriffspakt und der französisch-russische Handelsvertrag die erste Etappe der wirtschaftlichen, politischen und intellektuellen Annäherung zwischen den beiden Völkern sein möge. In der Organisation des Weltfriedens sei ein großer Schritt vorwärts getan worden.

Englische Gegenzölle gegen Frankreich.

Angesichts der französischen Weigerung, die vollen Einfuhr-Kontingente in allen Fällen für englische Waren wieder herzustellen, werden die angedrohten englischen Gegenzölle voraussichtlich in der nächsten Woche in Kraft gesetzt werden. Die französische Antwort auf die letzten englischen Vorstellungen wird in politischen Kreisen Englands als durchaus unbefriedigend bezeichnet. Die Mitteilung über die Verfügung von Gegenzöllen wird wahrscheinlich am Montag im Unterhaus gemacht werden, da am Montag die von der Englischen Regierung festgelegte Frist von zehn Tagen abläuft. Diese Frist werde jedoch möglicher Weise um einige Tage verlängert werden, wonach dann die englischen Gegenzölle in Kraft treten würden. Welche französischen Waren davon betroffen werden sollen, ist bisher noch nicht bekannt.

Verlängerung des polnisch-tschechoslowakischen Handelsprovisoriums.

Am 1. Februar war der Termin für das tschechoslowakische Handelsprovisorium abgelaufen. Da die Verhandlungen, die seit einiger Zeit in Prag stattfinden, noch nicht abgeschlossen sind, wurde das Provisorium bis zum 15. Februar d. J. verlängert. Nach neueren Mitteilungen jedoch nähern sich die Verhandlungen dem Abschluß. In den schwierigsten Fragen, der Regelung der Kohlen- und Holzeinfuhr, ist ein Kompromiß zustande gekommen. Für die tschechoslowakische Kohleneinfuhr aus Polen wurde zwar grundsätzlich das bisherige formelle Kontingent von 60 000 Tonnen im Monat anerkannt, doch sollen vorderhand nur 30 000 Tonnen eingeführt werden; erst allmählich soll diese Menge bis zur Maximalgrenze erhöht werden, wenn eine wesentliche Besserung im Mährisch-Ostrauer Kohlenrevier nachweisbar ist. Im Holz wurde Polen ein zollfreies Kontingent für Schleifholz zugesprochen. Strittig ist noch die polnische Forderung nach einem Zündholzkontingent.

Beschleunigter Ausbau der Elektrizitätswirtschaft Polens?

Interessierte Wirtschaftskreise Polens haben eine energische Propagandaaktion zwecks Beschleunigung der Elektrifizierung des Landes eingeleitet. In bezug auf den Stromverbrauch steht Polen bekanntlich fast an letzter Stelle in Europa; es hat eigentlich nur noch die Sowjetunion hinter sich. Die Erzeugung von elektrischer Energie ist in Polen in den letzten Jahren um 20 Prozent gesunken, so daß kaum 69 kW auf den Einwohner entfallen; dies ist eine überaus niedrige Ziffer. Sie erklärt sich vor allen Dingen aus dem überwiegend landwirtschaftlichen Charakter Polens, dem geringen Grad der Ausnutzung natürlicher Energiekräfte, sowie — vorwiegend in den letzten Jahren — auch aus dem allgemeinen Rückgang des Lebensstandards, der dazu führte, daß der Verbrauch von elektrischer Energie vielfach als Luxus angesehen wird.

Den größten Verbrauch an elektrischer Energie weist der westliche Teil Polens auf; die östlichen Teile Polens sind jedoch noch so gut wie gar nicht elektrifiziert. Interessant ist, daß von 626 Städten in Polen nur 250 Städte eigene Elektrizitätswerke besitzen, und daß 60 Prozent der Städte ihre elektrische Energie aus fremden Kraftquellen schöpfen. Dagegen sind von 12 610 Landgemeinden Polens nur 326 mit Elektrizität versorgt, d. i. 2,6 Prozent. Eigene Elektrizitätswerke besitzen nur 42 Gemeinden, d. i. genau ⅓ Prozent der Gesamtzahl der Landgemeinden Polens.

Auch der polnische Handelsminister hat in seiner kürzlichen Rede vor dem Haushaltsausschuß des Polnischen Sejm auf den unbefriedigenden Stand der polnischen Elektrizitätswirtschaft hingewiesen. Er brachte dabei zum Ausdruck, daß für die notwendigsten Elektrifizierungsarbeiten in den nächsten 5 Jahren 1 Milliarde Złoty, in weiteren 15 Jahren 3½ Milliarden Złoty und später noch 8 Milliarden Złoty erforderlich seien. Über die Aufbringung dieser Mittel hat sich der polnische Handelsminister nicht ausgelassen. Bei der unzureichenden Kapitalbildung in Polen wird eine starke Heranziehung von Auslandskapital für diese Zwecke unentbehrlich sein. EWD.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 5. Februar auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der **Lombardsatz 6%.**

Der Złoty am 3. Februar. Danzig: Ueberweisung 57.84 bis 57,96, bar 57.86-57,97, Berlin: Ueberweisung gr. Scheine 46.85 bis 47.25, Prag: Ueberweisung 398,00, Wien: Ueberweisung 79,20, Paris: Ueberweisung —,—, Zürich: Ueberweisung 58.05, Mailand: Ueberweisung —,—, London: Ueberweisung 27,12.

Warschauer Börse vom 3. Februar. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 123,85, 124.16 — 123,54, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 172,80, 173,23 — 172,37, Helsingfors —, Spanien —, Holland 356,85, 357,75 — 355,95, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 121,75, 122,35 — 121,15, London 27.20, 27.34 — 27,06, Newyork 5,50 5,53 — 5,47, Oslo —, Paris *), 35,01 — 34,83, Prag —, Riga —, Sofia . Stockholm 141,50, 142,20 — 139,80, Schweiz 171,70, 172,13 — 171,27, Tallin —. Wien —, Italien 46.69, 46,81 — 46,57.

*) Paris Umsätze 34,92½—34,91½.

Freihandelskurs der Reichsmark 210,50.

Berlin, 3. Februar. Amtl. Devisenkurse. **Newyork** 2,597—2,603, London 12,745—12,775, Holland 167.93—168.27, Norwegen 64 09 bis 64,21. Schweden 65,78—65,92, Belgien 58,29—58,41. Italien 21,93 bis 21,97, Frankreich 16,42—16,46, Schweiz 80,72—80.88, Prag 12,435 bis 12,455, Wien 47,20—47,30, Danzig 81,32—81,48, Warschau 47,025—47,225.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,48 Zł., do. kleine 5,47 Zł., Kanada 5,42 Zł., 1 Pfd. Sterling 27,05 Zł., 100 Schweizer Franken 171,19 Zł., 100 franz. Franken 34,81½ Zł., 100 deutsche Mark 209,10 Zł., Goldmark 212,34 Zł., 100 Danziger Gulden 172,29 Zł., 100 tschech. Kronen 24.05 Zł., 100 österreich. Schillinge 97,50 Zł., holländischer Gulden 352,95 Zł., Belgisch Belgas 123,49 Zł., ital. Lire 46,54 Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 3. Februar. Es notierten: 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 58,50 G., 4½proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 Dollar = 5,46) 49 G., 4½proz. Gold-Amortisations-Dollarbriefe der Posener Landschaft 46 G., 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 45 G., 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (Serie 3) 52 G., 4½proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft (100 Złoty) 46 G., 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe 106 G. Tendenz fest. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 3. Februar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen	425 to	14.75
	60 to	14.70
	90 to	14.65
Weizen	30 to	18 50
	30 to	18.40
Roggenkleie	120 to	10.25

Richtpreise:

Weizen	17.75—18.25	Klee, gelb, in Schalen	30.00—35.00
Roggen	—.—	Tymothyklee	25.00—30.00
Gerste 695—705 kg	14.50—15.00	Raygras	44.00—50.00
Gerste 675—685 kg	14.00—14 50	Inkarnatklee	—.—
Braugerste	15.25—16.25	Senf	33.00—35.00
Hafer	11.75—12.00	Weizen- u. Roggenstroh, lose	—.—
Roggenmehl (65%)	19.50—21.00	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	—.—
Weizenmehl (65%)	26.25—29.50	Hafer- und Gerstenstroh, lose	—.—
Weizenkleie	11.00—11.50	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	—.—
Weizenkleie (grob)	11.50—12.00	Heu, lose	—.—
Roggenkleie	10.00—10.75	Heu, gepreßt	—.—
Winterraps	45.00—46.00	Netzeheu, lose	—.—
Sommerwicke	14.50—15.50	Netzeheu, gepreßt	—.—
Peluschken	14.50—15.50	Kartoffelflocken	14.00—15.00
Viktoriaerbsen	—.—	Blauer Mohn	46.00—54.0
Folgererbsen	—.—	Leinsamen	47.00—50.00
Fabrikkartoff. p. kg%	0.20½	Leinkuchen	18.50—19.50
Seradella	13.00—14.00	Rapskuchen	15.00—15.50
blaue Lupinen	6.50—7.50	Sonnenblumenkuchen 46—48%	17.50—18.50
gelbe Lupinen	9.00—10.00	Sojaschrot	21.75—22.25
Klee, rot	210.00—235.00		
Klee, weiß	70.00—100.00		
Klee, schwedisch	90.00—110 00		
Klee, gelb, ohne Schalen	90.00—110.00		
Wundklee	90.00—110.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 1868 to. Weizen 694 to, Gerste 172,5 to, Hafer — to, Roggenmehl 167 to, Weizenmehl 76 to, Roggenkleie 170 to, Gerstenkleie 15 to, Folgererbsen 16,7 to, Viktoriaerbsen 3 to, Seradella 3 to, Leinsamen 10 to, Rotklee 1,2 to, gelbe Lupinen 30 to, Rapskuchen 5 to, Leinkuchen 1,5 to, Luzerne 0,1 to, Sirup 30 to, Kartoffelmehl 2 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Gersten, Roggen- und Weizenmehl ruhig, für Hafer schwach.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 5. Februar. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen	135 to	14.75	Roggenkleie	20 to	10.25
Weizen	— to	—.—	Weizenkleie	— to	— —
Braugerste	15 to	16.50	Speiseerbsen	— to	—.—
Hafer	— to	—.—	Peluschken	— to	—.—
	— to	—.—	Sommerwicken	— to	—.—
Roggenm. 65%	— to	—.—	Sonnenblumenkuchen	— to	—.—
Weizenm. 65%	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	14.50—14.75	gelbe Lupinen	7.00—8.00
Weizen	18.00—18.50	Bohnen	—.—
Braugerste	14.50—15.50	Serradella, neu	12.00—13.00
Mahlgerste	13.50—13.75	Gelbklee, abgesch.	90.00—100.00
Hafer	11.75—12.25	Weißklee	70.00—90.00
Roggenmehl 65%	21.50—22.50	Rotklee	160.00—200.00
Weizenmehl 65%	30.50-32.00	Fabrikkartoff. p. kg%	0.19
Roggenkleie	9.75-10.50	Leinkuchen	19.00—20.00
Weizenkleie, fein	10.25—10.75	Rapskuchen	15.50—16.50
Weizenkleie, grob	11.25—11.75	Sonnenblumenkuch.	18.50—19.50
Winterraps	40.00—42.00	blauer Mohn	48.00—52.00
Peluschken	13.00—14.00	Senf	32.00—34.00
Felderbsen	15.00—17.00	Leinsamen	40.00-44.00
Speiseerbsen	19.00—20.00	Wicken	13.00—14.00
Viktoriaerbsen	23.00—25.50	Winterrübsen	42.00-44.00
Folgererbsen	20.00—22.00	Roggenstroh, lose	—.—
blaue Lupinen	5.50—6 50	Roggenstroh, gepreßt	—.—

Allgemeine Tendenz: ruhig. Weizen schwächer. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	85 to	Fabrikkartoffel	— to	Hafer	— to
Weizen	120 to	Speisekartoffel	— to	Peluschken	— to
Mahlgerste	120 to	blauer Mohn	— to	Grütze	— to
Braugerste	— to	weißer Mohn	— to	Raps	— to
Roggenmehl	30 to	Futtererbsen	— to	Leinsamen	— to
Weizenmehl	125 to	Rotklee	— to	Mohnkuchen	— to
Viktor.-Erbs.	27 to	Schwedenklee	— to	getr. Zuckerrüb.	— to
Folger-Erbs.	— to	Gelbklee	— to	Nudeln	— to
Feld-Erbsen	— to	Inkarnatklee	— to	Wicken	15 to
Roggenkleie	— to	Wundklee	— to	Rübensamen	— to
Weizenkleie	35 to	Gerstenkleie	— to	Trockenschnitz.	— to
Gelbe Lupinen	— to	Serradella	— to	Baldersb. Erbs.	[illegible]
Kartoffelflock.	— to	Senf	— to	Gemenge	15 to

Gesamtangebot 744 to.

Bromberger Sämereipreise. Bromberg, 3. Februar. Firma St. Szukalski, Bydgoszcz, notierte in den letzten Tagen pro 100 kg: Rotklee 140—210, Weißklee 60—110, Schwedenklee 85—115, Gelbklee enth. 85—105, Gelbklee i. Kappen 40—45, Wundklee 100—125, Inkarnatklee 80—95, englisches Raygras 55—65, Timothee 23—28, Seradella 8—10, Sommerwicken 12—13.50, Peluschken 12—13.50, Winterwicken 30—40, Viktoriaerbsen 22—26, Folgererbsen 20—24, Felderbsen 15—17, Winterraps 43—48, Sommerrübsen 42—46, Leinsaat 40—45, Weißmohn 60—70, Blaumohn 45—52, Senf 30—34, Buchweizen 16—18, gelbe Lupinen 7—8, blaue Lupinen 6—7.

Danziger Getreidebörse vom 3. Februar. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Pfd., 11,60 Roggen 9,00—9,10. Gerste feine 9.40—10,15, Futtergerste 9.00—9,40 Hafer 7.85—8.40, Viktoriaerbsen 16.25—18,25, grüne Erbsen 13,50—15,00, Roggenkleie 6.60—6,70 Weizenkleie 7,50 bis 7.70, Peluschken 8,75—9,40, Wicken 8,75—9,25 G. per 100 kg frei Danzig.

Das Geschäft konnte noch nicht in Gang kommen. Für 115 pfd. Durchschnittsgerste wurden zum Export Preise von G. 8,80 per 100 kg genannt.

Roggen ist mit G. 9,00 verkäuflich, während guter Weizen mit G. 11,60 abzusetzen ist.

Hamburg. Cif-Notierungen für Getreide und Kleie v. 3. Februar. Preise in Hfl. per 100 kg, alles cif Hamburg unverzollt.) Weizen Manitoba I per Februar —, per März 4,90, Manitoba II per Februar —, per März 4,75, Rosafe 79 kg per März 3,35, Barusso 80 kg per Febr.-März 3.35, Bahia 80 kg per Febr.-März 3,35; Gerste: Donaugerste 60-61 kg per Februar —, 64-65 kg per Februar —, 68-69 kg per Februar 2.80 Plata gerste per Februar 2,75, 68-69 kg per Februar —, russische Gerste 64-65 kg per Februar —; Roggen: Plata 72-73 kg per Februar 2,50; Mais: La Plata per Februar 3,02½, per März 2,95½, per April 2,92½, Donau Galfox per Februar 2,90; Hafer: Plata Unclipped faq 46-47 kg per Februar 2,45, Plata Clipped 51-52 kg per Februar 2,55.

3. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 28.

Bromberg, Dienstag, den 6. Februar 1934.

Der Haushaltsvoranschlag vom Sejmausschuß verabschiedet.

48 Millionen Złoty Defizit.

In der Mittwochs-Sitzung der Haushaltskommission des Sejm wurde **der Staatshaushalt in dritter Lesung angenommen.** Bei dieser Gelegenheit gelangte auch eine Resolution des Abg. Wagner vom Regierungsklub zur Annahme, in der die Regierung ersucht wird, den Kriegsinvaliden durch die Schaffung von Arbeitsstätten eine Erleichterung ihres Loses zu bringen und sie vorzugsweise im Rahmen der in Kraft befindlichen Gesetzgebung zu beschäftigen.

Nach einer kurzen Pause schilderte der Generalreferent des Staatshaushalts, Abg. **Miedziński,** die gegenwärtige Lage im Lande. Er wies zunächst darauf hin, daß sowohl die Einzelberichterstatter als auch die Minister in vorsichtiger Weise eine Besserung der wirtschaftlichen Lage festgestellt hätten, die sich auf den verschiedensten Gebieten bemerkbar gemacht habe. Trotz der geringeren Budgetsumme sei zwar ein Fehlbetrag zu verzeichnen; doch im Vergleich zu anderen Staaten halte Polen in dieser Hinsicht die Mittellinie. Der Fehlbetrag in den neun Monaten des laufenden Staatshaushaltsjahres stelle 14 Prozent der Gesamteinkünfte des Staates dar; doch werde der Fehlbetrag ausgeglichen werden. Über die Währung erklärte Abg. Miedziński, daß die Regierung den Einflüsterungen der Anhänger der Inflation kein Gehör geschenkt habe. Die Bevölkerung in Polen wünsche keine Inflation. Der Redner gab sodann ein Bild über die Beteiligung des Auslandskapitals an polnischen Unternehmungen. Er führte dazu u. a. folgendes aus:

„Wir besitzen in unserem Aktienkapital: in der Naphtha-Industrie 84 Prozent fremdes Kapital, in der Bergwerks- und Hüttenindustrie 77,1 Prozent, in den Elektrizitätswerken 75,4 Prozent, in der elektrotechnischen Industrie 47,4 Prozent, in der chemischen Industrie 41,5 Prozent, in der metallurgischen Industrie 28,8 Prozent, in der Webindustrie 28,1 Prozent fremdes Kapital. Das geringste Auslandskapital befindet sich im Handel, und zwar 17,2 Prozent. Die allgemeine Beteiligung des Auslandes am Aktien-Kapital steigt ständig. Im Jahre 1930 betrug sie 38,1 Prozent, im Jahre 1931 — 44,6 Prozent, im Jahre 1932 — 45,6 Prozent und im Jahre 1933 — 46,7 Prozent. Nach Ländern geordnet haben wir, wenn man die sechs größten Industrien berücksichtigt: 25,8 Prozent französisches Kapital, 25 Prozent deutsches, 21,3 Prozent amerikanisches Kapital und dann weiter beginnend von dem belgischen mit 9,4 Prozent bis zu dem tschechoslowakischen mit 1,1 Prozent.

„Man müßte sich **bemühen, das Auslandskapital,** das sich in Polen zu Spekulations- **und Raubzwecken** befindet, und den Interessen des Landes nicht Rechnung trägt, loszuwerden. Auf die Lage in der Landwirtschaft eingehend, stellte der Referent fest, daß die Verschuldung der Landwirtschaft 4 Milliarden 600 Millionen Złoty beträgt. Die jährliche Bedienung dieser Anleihen betrug 480 Millionen Złoty. Dank der Aktion der Regierung betragen die Erleichterungen in der jährlichen Bedienung etwa 205 Millionen Złoty. Schließlich gab der Referent einen Überblick über das **Finanzgesetz,** das **an Ausgaben 2 184 552 000 Złoty** und **an Einnahmen 2 136 254 150 Złoty vorsieht.** Das Defizit beträgt somit 48 298 443 Złoty.

Nach einer kurzen Aussprache **wurde das Finanzgesetz angenommen.**

*

Oesterreich bittet Polen um Vermittlung.

Die „Reichspost“, das Wiener Organ der Christlichsozialen Partei, betont in einer Korrespondenz aus Warschau, die die Überschrift „Polen und Österreich“ trägt, daß für Polen der Kampf Österreichs um die Unabhängigkeit eine ganz besondere Bedeutung besitze. Seinerzeit habe man von einigen Seiten Polen den Vorwurf gemacht, daß es in der Frage des Anschlusses ein gewisses Desinteressement verrate. Tatsächlich hätten vor der Hitler-Ära diese Vorwürfe einer gewissen Grundlage nicht entbehrt. Man habe zwar an den Sympathien **Polens zu Österreich nicht zweifeln können, es sei jedoch** Tatsache gewesen, daß einige polnische Kreise nach dem Kriege immer weniger an die Möglichkeit geglaubt hätten, die Unabhängigkeit Österreichs zu erhalten.

Das Blatt erinnert daran, daß Roman Dmowski als damaliger Vertreter der Polnischen Regierung in Versailles vollkommen offen für den Anschluß Österreichs an Deutschland eingetreten sei. Vom Jahre 1933 seien jedoch alle diese Argumente grundlos geworden. Polen zeige jetzt Österreich gegenüber in seinem Kampfe um die Unabhängigkeit ein volles Verständnis (?) und hoffe in seinen Bemühungen um die Erhaltung des Friedens, daß es schließlich gelingen werde, Deutschland zu bewegen, einen freundschaftlichen Standpunkt gegenüber Österreich einzunehmen.

In Wiener politischen Kreisen soll dieser Artikel **den Eindruck eines Angebots an die Adresse Polens** hervorgerufen haben, **die Rolle eines Vermittlers zwischen Österreich und Deutschland zu übernehmen.** Man hofft, daß dank den guten Beziehungen, die zwischen Polen und Deutschland nach der Unterzeichnung des letzten Nichtangriffspaktes bestünden, eine solche Vermittlungsaktion Aussicht auf Gelingen hätten. —

Wir glauben, daß die Polnische Regierung es ganz entschieden ablehnen wird, in einen ausgesprochenen Familienzwist einzugreifen. Der Gedanke der „Reichspost“ ist peinlich, höchst peinlich.

Opfer der kosmischen Strahlen?

Rätsel um den Tod der russischen Stratosphärenflieger.

Noch ist das tragische Schicksal der russischen Stratosphärenflieger von einem geheimnisvollen Schleier umgeben, und es erscheint fraglich, ob es der Untersuchungskommission, die ihre Arbeit unverzüglich aufgenommen hat, gelingen wird, ihn zu lüften. Nachdem die Glücksbotschaft von dem errungenen Rekord durch den Äther gedrungen war, nachdem die Piloten ihren Familien Grüße gesandt und sie benachrichtigt hatten, daß sie sich nun zur Landung anschickten, dachte kein Mensch mehr daran, daß dieser glücklich begonnene Flug ein so unglückliches Ende nehmen könnte. Alle früheren Stratosphärenflüge waren, soweit die Ballons überhaupt in die Höhe kamen, erfolgreich beendet worden, und man hatte auf diese Weise sich daran gewöhnt, die Gefahren der Stratosphäre zu unterschätzen. Man hatte auch längst vergessen, welch bange Stunden die Welt durchlebt hatte, als von Professor Piccard jede Nachricht fehlte, der, glücklich dem Tode entronnen, im einsamen Hochgebirge gelandet war.

Wenn man nach den Ursachen der Katastrophe sucht, ist man naturgemäß nur auf Vermutungen angewiesen. Man weiß, daß Augenzeugenberichte über aufregende Ereignisse vorsichtig zu bewerten sind, aber allem Anschein nach, bietet sich folgender Tatbestand: Der Ballon ging langsam nieder. Nachdem er in etwa 300 Meter Höhe über der Bahnlinie Moskau—Kasan getrieben hatte, ertönten zwei mächtige Detonationen, plötzlich löste sich die Gondel vom Ballon, stürzte ab und

grub sich 3 Meter tief in den Erdboden.

Lange Zeit dauerte es, bis die völlig eingedrückte Gondel ans Tageslicht gebracht werden konnte. Im Innern der Kugel bot sich ein furchtbarer Anblick. Die drei Piloten lagen, teilweise zur Unkenntlichkeit verstümmelt, am Boden. Die Einrichtung und die an Bord befindlichen Meßinstrumente bildeten mit den Fenstern einen unentwirrbaren Haufen von Glassplittern, Drähten und Metallteilen. Daneben fand man die Überreste des Frühstücks, das die Stratosphärenflieger offenbar kurz vor dem Absturz eingenommen hatten. Nur ein einziges Instrument, das besonders geschützt war, ist wie durch ein Wunder erhalten geblieben:

Der Höhenmesser, der 20 800 Meter anzeigte.

Es wird nicht leicht sein, aus diesen unzureichenden Angaben den Hergang der Katastrophe zu rekonstruieren. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Forscher erst bei dem Aufprall der Gondel auf die Erde getötet wurden. Man neigt eher zu der Annahme, daß der Tod bereits in höheren Luftschichten eingetreten ist. Diese Ansicht wird damit begründet, daß der Ballon eine größere Fallgeschwindigkeit gehabt haben müßte, wenn die Flieger am Leben geblieben wären, da sie in diesem Falle die Fallventile geöffnet hätten. Zwei Ursachen können den Tod herbeigeführt haben, entweder ein Versagen der Sauerstoffapparate, oder ein Undichtwerden der Fenster, oder der Gondelwand. Oder aber

sollten die Flieger Opfer der kosmischen Strahlen geworden sein,

deren Erforschung ihr Flug in erster Linie galt? Sollten sie die Grenze überschritten haben, die die Natur dem Menschen gesetzt hat? Diese Frage wird wohl in absehbarer Zeit nicht beantwortet werden können.

Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang die Äußerungen Professor Piccards, des Vaters des Stratosphärenfluges. Seiner Ansicht nach war es eine schwere Unterlassungssünde, daß die Russen keine Fallschirme an Bord hatten. Er glaubt, daß diese Unterlassung einzig und allein die Katastrophe verschuldet hat. Er selbst führte auf seinen Flügen drei Fallschirme mit, von denen der eine für die Gondel bestimmt war, die er zu Boden bringen sollte, wenn sie sich von der Ballonhülle loslöste, während die beiden anderen ihn und seinen Gefährten retten sollten. Im übrigen meint er, daß die Explosion auf Nichtfunktionieren der Ablaßventile zurückzuführen sein könne.

Die Meldung eines Funkamateurs, der einen Funkspruch empfangen haben will, wonach der Ballon von einer Eisdecke eingehüllt gewesen sein soll, wird von der Untersuchungskommission dementiert.

Auf jeden Fall wird man aus dem tragischen Ausgang des russischen Stratosphärenfluges die Lehre ziehen müssen, daß es notwendig ist, die Gegebenheiten der Stratosphäre zunächst durch unbemannte Ballons zu erforschen, bevor an neue Stratosphärenflüge gedacht werden kann.

Deutschlands Vorschläge zur Abrüstung.

Die Antwort an Frankreich. — Die deutschen Gegenfragen.

Auf das Aide-Mémoire der Französischen Regierung vom 1. Januar 1934 hat die Deutsche Regierung am 19. Januar in einem Memorandum geantwortet, dem wir folgenden Auszug entnehmen:

Die Deutsche Regierung begrüßt es, daß die Französische Regierung die Anregung unmittelbarer diplomatischer Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen über die zwischen ihren Ländern schwebenden Probleme aufgenommen und daß sie in der wichtigsten akuten Frage, der Abrüstungsfrage, ausführlich dargelegt hat, welche Stellung sie zu den vorangegangenen Erklärungen der Deutschen Regierung einnimmt und welche Gesichtspunkte sie selbst für die weitere Behandlung dieser Frage geltend zu machen hat. Die Deutsche Regierung hat die Ausführungen des französischen Aide-Mémoires hierüber in voller Unvoreingenommenheit und unter dem entscheidenden Gesichtspunkt geprüft, ob und welche Möglichkeiten danach für die Verwirklichung des Gedankens der allgemeinen Abrüstung heute als gegeben erscheinen.

I.

Bevor die Deutsche Regierung auf die **Kritik** eingeht, die das französische Aide-Mémoire an dem deutschen Vorschlag zur Abrüstungsfrage übt, möchte sie sich zu dem Plan äußern, den die Französische Regierung jenem Vorschlag gegenüberstellen zu sollen geglaubt hat. Welches würde die Lage sein, die geschaffen würde, wenn es zu einer Konvention auf der Grundlage des französischen Planes käme?

Auf dem wichtigen Gebiet des Kriegsmaterials würde die Abrüstung um mehrere Jahre hinausgeschoben.

Während dieser Zeit würden die hochgerüsteten Staaten ihr gesamtes schweres Landmaterial auch in soweit unvermindert behalten, als es in erster Linie für Angriffszwecke in Betracht kommt. Es fragt sich, ob es demgegenüber vom Standpunkt der allgemeinen Sicherheit ins Gewicht fallen würde, wenn die hochgerüsteten Staaten während dieser Zeit auf die Neuherstellung schwerer Angriffswaffen verzichten. **Deutschland würde seinerseits auf die im Versailler Vertrag vorgesehenen, völlig unzureichenden Waffenarten beschränkt beiben, hätte aber während dieser Periode gleichwohl die Umbildung der Reichswehr vorzunehmen.** Wie soll jedoch die Umbildung eines Heeres praktisch durchgeführt werden, wenn ihm nicht von vornherein das für seine Verhandlungsmöglichkeit notwendige Material zur Verfügung steht? Wie kann bei einer derartigen Umbildung der Reichswehr

die deutsche Sicherheit

auch nur einigermaßen gewährleistet werden?

Was die Frage der Personalstärke anlangt, so wäre die Vereinheitlichung der Heerestypen natürlich davon abhängig, daß der vorgesehene Typus auch von den anderen Staaten angenommen wird. Außerdem kann aber der Wert der von Frankreich schon für die erste Periode zugestandenen Herabsetzung seiner Personalbestände erst dann beurteilt werden, wenn feststeht, was mit den französischen Überseetruppen geschehen soll. Für die in Afrika stehenden Truppen sind alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen, um sie jederzeit binnen kurzem nach Frankreich bringen zu können. Liegt unter diesen Umständen nicht die Annahme nahe, daß die Herabsetzung der Heimattruppen stets durch Heranziehung von Überseetruppen wieder wettgemacht werden könnte, sofern nicht auch die letzteren in das System der Herabsetzung der Personalbestände einbezogen werden?

Hinsichtlich der

Luftsteitkräfte

wäre zu überlegen, ob nicht mit der nach dem französischen Aide-Mémoire vorgesehenen Methode ihrer Verminderung das wichtige Prinzip aufgegeben wurde, alle großen Luftflotten auf einem einheitlichen Niveau einander anzugleichen. Aber auch hiervon abgesehen stellt sich für Deutschland die Frage, ob es für die erste Phase und sogar für die zweite Phase der Konvention dabei bleiben soll, daß es keinerlei militärische Luftfahrt besitze. Falls diese Frage nach dem französischen Plan zu bejahen wäre, **würde auch die vorgeschlagene Herabsetzung der Luftstreitkräfte der anderen Staaten an dem Zustand der radikalen Ungleichheit und der völligen Wehrlosigkeit Deutschlands in der Luft praktisch nichts ändern.** Sind die Ausführungen des Aide-Mémoire über die Kontrolle etwa dahin zu verstehen, daß das ganze Regime der zweiten Phase von den Erfahrungen während dr ersten Phase abhängig gemacht werden soll? Wenn das die Absicht wäre, so würde

die Durchführung der allgemeinen Abrüstung auch für diese zweite Phase mit einem gefährlichen Unsicherheitsfaktor belastet

werden. Es liegt auf der Hand, daß die Voraussetzung der Parität der Kontrolle nicht mehr gegeben wäre, wenn sich die Kontrolle praktisch in den bereits auf Grund der Friedensverträge aufgerüsteten Ländern in ganz anderer Weise als in den übrigen Ländern auswirken würde. Würden sie nicht, da sie in den bereits abgerüsteten Ländern ein viel weiteres Anwendungsgebiet hätten, hier, auch bei loyalster Vertragserfüllung viel leichter als in den anderen Ländern zu Differenzen Anlaß geben, die dazu ausgenutzt werden könnten, das Regime **der zweiten Phase noch weiter hinauszuzögern?**

Selbst wenn sich diese Gefahr beseitigen lasse, **bleibt aber für Deutschland die Frage entscheidend, ob seine**

Diskriminierung

noch um eine weitere Reihe von Jahren verlängert werden soll. Können die anderen Mächte für einen solchen, mit der Ehre und Sicherheit Deutschlands unvereinbaren Plan irgendeinen stichhaltigen Grund anführen? Das ist nach der festen Überzeugung der Deutschen Regierung völlig ausgeschlossen.

II.

Wenn man sich

die Hauptpunkte des französischen Planes

und seine Folgen vergegenwärtigt, erheben sich ernste Zweifel darüber, ob auf diesem Wege eine Regelung des Abrüstungsproblems gefunden werden kann, die wirklich der Gerechtigkeit entsprechen und der Sicherung des Friedens dienen würde. Alles in allem betrachtet, erscheint der Deutschen Regierung der Stand des Problems auch heute noch in dem gleichen Lichte wie vor einigen Monaten, als sie sich wegen des völligen Versagens der Genfer Methode zum Austritt aus dem Völkerbund und zum Verlassen der Abrüstungskonferenz veranlaßt sah und sich zu einem neuen Vorschlag entschloß. Die Deutsche Regierung bedauert es auf das lebhafteste, daß die Französische Regierung den Ausgangspunkt dieses Vorschlages in den Ausführungen ihres Aide-Memoirs nicht gewürdigt hat. Nicht weil sie den Gedanken der Abrüstung aufgebe und statt dessen eine Aufrüstung Deutschlands fordern wollte, hat die Deutsche Regierung ihren Vorschlag gemacht.

Die Deutsche Regierung würde es noch immer für die beste Lösung halten, wenn alle Länder ihre Rüstungen entsprechend der im Versailler Vertrag vorgesehenen Entwaffnung herabsetzen.

Wenn der Vorschlag der Deutschen Regierung dahin **ging,** eine erste und schnelle Regelung auf der Grundlage der Limitierung der Rüstungen der hochgerüsteten Staaten auf ihren jetzigen Rüstungsstand zu suchen, so ist dies allein deswegen geschehen, **weil nach ihrer Überzeugung der Verlauf der nun bald acht Jahre andauernden Verhandlungen klar gezeigt hat, daß die hauptsächlich in Betracht kommenden hochgerüsteten Mächte gegenwärtig zu einer wirklich einschneidenden Abrüstung nicht bereit sind.** Selbstverständlich ist es aber nicht der Sinn des deutschen Vorschlages, jetzt auch solche einzelnen Abrüstungsmaßnahmen beiseite zu schieben, über die eine Einigung alsbald möglich erscheint. Diese Rüstungsbeschränkungen werden jedoch keinesfalls ein Ausmaß erreichen, daß damit die Gleichberechtigung Deutschlands verwirklicht wäre. Sieht man dieser Realität ins Auge, dann bietet sich, um überhaupt zu einer baldigen vertraglichen Regelung zu kommen, kein anderer Ausweg, als die Abrüstungsmaßnahmen, über die eine Einigung im gegenwärtigen Zeitpunkt möglich ist, festzulegen, im übrigen aber die Rüstungen der hochgerüsteten Staaten für die Dauer der ersten Konvention auf den gegenwärtigen Stand zu begrenzen und **die Gleichberechtigung Deutschlands durch eine gewisse Anpassung seiner Rüstungen an das Rüstungsniveau der anderen Länder zu verwirklichen.**

Es ist auch nicht abzusehen, inwiefern die Durchführung des deutschen Vorschlages ein

Wettrüsten

zur Folge haben könnte.

Es würde sich für Deutschland nur um die Schaffung einer Verteidigungsarmee handeln, die nicht im entferntesten eine Bedrohung für irgendein anderes Land darstellen könnte.

Überdies geht der deutsche Vorschlag ja dahin, daß für alle Staaten bestimmte Rüstungsgrenzen vertraglich festgelegt werden sollen, wodurch die Möglichkeit eines Wettrüstens von vornherein ausgeschlossen werden würde.

Ebensowenig kann die Deutsche Regierung den Einwand anerkennen, daß die Ziffer von

300 000 Mann für die deutsche Verteidigungsarmee

zu hoch gegriffen sei. Diese Ziffer bedeutet schon angesichts der geographischen Verhältnisse, insbesondere angesichts der Länge und der Beschaffenheit der deutschen Grenzen das Minimum dessen, was Deutschland unter den gegenwärtigen Umständen für seine Sicherheit braucht. Das erhellt besonders dann, wenn man diese Ziffer mit den Ziffern der hochgerüsteten Nachbarn Deutschlands vergleicht. Dabei ist zu bedenken, daß alle diese Länder über gewaltige Mengen ausgebildeter Reserven verfügen, da sie seit dem Ende des Krieges auf Grund der bei ihnen bestehenden allgemeinen Wehrpflicht die gesamte militärfähige Jugend einer Ausbildung im Heere unterzogen haben. **Diese Reserven belaufen sich allein in Frankreich auf etwa fünf Millionen.**

Den ausgebildeten Reserven der anderen Länder hat Deutschland einen vergleichbaren Faktor nicht gegenüberzustellen. Insbesondere ist es unmöglich, die in Deutschland bestehenden politischen Organisationen mit den militärischen Reserven anderer Länder auf eine Stufe zu stellen. Im übrigen hat sich ja die Deutsche Regierung bereit erklärt, den nichtmilitärischen Charakter der in Rede stehenden Verbände der geplanten internationaln Kontrolle zu unterstellen, sofern die anderen Länder für ähnliche bei ihnen bestehende Organisationen die gleiche Verpflichtung übernehmen.

Was die Frage der **Polizei** anlangt, so wird sich eine Verständigung darüber voraussichtlich unschwer erzielen lassen.

Schließlich ist bei der Beurteilung der Ziffer von 300 000 Mann noch zu berücksichtigen, daß es sich hierbei um Soldaten mit kurzer Dienstzeit handeln würde, während die Reichswehr aus Berufssoldaten mit 12jähriger Dienstzeit besteht. Die Französische Regierung selbst hat stets die Auffassung vertreten, daß der militärische Wert kurzdienender Soldaten erheblich geringer zu veranschlagen ist, als derjenige von Berufssoldaten. Auch unter diesem Gesichtspunkt wäre es verfehlt, in der Ziffer von 300 000 Mann eine wesentliche Erhöhung der gegenwärtigen Wehrkraft Deutschlands sehen zu wollen.

Zu den Einwendungen des Aide-Mémoires gegen die von der Deutschen Regierung für notwendig gehaltene

Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit Verteidigungswaffen

ist bereits oben bemerkt worden, daß die Umwandlung der **Reichswehr in eine Armee mit kurzer Dienstzeit** praktisch nicht durchführbar ist, wenn dieser Armee nicht gleichzeitig mit der Umwandlung die notwendigen Waffen gegeben werden.

Was schließlich die Einzelheiten des in der Konvention vorzusehenden **Kontrollsystems** anlangt, so handelt es sich dabei um Fragen technischer Art, über die unschwer eine Einigung zu erzielen sein wird.

III.

Die vorstehenden Ausführungen zeigen, daß die Hauptpunkte, in denen die Ansichten der beiden Regierungen hinsichtlich des Abrüstungsproblems noch auseinandergehen, die

Frage der Berechnung der Personalstärke und die Frage des Zeitpunktes der Ausstattung

der künftigen deutschen Armee mit Verteidigungswaffen sind. In beiden Fragen ergibt sich aber nach Ansicht der Deutschen Regierung die zu treffende Regelung im Grunde von selbst, wenn man die hierbei in Betracht kommenden Gesichtspunkte sachlicher, rechtlicher und moralischer Art unvoreingenommen würdigt. Die Französische Regierung kann nicht verkennen, daß das, was die Deutsche Regierung in dieser Beziehung fordern zu müssen glaubt, weit hinter dem zurückbleibt, was Deutschland bei wirklich vollständiger Durchführung der Gleichberechtigung zuzubilligen wäre.

Auch wenn die künftige deutsche Armee mit kurzer Dienstzeit 300 000 Mann stark ist, und wenn sie gleichzeitig mit der Umwandlung der Reichswehr in den neuen Armeetypus die notwendigen Verteidigungswaffen erhält, behalten Frankreich und die anderen hochgerüsteten Staaten einen gewaltigen

Vorsprung auf dem Gebiete der Rüstungen.

Unter diesen Umständen könnte die Ablehnung der deutschen Forderungen nur bedeuten, daß man die Gleichberechtigung Deutschlands in Wahrheit nicht anerkennen will. Die Deutsche Regierung hofft deshalb, daß sich die Französische Regierung dem deutschen Standpunkt nicht verschließen wird.

Daß und in welchem Geiste Deutschland zur internationalen Zusammenarbeit bereit ist, ergibt sich aus seinem **Angebot des Abschlusses von Nichtangriffspakten.**

Gleichzeitig mit dem Memorandum hat die Deutsche Regierung einige Fragen an die Französische Regierung gerichtet, die hier wiedergegeben werden:

Die deutschen Fragen an Frankreich.

1. Auf welche Höchststärke sollen die gesamten französischen Personalbestände in Heimat und Übersee herabgesetzt werden?

2. In welcher Weise sollen bei der in dem französischen Aide-Mémoire vorgesehenen Regelung die Überseetruppen und die ausgebildeten Reserven Frankreichs in Rechnung gestellt werden?

3. Ist Frankreich bereit, falls die Umwandlung der Heere in Verteidigungsheere mit kurzer Dienstzeit sich nicht auf die im Heimat- wie im Überseegebiet stehenden Überseestreitkräfte erstreckt, eine Verpflichtung zu übernehmen, Überseetruppen in Kriegs- und Friedenszeiten im Heimatgebiet weder zu stationieren noch zu verwenden?

4. Was soll mit den das Kaliber von 15 Zentimeter überschreitenden Geschützen der beweglichen Landartillerie geschehen? Sollen sie zerstört werden? Soll auch weiterhin die Ausbildung an diesen Geschützen zulässig sein?

5. Welche Höchsttonnage soll für Tanks vorgesehen werden und was soll mit den diese Höchsttonnage überschreitenden Tanks geschehen?

6. Denkt die Französische Regierung für alle anderen Länder an eine zahlenmäßige Beschränkung einzelner Waffengattungen, und zwar unter Einschluß der lagernden Bestände? Welche Waffengattungen sind dies?

7. Mit welchem Material sollen die französischen Truppen, die der Vereinheitlichung der Heere nicht unterworfen werden, ausgerüstet werden?

8. Binnen welcher Frist würde die Herabsetzung der im Dienst befindlichen Flugzeuge um 50 vom Hundert durchgeführt werden? Soll die Beseitigung der ausscheidenden Flugzeuge durch Zerstörung erfolgen oder auf welche andere Weise?

9. Worauf soll sich die Kontrolle der Zivilluftfahrt- und der Flugzeugherstellung erstrecken, die nach dem französischen Vorschlag die Voraussetzung für die Herabsetzung der im aktiven Dienst befindlichen Militärflugzeuge sein soll?

10. Soll die allgemeine Abschaffung der Militärluftfahrt in der Konvention für einen bestimmten Zeitpunkt endgültig festgelegt werden und für welchen?

11. Soll das Bombenabwurfverbot, das die Französische Regierung anzunehmen bereit ist, allgemein und absolut sein oder welchen konkreten Einschränkungen soll es unterworfen werden.

12. Sind die Ausführungen des Aide-Mémoire über die Kontrolle des Schießmaterials so zu verstehen, daß Frankreich für sich nur die Kontrolle der Fabrikation und der Einfuhr anzunehmen bereit ist, oder soll sich diese Kontrolle auch auf die Bestände an im Dienst befindlichem und lagerndem Material erstrecken?

13. Welche Stellung nimmt die Französische Regierung hinsichtlich der Rüstungen zur See ein?

Italiens Abrüstungs-Vorschläge.

Zugleich mit dem englischen Weiß-Buch zur Abrüstungsfrage veröffentlicht die Agencia Stefani eine Verlautbarung, die den Standpunkt der **Italienischen Regierung** zum Abrüstungsproblem enthält, so wie er bereits von Mussolini Anfang Januar Sir John Simon bei seinem Besuche in Rom dargelegt worden war. Der Text umfaßt etwa 10 Schreibmaschinenseiten und ist in zehn Abschnitte eingeteilt, dessen Inhalt u. a. folgendes besagt:

In der Einleitung stellt die Italienische Regierung fest, daß in der Abrüstungsfrage keine Zeit mehr verloren werden darf. Es besteht die Gefahr, daß, wenn man nicht zu einem Abkommen kommt, die Tatsache der Gleichberechtigung sich vollzieht außerhalb jener Übereinkommen, die sie zulassen und ihre Form regeln. Die Feststellung birgt in sich die Frage nach der Möglichkeit und dem Willen eventueller Sanktionsanwendung. Aber die einfache Erwägung einer solchen Möglichkeit läßt schon den Ernst einer Lage ermessen, die im Falle einer nicht zustandekommenden Einigung eintreten würde.

Es ist unleugbar, daß Deutschland und den anderen durch die Verträge entwaffneten Staaten die Gleichberechtigung feierlich zuerkannt worden ist. Die Möglichkeit, in der sich die Unterzeichnermächte der Verträge befinden, sofort ihre materiellen Rüstungen auf ein Niveau herabzusetzen, das sich dem der deutschen Abrüstung in vernünftigem Maße nähert, verleiht den deutschen Forderungen nach Erhöhung des Rüstungsstandes

eine moralische Kraft,

deren Vorhandensein nicht leicht zu leugnen ist, und man kann darlegen, **daß auch die Frage der Sicherheit zugunsten Deutschlands spricht.**

Die Italienische Regierung **kann nicht umhin,** den Friedenserklärungen des Reichspräsidenten von Hindenburg und des Reichskanzlers Hitler die größte Beachtung zu schenken. Abgesehen davon, daß Abkommen nicht auf Mißtrauen **aufgebaut** werden können, muß man zugeben, daß

die wiederholten gleichlautenden Erklärungen des deutschen Regierungschefs ein sicheres Unterpfand

dafür sind, daß klare und freiwillig angenommene Abkommen für die Dauer ihrer Geltung nicht durch weitergehende und auf Abänderung zielende Forderungen diplomatisch gefälscht **würden.**

Die Italienische Regierung ist der Ansicht, daß es noch möglich ist, zu einem Abkommen zu gelangen unter Bedingungen, die dem Weltgewissen eine vielleicht nur teilweise, aber immerhin positive Genugtuung verschaffen würden.

Die Italienische Regierung hält

folgendes Abkommen

als im Rahmen des Möglichen liegend: Es könnte gelten bis zum 31. Dezember 1940 und müßte vor allem folgende Verpflichtungen enthalten:

Abschaffung des chemischen Krieges mit **Kontrolle** über Vorbereitung und Ausbildung.

Verbot des Bombenabwurfs auf Zivilbevölkerung, wobei zu bemerken ist, daß auf dem Gebiete der Abschaffung des Luftbombardements noch radikalere Maßnahmen erreicht werden können. Diese Maßnahmen würden die Lösung der Frage der deutschen Gleichberechtigung in der Luft sehr erleichtern.

Beschränkung der Militärausgaben der durch die Friedensverträge nicht beschränkten Mächte auf ihren gegenwärtigen Stand.

Beschränkung des Heeresmaterials derselben Mächte auf den gegenwärtigen **Stand.**

Was die Effektivkräfte betrifft, **so geht die deutsche Forderung nach 300 000 Mann von der Tatsache aus, daß die bewaffneten Mächte ihre Effektivstärken nicht auf die Ziffern des Macdonalds-Planes heruntersetzen, sondern die augenblicklichen Ziffern beibehalten.** Wenn die Herabsetzung in Betracht gezogen wird, erklärt sich Deutschland bereit, über die oben genannte Ziffer mit sich reden zu lassen. Bei dieser Lage **zweifelt** die Italienische Regierung, wenn sie die augenblicklichen Effektivstärken zum Beispiel **Frankreichs, Polens** und der **Tschechoslowakei** betrachtet, ernstlich daran, ob man mit Recht **die Behauptung aufstellen kann, daß die im Macdonald-Plan** angedeuteten Verhältnisse in den deutschen Vorschlägen **zugunsten Deutschlands verändert worden seien.**

Das Problem der Herabsetzung **und** gegenseitigen Abwägung der Effektivstärken ist so kompliziert und wirft so viel Fragen auf, daß dadurch der Abschluß eines Abkommens in Frage gestellt würde. Es ist deshalb besser auf der Basis des Statusquo und der von den deutschen Vorschlägen angebotenen Beschränkung zu verhandeln.

Was die Etappen betrifft, **in denen die Umformung und Vermehrung der deutschen Kräfte** vor sich zu gehen hätte, so glaubt die Italienische Regierung, daß diese verpflichtend festgelegt werden könnten. Es ist auch zu beachten, daß der Vorgang der Umformung an sich schon eine Schwächung der Schlagkraft nicht nur der Offensiven, sondern auch der Defensiven mit sich bringt.

Während es schwer zu sein scheint, den deutschen Forderungen in bezug auf defensive Rüstung 15-Zentimeter-Geschütze, Flugabwehrgeschütze, Panzerwagen zu 6 To., Erkundungs- und Jagdflugzeuge) grundsätzlich die Zustimmung zu versagen, so können die Grenzen und die Verhältnisse zwischen Defensivwaffen und Effektivstärken noch Gegenstand der Diskussion bilden.

Für die Seerüstungen müßte man eine Revision zur nächsten Seekonferenz aufschieben.

Den hier vorgesehenen Zugeständnissen gegenüber würde Frankreich einen sofortigen und wirksamen Gegenwert erhalten in der Aufrechterhaltung seiner Gesamtrüstung. Ohne Zweifel würde das von der technisch-militärischen Seite aus gesehen genügen, um ihm für die ganze Dauer des Abkommens eine unbezweifelbare Sicherheit zu garantieren.

Was die Sicherheit durch die Verträge betrifft, so ist es überflüssig, an den Pakt von Rom und an den Pakt von Locarno zu erinnern. Der Viererpakt erhält seinen Wert durch die in ihm vorgesehene dauernde und methodische Zusammenarbeit der großen Westmächte. Dem Locarnopakt fühlt sich Italien als Garant loyal verpflichtet und weiß sich hierin mit der Regierung von London einig.

Die Deutsche Regierung hat übrigens den Abschluß von zehnjährigen Nichtangriffspakten mit allen seinen Nachbarn angeboten.

Ein letzter und wesentlicher Gegenwert für die Annahme der deutschen Forderungen, der außerdem einen neuen Beitrag zur Sicherheit liefern würde, könnte die Verpflichtung Deutschlands sein, nach Genf zurückzukehren, nicht nur um das Abrüstungsabkommen zu unterzeichnen, sondern um seinen Sitz im Völkerbundrat wieder einzunehmen. Die Italienische Regierung weist nachdrücklich darauf hin, von welchem Interesse ein solches Ereignis sein würde.

Zum Schluß betont die Italienische Regierung ausdrücklich die Notwendigkeit, daß der augenblicklich im Gange befindliche Gedankenaustausch endlich soviel Fortschritte zeitige, daß er eine Zusammenberufung der Außenminister oder Regierungschefs der vier großen Westmächte rechtfertigen würde. Zu einer solchen Zusammenkunft könnten auch die Vertreter anderer Großmächte eingeladen werden.